



No 100 | September 2023

IRS AKTUELL

Magazin für Raumbezogene Sozialforschung

HOCHSCHULEN

**Bildungsglobalisierung durch Offshore Campuses / Löhnen sich Auslandscampus-Projekte? /
Nachwuchsgruppe „TRANSEDU“ / Hochschulen, Transfer und Transformation / Innovation Salons für
Wissenstransfer / Innovative Hochschule „Innovation Hub 13“ / Hochschulen in der Stadtpolitik**

In dieser Ausgabe

8 Medienspiegel

10 Fern-Campus



16 Campus im Ausland – Risiken und Nebenwirkungen für Heimatuniversitäten und Gastländer



22 Alumni-Interview mit Jana Kleibert

24 Kritische Infrastrukturierung: Für einen Wissenstransfer, der Transformationsprozesse mitgestaltet



30 Innovation Salons – Probleme zu Innovationen

34 Interview mit Sarah Schneider

38 Zwischen Klima und Wachstum – Hochschulen in der Stadtpolitik



INSTITUTSNACHRICHTEN

35 KOMMENDE VERANSTALTUNGEN

38 Zur 100. Ausgabe von IRS aktuell

38 Kooperationsvereinbarung mit der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik

38 Anne-Sophie Lang wird Journalist in Residence

38 Landtagsabgeordnete Isabelle Vandre zu Besuch

38 Sammlungen erhalten Teilvorlässe von Niels Gutschow und Andrea Gaube

38 Abschlussdokumentation zum Palast der Republik übernommen

38 AUS DER FORSCHUNG

38 PUBLIKATIONEN

38 PERSONALIEN

38 KONTAKTE

38 IMPRESSUM

Liebe Leserinnen und Leser von IRS aktuell!

Sie halten die hundertste Ausgabe unseres Magazins für Raumbezogene Sozialforschung in Händen. IRS aktuell startete 1993 als gedruckter Newsletter im Umfang von sechs Seiten. Im Lauf von 30 Jahren wurde das Heft nicht nur dicker sondern verschob auch seinen Fokus: hin zu einem Magazin, das unsere Forschungsthemen im Licht gesellschaftlicher Herausforderungen aufbereitet und dabei durchaus in die Tiefe geht. Auf Seite 38 werfen wir einen Blick zurück in die Geschichte von IRS aktuell. Zugleich schauen wir nach vorne: Wie Sie sehen, unterscheidet sich diese hundertste Ausgabe bereits deutlich von der letzten, in Format, Layout und Bindung. Wir möchten IRS aktuell als zentrales, wertig gestaltetes Printformat des IRS noch stärker in der Landschaft der Wissenskommunikationsformate positionieren. Wir möchten uns aber auch inhaltlich weiterentwickeln; besonders die Relevanz für praktisches Handeln in Politik und Zivilgesellschaft ist uns wichtig. Erwarten Sie auf diesem Weg weitere Neuerungen in kommenden Ausgaben!

In dieser von Suntje Schmidt wissenschaftlich betreuten Ausgabe widmen wir uns der Rolle von Hochschulen in der Raumentwicklung. Über Ausgründungen und Humankapital wird bereits seit langem gesprochen, doch in den letzten Jahren hat sich die Debatte deutlich weiterentwickelt: Hochschulen sollen sich heute auch über den Technologietransfer hinaus in der Region engagieren – für die Bearbeitung gesellschaftlicher Problemlagen und im Austausch mit der Zivilgesellschaft. Als Partner des Verbundprojekts „Innovation Hub 13“ hat das IRS hierzu praktische Beiträge geleistet und neue Wege für den Wissenstransfer identifiziert. Die an mehreren Stellen, auch auf der Titelseite, verwendeten Illustrationen hierzu stammen übrigens vom Berliner Kollektiv graphicrecording.cool, das im November 2022 ein Policy Lab zur Zukunft des Wissenstransfers live zeichnerisch dokumentierte.

Gerade international treten Hochschulen zunehmend wie Unternehmen auf, wenn es darum geht, neue zahlende Zielgruppen zu erschließen. Geleitet von Jana Kleibert hat am IRS die Nachwuchsgruppe „TRANSEDU“ die so entstandene Landschaft kommerzieller Auslandscampus-Projekte fünf Jahre lang erforscht – und ein kritisches Fazit gezogen (ab Seite 6). Hierzu eine Denkaufgabe: Was ist der Plural von Campus? Laut Duden lautet die Antwort: Campus! Allerdings mit langgezogenem U („Campuhs“). Als umgangssprachliche Alternative wird „Campusse“ angeboten. Nach Meinung des Altphilologen Hans Bernsdorff kann der seligmachende Plural jedoch ausschließlich „Campi“ lauten. Ob nun „Auslandscampusse“ zu hölzern oder „Auslandscampi“ zu sehr nach Meeresfrüchten klingt, wurde im redaktionellen Prozess dieser Ausgabe lebhaft diskutiert. Am Ende blieb es bei „Auslandscampusse“ – der Abwechslung halber ergänzt um das englische Synonym „Off-shore Campuses“.

Nun wünsche ich Ihnen eine anregende Lektüre.

Ihr



Oliver Ibert





Deutschlandfunk

26.01.2023

Geschichtsprojekt „Stadt- wende“: Wie Bürgerengage- ment zur Rettung ostdeut- scher Altstädte führte

Die Altstädte der DDR waren 1989 marode wie das staatliche System – aber auch Orte des Aufbruchs und der Veränderung. Das Projekt „Stadt-
wende“ erforscht, wie die Altstädte gerettet wurden und wer sich dafür engagierte ...

ZEIT  ONLINE

DDR-Geschichte: Institut sucht Hinweise zu historischen Fotos

Wer kennt die DDR? Oder zumindest einen Stra-
ßenzug, das eine oder andere Gebäude? Das
Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialfor-
schung in Erkner bei Berlin setzt mit dem Pro-
jekt „CitizenArchives“ auf die Mithilfe von Men-
schen, die Ostdeutschland schon etwas länger
kennen ...

THE PIE 

15.02.2023

Die Vereinigten Arabischen Emirate streben in ihrer Stra- tegie den Status als „globa- les Innovationszentrum“ an

Das Bildungsministerium der Vereinigten Ara-
bischen Emirate hat eine Innovationsstrategie
veröffentlicht, um „die Entwicklung von kreativen
Ideen und Fähigkeiten“ zu fördern. Tim Rottlieb,
Wissenschaftler am Leibniz-Institut für Raumbe-
zogene Sozialforschung, kommentiert und ord-
net die Strategie in dem Artikel ein ...

nd SOZIALISTISCHE
TAGESZEITUNG

23.03.2023

Original gefälscht: Wissen- schaftler untersuchen Objek- te in Berlin und Brandenburg auf ihren authentischen Kern

Die barocke Kirche, das klassizistische Schloss,
die Fabrikantenvilla aus der Gründerzeit – sie
gelten als authentisch und repräsentativ. Aber
was genau macht Orte authentisch? Dieser
Frage geht ein Forschungsverbund nach, dem
das Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozial-
forschung (IRS) in Erkner, das Zentrum für Zeit-
historische Forschung Potsdam, das Institut für
Zeitgeschichte München-Berlin und andere Ins-
titutionen angehören ...

24.05.2023

Wenn Wohnen unbezahlbar wird: Versagt die Politik?

Das selbst gesetzte Ziel von 400.000 neuen Wohnungen pro Jahr hat die Bundesregierung für das vergangene Jahr verfehlt. Das sagen auch die Zahlen, die das Statistische Bundesamt diese Woche veröffentlicht hat. Gleichzeitig fehlt immer mehr Wohnraum – vor allem bezahlbarer. Moderatorin Nina Landhofer diskutiert u. a. mit PD Dr. Matthias Bernt, Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung ...

05.07.2023

Autogerechte Städte: Wie die Autos unsere Städte erobert haben

Ab den 1950er-Jahren haben Stadtplaner Städte autogerecht umgebaut und dafür teils Breschen durch Viertel geschlagen. Der Historiker Christoph Bernhardt erklärt im Interview, wie Autos das Stadtleben verändert haben – und warum neue Straßen vielerorts zunächst gefeiert wurden ...

30.07.2023

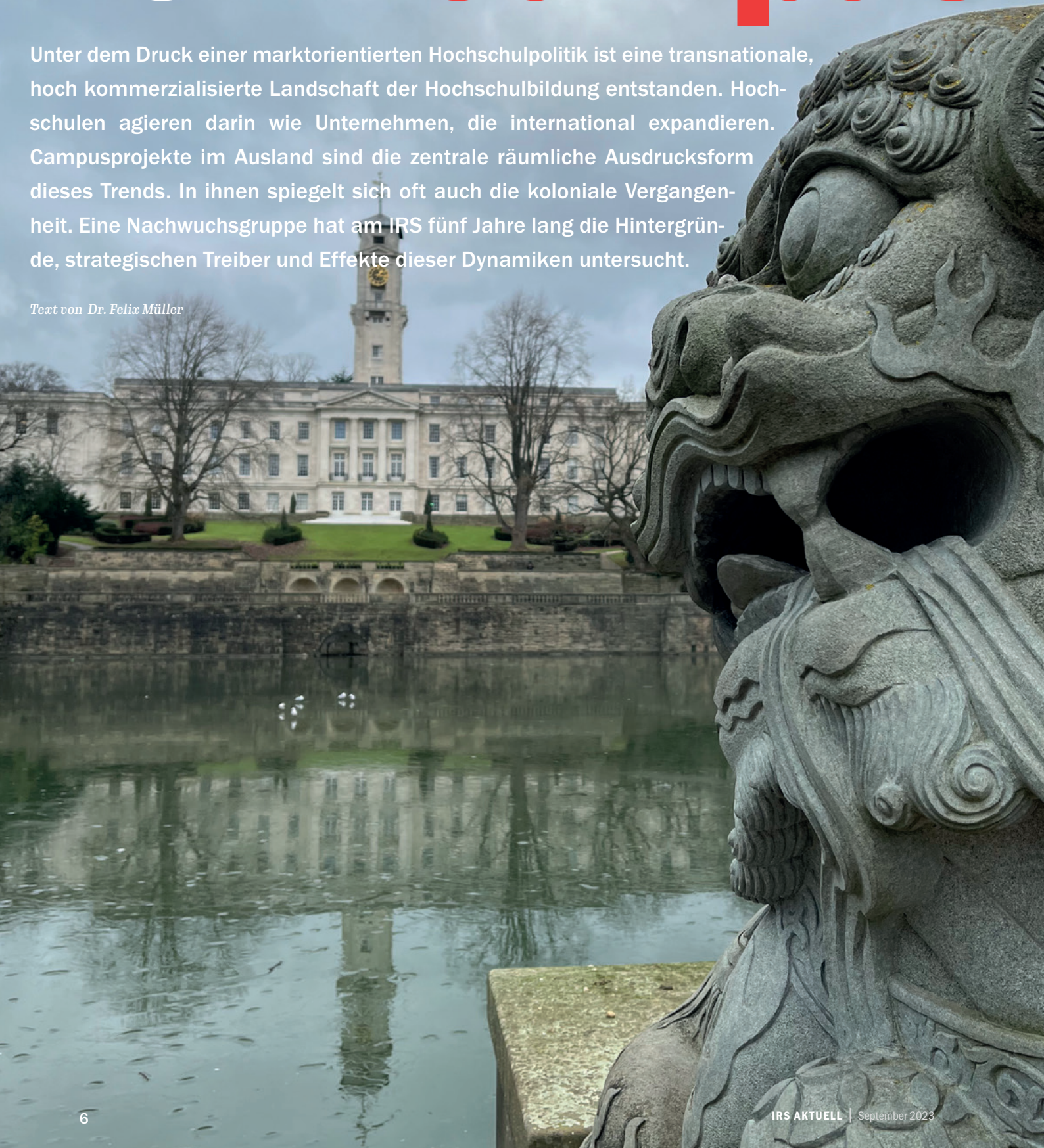
Überholte Demokratie

Hat die rasante Tesla-Ansiedlung zu Misstrauen in die Demokratie geführt? Eine neue Studie ist zu diesem Schluss gekommen. Das Forschungsprojekt des Leibniz-Instituts für Raumbezogene Sozialforschung (IRS) mit Sitz in Erkner untersuchte dafür die Planungskonflikte rund um den Bau der Gigafactory in Grünheide. Sein Ergebnis: Der beschleunigte Bau der Gigafactory hatte hohe politische Kosten ...

Fern-Campus

Unter dem Druck einer marktorientierten Hochschulpolitik ist eine transnationale, hoch kommerzialisierte Landschaft der Hochschulbildung entstanden. Hochschulen agieren darin wie Unternehmen, die international expandieren. Campusprojekte im Ausland sind die zentrale räumliche Ausdrucksform dieses Trends. In ihnen spiegelt sich oft auch die koloniale Vergangenheit. Eine Nachwuchsgruppe hat am IRS fünf Jahre lang die Hintergründe, strategischen Treiber und Effekte dieser Dynamiken untersucht.

Text von Dr. Felix Müller





KONTAKT

Prof. Dr. Jana M. Kleibert
Alice Bobée
Tim Rottlieb
Marc Schulze

Im Jahr 1969 schreibt ein angehender Student sich an der University of Nottingham ein. Er ist britischer Staatsbürger, wie fast alle Studierenden. Für sein Studium zieht er nach Nottingham in den englischen Midlands. Ihn erwartet ein gebührenfreies Studium, dessen Wert zunächst im akademischen Bildungsweg selbst besteht, der ihm aber auch Sicherheit und berufliche Anerkennung bringen wird. Fünfzig Jahre später, im Jahr 2019, meldet eine chinesische Studentin sich an der University of Nottingham an. Sie nimmt ihr Studium am Auslandscampus der Universität in Ningbo, südlich von Shanghai auf. Ihr Masterprogramm hat sie anhand von Rankings und Gehaltsprojektionen ausgewählt. Leiten ließ sie sich aber auch von der hohen Reputation, die britische Hochschulbildung auf dem chinesischen Arbeitsmarkt genießt. Als Dienstleistung erwartet sie von der Universität eine britische Bildungserfahrung, die den hohen Gebühren entspricht, die sie bezahlt.

***Wie kam es zu diesem Wandel?
Welche Strategien stecken hinter der
internationalen Expansion und kommerziellen
Inszenierung von Hochschulbildung?
Und was wird damit erreicht?***

Fünf Jahre lang ist die Nachwuchsgruppe „Constructing Transnational Spaces of Higher Education. International Branch Campus Development at the Interface of Network and Territorial Embeddedness“, kurz „TRANSEDU“, am IRS diesen Fragen nachgegangen. Geleitet von Jana Kleibert sammelte und analysierte die Gruppe Daten über Auslandscampusse (Englisch: Offshore Campuses) und sprach mit zahlreichen Verantwortlichen in Hochschulen und hochschulnahen Institutionen aus Europa. Sie reiste außerdem in die arabische Golfregion und nach Südostasien, um Auslandscampusse aus der Nähe zu untersuchen. Alice Bobée, Tim Rottlieb und Marc Schulze trieben dabei ihre Dissertationsprojekte voran. Ihre Ergebnisse veröffentlichten sie in zahlreichen Fachartikeln, aber auch in einem reich illustrierten Datenreport, Blogartikeln und zwei Policy Papers für Entscheidungsträger*innen. Die Gruppe hat alle ihre Publikationen auf ihrer Website ibc-spaces.org gesammelt.

Die Gruppe beobachtete, dass auch in der Hochschulbildung ein mittlerweile altbekannter Trend wirkt: Ganz besonders in angelsächsischen Ländern, aber nicht nur

dort, haben ab den 1980er-Jahren neoliberale Reformen, Sparpolitiken und Wettbewerbsdruck dazu geführt, dass Universitäten sich zunehmend als Unternehmen auf einem Bildungsmarkt verstehen und nach neuen Einnahmequellen umsehen. Im Namen einer wettbewerbsfähigen Wissensökonomie, wie sie etwa in der Lissabon-Strategie der EU dargelegt wird, sollen Hochschulen zudem als Innovationsmotoren für die Wirtschaft dienen. Universitätsabschlüsse wurden international vereinheitlicht, um Bildungsmobilität zu steigern und einen großen, wettbewerbsorientierten Bildungsraum zu schaffen. Einige Länder – besonders Großbritannien – forcieren den Export von Bildung als kommerzielle Dienstleistung.

Das führt zu einem dazu, dass Hochschulen massiv um internationale Gaststudierende an ihren Hauptstandorten werben. Für besonders hohe Gebühren werden die Studierenden teils mit eigenen Campusbauten und Annehmlichkeiten versorgt. Zum anderen errichten Universitäten Zweigniederlassungen im Ausland, um Studienmöglichkeiten vor Ort anzubieten. Sie setzen dabei ihre hohe akademische Reputation ein, um größere internationale Strahlkraft zu gewinnen – und neue Einnahmequellen. Das Herkunftsland und der Name der Hochschule wirken dabei als Marken. Zeitgleich werben manche Länder aktiv um internationale Campusansiedlungen, weil sie sich davon Impulse für ihre eigene Wissensökonomie und einen nachhaltigen Imagewandel erhoffen. Herkunfts- und Zielland erkennen die dort erworbenen Abschlüsse in der Regel an.

Staatliche und quasi-staatliche Organisationen wie der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD), British Council und Campus France stehen zwischen Regierungen und Hochschulen. Je nach ihrem konkreten Auftrag beraten, vermitteln, bewerben oder finanzieren solche Organisationen die Internationalisierung von Hochschulen, auch durch Offshore Campuses. Mit von der Partie sind außerdem Entwicklungsbanken, Privatunternehmen und – nicht zu unterschätzen – bestens vernetzte Individuen, Hochschul-Alumni und umtriebige Unternehmer*innen, die ein Campusprojekt oft erst ins Rollen bringen; nicht immer auf der Basis einer soliden Bedarfsanalyse – siehe Beitrag ab Seite 12.

Unter dem Titel „Global Geographies of Offshore Campuses“ veröffentlichte die TRANSEDU-Gruppe Ende 2020 die erste methodisch einheitliche globale Bestandaufnahme über Stand und Entwicklung von Hochschul-

Auslandscampussen. Demnach gab es 2020 knapp 500 solcher Standorte mit stetig wachsenden Zahlen seit 1989. Insgesamt wurden ca. 60 Offshore Campuses wieder geschlossen, größtenteils weil es ihnen nicht gelang, genug Studierende anzuziehen. Wieder sind es überwiegend westliche Universitäten, die Auslandscampusse errichten. Großbritannien, Frankreich und die USA kommen zusammen auf 60 Prozent aller Campusexporte. Insbesondere der Export französischer Hochschulen hat in den letzten zwei Jahrzehnten stark zugenommen, getrieben von Privatisierungen, Konkurrenzdruck, aber auch dem Wunsch nach Investitionen in den Zielregionen. Mit über 100 Offshore Campuses gilt Frankreich heute als das exportstärkste Land. Die wichtigsten Zielländer für Auslandscampusse sind China, die Vereinigten Arabischen Emirate, Singapur, Malaysia und Spanien. Europäische Länder und Städte sind sowohl als Importeure als auch als Exporteure von Campusanlagen prominent vertreten, insbesondere London und Paris. Insgesamt konzentrieren sich Campusprojekte stark in wenigen Großstädten, vor allem in Dubai, Singapur, Shanghai, London und Doha. Teils werden Cluster

von Ansiedlungen als „transnationale Bildungszonen“ entwickelt, die gezielt ausländisches Investitionskapital anziehen sollen.

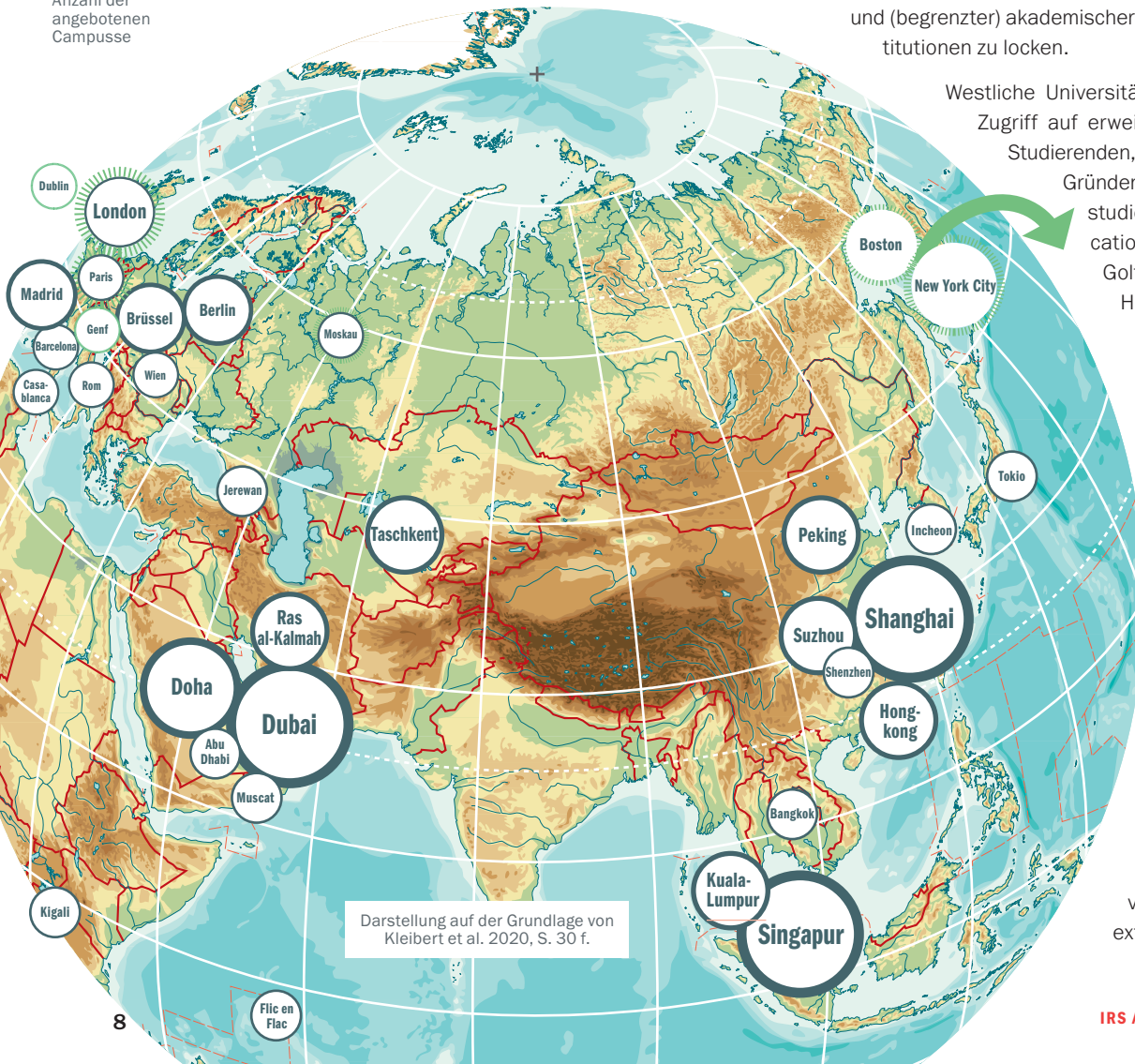
Welche Funktionen solche Zentren für die Zielregionen erfüllen und welche strategischen Ideen dabei bemüht werden, hat sich Tim Rottlieb genauer angesehen, anhand von drei Beispielen: der „Education City“ in Doha (Katar), der „Ras al-Khaimah Academic Zone“ und der „Dubai International Academic City“ (beide Vereinigte Arabische Emirate). Er bezeichnet diese Städte als „Gateway Cities“, die globale Arbeitsmärkte und internationale Universitäten mit dem „Hinterland“ der Golfregion verbinden. Er kommt zu dem Ergebnis, dass dadurch in erster Linie bestehende Denk- und Machtstrukturen der globalisierten Welt verfestigt werden. Die lokalen Regierungen wollen ihre Humankapitalbasis stärken, um Anschluss an die Wissensökonomie jenseits des Ölexportes zu finden. Sie suchen deshalb nach „akademischer Exzellenz“, was aus ihrer Sicht gleichbedeutend ist mit westlichen, besonders angelsächsischen Hochschulabschlüssen. Entsprechend bieten sie Zonen mit speziellen Infrastrukturen, Subventionen und (begrenzter) akademischer Freiheit an, um die Institutionen zu locken.



Anzahl der Hochschulen mit Auslands-campus



Anzahl der angebotenen Campusse



Westliche Universitäten suchen ihrerseits Zugriff auf erweiterte Zielgruppen von Studierenden, die aus verschiedenen Gründen nicht direkt im Westen studieren können. Die Education Hubs am Persischen Golf sehen sie als sichere Häfen in einer unsicheren, aber nachfragestarken Weltregion und investieren deshalb dort. Ihre Studienangebote – überwiegend hoch standardisierte Business-Programme – werden hauptsächlich von Mitgliedern der am Golf ansässigen Gruppen von Arbeitsmigrant*innen aus dem arabischen und südasiatischen Raum wahrgenommen oder von Studierenden, die extra zu diesem Zweck in

Darstellung auf der Grundlage von Kleibert et al. 2020, S. 30 f.

die Golfstaaten kommen. So vergrößert sich das Angebot von akademisch qualifizierten Arbeitskräften und zugleich expandiert eine hegemoniale Idee von Hochschulbildung in ein zuvor „unerschlossenes“ Segment der Weltbevölkerung.

Das Motiv, Studierende zu erreichen, ohne dass diese dafür Zugang zum Herkunftsland der Hochschule haben müssen, hat auch Alice Bobée beobachtet, die französische Campusstrategien unter die Lupe nahm. Sie fand heraus, dass der französische Staat anstrebt, mit Hilfe von Auslandscampussen seinen Einfluss im postkolonialen frankophonen Afrika – in den Maghreb-Staaten, in West- und Zentralafrika – aufrecht zu erhalten und zugleich Migration nach Frankreich zu beschränken. Anders als die von öffentlichen Universitäten getriebenen akademischen Partnerschaften, die zum Teil vom Außenministerium und der französischen Entwicklungsagentur finanziert werden, werden Offshore Campuses meist von privaten Wirtschafts- und Ingenieurhochschulen errichtet. Sie finanzieren ihre Auslandscampusse selbst und müssen entsprechende Einnahmen generieren. Zugleich sollten auch sie nach dem Willen des Staates eine Alternative zur Migration nach Frankreich bieten und eine französischsprachige Einflussosphäre stärken. Jedoch geriet dieses Modell angesichts zunehmender Konkurrenz, unter anderem aus dem angelsächsischen Raum, und aufgrund der Mobilitätswünsche zahlender afrikanischer Studierender unter Druck. Mobilitätsangebote innerhalb und außerhalb des afrikanischen Kontinents (insbesondere nach Frankreich) und Kurse auf Englisch wurden folglich zum Bestandteil des Bildungsangebots. Die Strategien französischer Hochschulen in afrikanischen Staaten orientieren sich also nicht nur an den politischen Projekten des französischen Staates, sondern auch am marktorientierten „angelsächsischen Modell“.

Doch dieses Modell ist nicht vollkommen alternativlos – und dafür könnte Südostasien zumindest teilweise als Beispiel dienen. Die Region ist ein weiterer Schwerpunkt für die Ansiedlung internationaler Hochschulstandorte. Hier hat Marc Schulze sich umgesehen. Ihn interessierte die Rolle solcher Ansiedlungen in den wirtschaftlichen Entwicklungsstrategien von Malaysia und Singapur. Die Ökonomien Südostasiens sind besonders bekannt für ihre staatlich gesteuerten wirtschaftlichen Aufhol- und Überholstrategien. Gilt das gleiche für die Hochschulbildung? Malaysia kämpfte lange mit einer Abwanderung von Studierenden. Die britische Kolonialherrschaft hatte dort eine ethnisch gespaltene, hoch segregierte Gesellschaft hinterlassen, die einzelne ethnische Gruppen von Bildung ausschloss. Dem Land fehlten die Kapazitäten für eine Überwindung dieser Spaltung. Ab den 1990er-Jahren bemühte sich Malaysia aktiv um Hoch-

schulinvestitionen, um die eigene Bevölkerung mit Studienplätzen zu versorgen, wobei konsequent von einer privaten Bildungs-„Industrie“ gesprochen wurde. Die Bildungsanbieter waren losgelöst vom staatlichen malaysischen Hochschulsystem, gingen aber Partnerschaften mit der Privatwirtschaft ein, wovon diese profitierte. So konnte nicht nur der nationale Bedarf gedeckt werden. Das Land positionierte sich auch selbst als Education Hub, der nun Studierende aus der Region anzieht. Deutlich mehr „Kante“ zeigt Singapur: Der Stadtstaat warb ebenfalls um Hochschulinvestitionen, tolerierte sie jedoch nur in enger Partnerschaft mit heimischen Institutionen. Diese konnten auf diesem Weg lernen und sich selbst an die Spitze vorarbeiten. Heute gehört die National University of Singapore zu den internationalen Spitzenhochschulen. Unterdessen beginnt das Land, erste bestehende Partnerschaften wieder aufzulösen, weil sie nicht mehr gebraucht werden.

Die Leibniz Junior Research Group „Constructing Transnational Spaces of Higher Education“ läuft von April 2018 bis Ende 2023. Sie wurde von der Leibniz-Gemeinschaft im Rahmen des Leibniz-Wettbewerbs finanziert. ■

zum Weiterlesen

Bobée, A., & Kleibert, J. M. (2023).

Choose France! Containment, Circulation and Postcolonial (Dis)Continuities in Transnational Education.

Globalisation, Societies and Education

Kleibert, J. M., Bobée, A., Rottleb, T., & Schulze, M. (2020).

Global Geographies of Offshore Campuses.

Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung

Rottleb, T. (2022).

Gateway Cities for Transnational Higher Education? Doha, Dubai and Ras al Khaimah as Regional Amplifiers in Networks of the 'Global Knowledge Based Economy'.

Global Networks

Schulze, M., & Kleibert, J. M. (2021).

Transnational Education for Regional Economic Development? Understanding Malaysia's and Singapore's Strategic Coupling in Global Higher Education.

International Journal of Training and Development, 25(4), 363-382



Fast wie zuhause

Der Wert eines Studiums an einem internationalen Campus beruht nicht nur auf Lehrplan und Inhalten, sondern auch auf dem Versprechen einer – beispielsweise – „britischen“ Bildungserfahrung im eigenen Land. Dieses Bildungserlebnis wird auch über Zeichen und Architektur vermittelt.

Auf britischen Auslandscampussen finden sich deshalb oft architektonische Elemente der jeweiligen Heimatuniversität oder Nachbauten ihrer ikonischen Gebäude. So betritt man den 2011 eröffneten Campus der University of Newcastle in Iskandar (Malaysia) durch einen Nachbau der Arches in Newcastle, dem ikonischen Symbol der Universität. Die Universität Nottingham holt den englischen Charme nach Ningbo (China): Mit einem künstlich angelegten See soll die Atmosphäre des Heimatcampus auch in tausend Kilometern Entfernung erlebbar werden. Dort wurde auch das campusprägende Trent Building nachgebaut. Der symbolische Transfer zwischen Universitäten und ihren Auslandscampussen verläuft aber nicht nur in eine Richtung: Auf dem Universitätsgelände in Nottingham stehen zwei steinerne chinesische Drachen – ein Geschenk der chinesischen Regierung anlässlich des 10-jährigen Bestehens des Campus in Ningbo.

Leben in der Sonderzone

Sonderzonen für die Wirtschaftsentwicklung sind für die ölexportierenden Staaten am Persischen Golf wie Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate nichts Neues: In begrenzten Ausschnitten ihres Territoriums gelten Sonderregeln.

Sie bieten oft mehr Freiheit für Investoren und einfachere Regelungen für migrantische Arbeitskräfte als im restlichen Land. Zugleich wird diese Freiheit von den Herrschenden eng eingehengt. Funktionieren die „Transnational Education Zones“ am Golf genauso? Jana Kleibert und Tim Rottleb sagen: Im Prinzip ja. Auch sie sind Orte der Zirkulation und zugleich der Eindämmung. In festgelegten Zonen, oft weitab von kulturellen und politischen Zentren, werden ausländische Hochschulansiedlungen gebündelt. Dort gelten weniger strenge Regeln als im restlichen Land. Gerade die (arbeits-)migrantische Bevölkerung der Golfstaaten, besonders aus Südasien, bekommt dort Bildungschancen und wird so produktiver für die Wirtschaft. Zugleich werden sowohl die Institutionen als auch die Studierenden auf Abstand zur lokalen Elite und zur lokalen Politik gehalten. Studiert wird auf Englisch, nicht Arabisch. Es entsteht eine international anschlussfähige Gruppe von Wissensarbeiter*innen, die aber ohne politische und gesellschaftliche Teilhabe in den Golfstaaten selbst bleibt.

Publikation

Rottleb, T. & J. M. Kleibert (2022).

Circulation and Containment in the Knowledge-Based Economy: Transnational Education Zones in Dubai and Qatar.

Environment and Planning A: Economy and Space, 54(5), 930-948



Deutschland: stark als Zielland, zurückhaltend im Export

Als Zielland für Campusansiedlungen gehört Deutschland in Europa mit zwölf niedergelassenen Auslandscampussen internationaler Hochschulen zur Spitzengruppe (Spanien 17; Großbritannien 15).

Die Schweizer EU Business School und die Henley Business School als Teil der britischen Universität Reading betreiben jeweils einen eigenen Standort in München. US-Hochschulen wurden in den 1960er-Jahren in Heidelberg (Schiller International University) und in den späten 1990er-Jahren in Vallendar, dort durch eine Partnerschaft zwischen der Northwestern University und der WHU – Otto Beisheim School of Management, gegründet. Gleich sieben der zwölf Campi in Deutschland sind in Berlin ansässig: die Bard und Touro Colleges aus den USA, die BAU University of Applied Sciences aus der Türkei, drei Niederlassungen französischer Hochschulen (ESCP Europe, ICN Berlin und Epitech) sowie ein Ableger der Deutschen Universität in Kairo aus Ägypten.

Im Vergleich zu den drei großen Exporteuren von Hochschulbildung, Frankreich (mit 122), den USA (mit 105) und Großbritannien (mit 73 Offshore Campuses), sind deutsche Hochschulen jedoch beim Aufbau von Auslandscampussen bisher zurückhaltend. Nur sechs bestehen derzeit: jeweils ein Campus in Oman und in Thailand der RWTH Aachen, ein Ableger der Technischen Universität München in Singapur, ein Standort der Universität Heidelberg in Chile und ein Campus der Technischen Universität Berlin in Ägypten. 2023 gründete die Hochschule Bielefeld einen Campus auf der chinesischen Insel Hainan. Ein weiterer deutscher Auslandscampus in Südkorea wurde durch seine Gründerhochschule, die Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg, 2019 wieder geschlossen.

Deutsche Campusansiedlungen im Ausland dienen in erster Linie der Stärkung des internationalen Profils der ent-

sendenden Universitäten und der Förderung internationaler Kooperationen. Der Fokus liegt auf akademischen Partnerschaften wie Studienprogrammen, sowie auf bilateralen Universitäten oder deutschen Instituten an Partnerhochschulen. Häufig entstehen Kooperationen in enger Zusammenarbeit mit politischen Institutionen wie dem Auswärtigen Amt oder dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD). Das macht sie auch zu einem Instrument deutscher Wissenschaftsdiplomatie.



Risiken und Nebenwirkungen für Heimatuniversitäten und Gastländer

Text von Veronika Stumpf

Mit der Errichtung eines Campus im Ausland verfolgen sowohl die expandierende Hochschule als auch die Regierung der Ansiedlungsregion bestimmte Ziele. Passen diese Ziele zusammen und sind sie überhaupt realistisch? Die Nachwuchsgruppe „TRANSEDU“ hat die Chancen und Risiken für beide Seiten beleuchtet und Empfehlungen erarbeitet.



Paris 1921 – der weltweit erste Auslandscampus eröffnet. Die bis heute angesehene Parsons School of Design wagte diesen Pionierschritt gerade einmal 25 Jahre nach ihrer eigenen Gründung. Die Vision ihres damaligen Direktors und ab den 1940er-Jahren auch Namensgebers, Frank Alvah Parsons, war klar: in Paris einen Ort für Zusammenarbeit und Austausch sowie künstlerische Inspiration schaffen. Durch die Übertragung der neuen amerikanischen Lehrmethoden nach Paris sollten internationale und französische Studierende angezogen werden. Gleichzeitig sollte der stetige Austausch von Studierenden und Dozent*innen zwischen beiden Standorten auch der New Yorker Heimathochschule Anregung und Bereicherung bringen. Diese Form der Internationalisierung von Hochschulen bietet sowohl den Sitzländern als auch den entsendenden Universitäten große Potentiale. Doch sie birgt für beide auch

Risiken. Die Leibniz-Nachwuchsgruppe „TRANSEDU“ hat in zwei Policy Papers Chancen, Risiken und Managementempfehlungen für expansionswillige Hochschulen und für Regierungen in Zielländern zusammengetragen.

Lohnt sich internationale Expansion für Hochschulen?

Anders als zu Parsons' Zeiten in den 1920er-Jahren werden Zweigstellen im Ausland von Hochschulen heute meist in der Hoffnung auf Einnahmen und gesteigerte internationale Reputation errichtet. Wie im vorangegangenen Artikel genauer nachzulesen, gilt das gerade für angelsächsische Universitäten und französische Hochschulen. Diese sind auch mit großem Abstand die Hauptexporteure von Offshore Campuses. Der Wunsch nach akademischem Austausch und gemeinsamer Forschung





Frank Alvah Parsons,
Präsident der New York School of
Art, aufgenommen zu einem
unbekanntem Zeitpunkt

kann ebenfalls eine Motivation sein. Gerade bei deutschen Auslandscampusen stehen diese Beweggründe für die Heimatuniversitäten sogar im Zentrum. Insgesamt ist Deutschland als Entsendeland zurückhaltend. Denkt eine deutsche Hochschule aber an internationale Expansion, sollte sie die Erfahrungen anderer Anbieter transnationaler Hochschulbildung berücksichtigen.

Faktisch verzeichnen viele Auslandscampusse eher Verluste als Gewinne. Seit den frühen 2000er-Jahren schließt Jahr für Jahr eine einstellige Zahl von Campusen, während die Zahl der jährlichen Neugründungen im unteren zweistelligen Bereich liegt. Einzelne müssen schon kurz nach ihrer Eröffnung oder gar nur ihrer Ankündigung wieder schließen. Was läuft schief? Die „TRANSEDU“-Gruppe identifiziert in ihrem Policy Paper „Strategy First: Ten Questions to Answer before Starting an International Campus“ eine Reihe von Hauptrisiken.

Nummer eins ist dabei das Fehlen einer umfassenden, institutionellen Strategie. Ein Auslandscampus erfordert eine sorgfältige, strategische Planung durch die Heimatuniversitäten. Gerade diese existiert aber häufig nicht. So entstehen Zweigstellen oft eher aus spontanen Gelegenheiten oder persönlichen Interessen heraus. Die Stammhochschulen werden etwa von ausländischen Regierungen, privaten Geschäftspartnern oder Alumni eingeladen, einen Offshore Campus zu gründen. Die strategische Initiative kommt dabei aus den Gastländern. Entscheidungsträger*innen an den Universitäten entscheiden mitunter rein situativ – mit einem hohen Risiko zu scheitern. Auch finanzielle Risiken werden unterschätzt. Oft fallen in den Anfangsjahren die Studiennachfrage und dadurch die Einnahmen durch Studiengebühren geringer aus als kalkuliert. Die hohen Kosten für den Aufbau und Unterhalt der Zweigstelle können dann nicht rentabel gedeckt werden. Es zeigt sich, dass Hochschulen oft keinerlei systematische Markterkundung vornehmen. Auch werden gerade in den besonders attraktiv erscheinenden Regionen wie Singapur Konkurrenzeffekte und regulatorische Hürden (etwa Grenzübertritte für internationale Studierende aus Malaysia und Indonesien) unterschätzt.

Weitere, nicht-monetäre Risiken liegen in den speziellen Umständen vor Ort, welche die Handlungsfreiheit der Universitäten einschränken oder die Reputation eher schädigen als fördern. In einigen Gastländern müssen Auslandscampusse mit inländischen Partnern kooperieren. In China und bis 2015 auch in Malaysia sind sogar Joint Ventures Pflicht. An dem großen Campus

der University of Nottingham in Semenyih (Malaysia) ist mit Boustead Holdings ein Unternehmen beteiligt, das Plantagen, Immobilien und Waffenhandel betreibt. Eine solche Partnerschaft kann zu Spannungen führen: Denn zum einen hängt die Unterstützung durch den wirtschaftlichen Partner davon ab, dass sich dessen Investitionen (kurzfristig) auszahlen. Zum anderen können Kooperationen mit zweifelhaften Unternehmen und undemokratischen Regierungen die Glaubwürdigkeit der beteiligten Universität in Zweifel ziehen. Gerade die Frage der Wissenschaftsfreiheit in autoritär regierten Ländern ist immer wieder Thema. Öffentlichkeitswirksame Kritik seitens der Belegschaft und der Studierenden an der Stammhochschule sind dann nicht selten. Greifen Medien diese auf, drohen Reputationsschäden, auch für die Heimatuniversität.

Angesichts dieser Herausforderungen sind Auslandscampusse weder für die Reputation noch für die finanzielle Solvenz von Hochschulen eine einfache Lösung. Um eine fundierte Einschätzung zu ermöglichen, hat das TRANSEDU-Team die strategischen Herausforderungen strukturiert und für Praxisakteure aufbereitet. Mit einer Checkliste von zehn Fragen können Verantwortliche in Hochschulen prüfen, ob sich ein internationaler Campus für ihre Einrichtung lohnt.

Gastländer: Regionalentwicklung im Fokus?

Schon in den 1920ern wurde in Paris das Potenzial einer Dependance der New Yorker Hochschule für Kunst und Design erkannt: So wurde es Frank Parsons ermöglicht, seinen Campus am begehrten Place des Vosges einzurichten. Auch sonst wurden Parsons scheinbar gute Voraussetzungen geboten. Innerhalb von nur sechs Jahren waren mehr als 200 Studierende im Pariser Atelier eingeschrieben. Der Ruhm Parsons reichte so weit, dass Frankreich ihm 1927 die Ehrenlegion, die höchste Auszeichnung des Landes, für die Förderung der französisch-amerikanischen Beziehungen verlieh.

Heute ermöglichen Zielländer internationale Campusansiedlungen nicht nur, sondern verfolgen mit ihrer aktiven Anwerbung gezielte Strategien. Diese haben nicht nur das Ziel, die Beziehungen zu den jeweiligen Heimatländern auszubauen. Vielmehr ist die regionale Entwicklung häufig ihre Hauptmotivation. Durch Campusansiedlungen erhoffen sie sich, die Kapazitäten ihrer eigenen Hochschulsysteme zu erweitern und mehr hochqualifi-

Lohnt sich der Campus?

Zehn Fragen für Verantwortliche in Hochschulen

1. Erfüllt der Campus mehr als ein strategisches Ziel der Hochschule?
2. Ist die Region, in der sich der Auslandscampus befindet, für die strategische Ausrichtung der Hochschule von Bedeutung (z. B. für Forschungsaktivitäten der eigenen Wissenschaftler*innen oder für Studierende, die im Ausland studieren)?
3. Gab es einen Konsultationsprozess und eine breite Zustimmung der Stakeholder, die von der Entwicklung betroffen sein werden, einschließlich der Forschenden, Lehrenden und Studierenden?
4. Wurde eine unabhängige Markterkundung über die potenzielle Nachfrage nach Studienangeboten durchgeführt (und nicht nur auf Daten einer Partnereinrichtung vor Ort bzw. der Regierung des Ziellandes zurückgegriffen)?
5. Haben Sie Ihre Konkurrenten untersucht und Ihr Alleinstellungsmerkmal im Hochschulsystem des Ziellandes realistisch ermittelt (z. B. spezifisches Fachwissen, Reputationswert Ihrer Einrichtung im Ausland)?
6. Falls eine lokale Partnerorganisation involviert ist: Wurde eine Due-Diligence-Prüfung über den potenziellen Partner durchgeführt?
7. Sind Management- und Verwaltungsaufwand (und -kosten) im Geschäftsplan angemessen berücksichtigt?
8. Haben Sie den (geplanten) Standort besucht und seine infrastrukturelle Anbindung sowie das Angebot urbaner Dienstleistungen (z. B. Gastronomie, Kultur, Handel) geprüft?
9. Beobachten Sie systematisch, ob Vorschriften, die sich auf Ihre Tätigkeit im Ausland auswirken (z. B. Hochschulregularien, ausländische Direktinvestitions- und Migrationsregularien), sich ändern, und haben Sie einen Mechanismus zur Reaktion auf Änderungen eingerichtet?
10. Haben Sie einen Plan für die Schließung des Campus aufgestellt und Ereignisse definiert, die zu einer Schließung des Campus führen würden (z. B. Verletzung der akademischen Freiheit, finanzielle Verluste)?

zum Weiterlesen

Kleibert, J. M., Rottlieb, T., Schulze, M. & A. Bobée (2021).

Strategy First: Ten Questions to Answer before Starting an International Campus.

IRS Dialog 2/2021. Policy Paper.

Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung

zierte Arbeitskräfte auszubilden und zu halten. Diese sollen dann für Wissenstransfer und Innovationen in den vor Ort ansässigen Unternehmen sorgen. Zudem sollen internationale Campusse den internationalen Ruf der Gaststädte und Sitzländer stärken und damit wiederum Talente und Investitionen anziehen.

Ausländische Universitäten tragen aber nicht automatisch zur nationalen oder regionalen Entwicklung bei. Diese Problematik beginnt mit der Auswahl ansiedlungswilliger Hochschulen. Ein reiner Laissez-faire-Ansatz bei der Ansiedlung kann dazu führen, dass sich Institutionen mit geringer Qualität ansiedeln. Doch auch exzellente Universitäten sind keine Garantie für positive Effekte auf Wissensökonomie und Regionalentwicklung. Insbesondere wenn für die entsendenden Hochschulen finanzielle Aspekte im Vordergrund stehen, setzen diese in ihren Zweigstandorten häufig eher auf leicht vermarktbar und hoch standardisierte Lehrangebote, wie etwa MBA-Abschlüsse. Forschungs- und Transferaktivitäten, gerade mit lokalen Partnern, sind für die Hochschulen dagegen teuer, aufwendig, erfordern spezielles Personal und sind mit hohen Risiken behaftet. Dabei sind gerade sie für die regionale Entwicklung von großer Bedeutung. Ohne eine aktive politische Steuerung ist jedoch damit zu rechnen, dass sie nur eine untergeordnete Rolle spielen.

Die Gastländer können aber Anreize schaffen, damit Offshore Campuses sich besser regional integrieren: etwa durch die gezielte Förderung der Zusammenarbeit

von Zweiguniversitäten untereinander oder mit einheimischen Hochschulen in gemeinsamen Studienprogrammen; oder mit der lokalen Wirtschaft über Praktikumsprogramme. Weitere Stellschrauben können der Zugang zu Forschungsförderung und die finanzielle Unterstützung von Forschungs Kooperationen sein. Dabei laufen Zielländer allerdings Gefahr, die internationalen Hochschulen übermäßig zu regulieren und ihre Attraktivität als Standorte einzubüßen. Damit sich das volle Potenzial von Auslandscampussen für die regionale Entwicklung entfalten kann, gilt es also, den schmalen Grat zwischen einem investitionsfreundlichen Umfeld einerseits und wirkungsvollen Steuerungsmechanismen andererseits zu finden. Wie dies gelingt, wird im Policy Paper „Developing Successful Transnational Education Hubs: Key Challenges for Policy Makers“ genauer beschrieben.

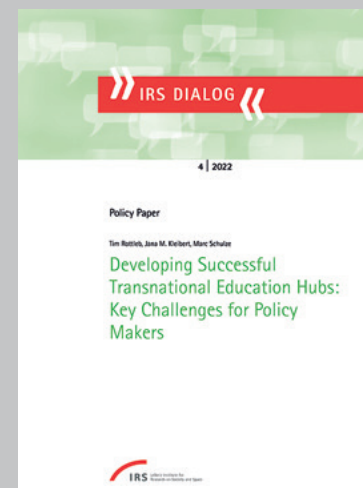
Gelingt der Balanceakt, kann ein Campus über Jahrzehnte hinweg erfolgreich sein: Parsons Paris feierte 2021 sein 100-jähriges Bestehen und bietet bis heute Studiengänge in Architektur, Innendekoration, Bühnenbild und Kostümdesign an. Auch wenn sich die kulturellen, sozialen und politischen Voraussetzungen von Region zu Region unterscheiden: Eine strategische Herangehensweise und eine langfristige Vision sowohl der Gastländer als auch der Heimatuniversitäten bilden die Grundlagen für den anhaltenden Erfolg solcher internationaler Bildungseinrichtungen. ■

Herausforderung Hochschulansiedlung: Impulse für die Wissensökonomie?

Rottleb T., Kleibert J. M. & M. Schulze (2022).

**„Developing Successful Transnational Education Hubs:
Key Challenges for Policy Makers.“**

IRS Dialog 4/2022. Policy Paper.
Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung



Megaprojekt in Schwierigkeiten



Im Süden Malaysias entsteht ein Mega-projekt der besonderen Art: eine ganze „Stadt“ aus internationalen Universitäten und Instituten, in der internationale Studiengänge und Hochschulabschlüsse angeboten werden. Die 1,2 Quadratkilometer große „EduCity“ vor den Toren Johor Bahrus, der Hauptstadt des Bundesstaats Johor, soll insbesondere von der Nähe zum Stadtstaat Singapur profitieren und grenzübergreifend Studierende anziehen. Als Kompetenzzentrum für ortsansässige Industrien wie beispielsweise die Hafenlogistik soll

das Projekt maßgeschneidertes Wissen bereitstellen. Die Anlage versteht sich als Teil einer größeren Regionalentwicklungsstrategie nach dem Vorbild der chinesischen Sonderwirtschaftszone Hongkong-Shenzhen. Bisher ist die EduCity allerdings in einem prekären Zustand. Die erwarteten Studierendenzahlen haben sich nicht eingestellt. Mobilität und Kooperation über Grenzen hinweg gestalten sich schwieriger als angenommen, insbesondere Singapur wirkt wenig engagiert. 2019 waren erst 4.000 der für 2025 geplanten 16.000 Studierenden

eingeschrieben, die Universität von Reading erreichte gar erst 10 Prozent der geplanten Studierendenzahl. Eine Branche profitiert jedoch: Nahegelegene Immobilienprojekte florieren, weil sie – noch – vom Image der EduCity profitieren.

Publikation:

Kleibert, J. M. & M. Schulze (2021).

EduCity in Iskandar Malaysia: Eine transnationale Bildungszone als Megaprojekt.

Geographische Rundschau, 73(4), 34-39

COVID-19: Wie wird ein Campus resilient?

Mit der COVID-19-Pandemie entfaltete sich ab 2020 eine Krise, die das etablierte Geschäftsmodell zahlreicher Offshore Campuses vor existenzielle Probleme stellte: Wie sollte gelehrt werden und wie sollte Lehrpersonal eingeflogen werden, wenn der Reiseverkehr unterbrochen wurde? Wie sollten internationale Studierende die Standorte erreichen? Wie sollten Abstandsregeln auf dem Campus umgesetzt, wie Einnahmeausfälle kompensiert werden? Die Krise traf auch die empirische Forschung der TRANS-EDU-Gruppe, doch zugleich bot sie auch die Gelegenheit für eine neue Frage: Wie resilient sind Auslandscampusse? Es zeigte



sich, dass es hilft, Partnerschaften mit lokalen Institutionen, lokales Personal, lokale Finanzierungsquellen und einen hohen Anteil von Studierenden zu haben, die tatsächlich dauerhaft im Zielland leben. Sich zu sehr auf die Regeln eines Ziellandes einzulassen galt bis dato als Risiko. Nun zeigte sich, dass auch zu wenig Einbettung ein Risiko ist.

Publikation:

Kleibert, J. M., Schulze, M., Rottlieb, T. & A. Bobée (2023).

(Trans-)Regional Embeddedness and the Resilience of Offshore Campuses.

Regional Studies, Regional Science 10(1), 23-32



Guten Tag Frau Kleibert. Mit welchen Themen und Aufgaben befassen Sie sich gerade?

Da steht bei mir das Thema Lehre mit neun Semesterwochenstunden und einigen neuen Vorlesungen ganz oben auf der Agenda. Seit September 2022 bin ich Professorin für Wirtschafts- und Sozialgeographie an der Universität Hamburg. Und dann sind da noch meine Forschungsthemen im Bereich Globalisierung und Wissensökonomie, die ich nach Hamburg mitgebracht habe und hier weiterentwickle. Das TRANSEDU-Projekt läuft weiter und ich betreue weiterhin Doktorand*innen am IRS.

Worum geht es im TRANSEDU-Projekt?

Uns interessiert die internationale Standortwahl von Universitäten. Konkret geht es um die Errichtung von internationalen Zweigstellen von Universitäten, die häufig in Großstädten in Südostasien und den arabischen Golfstaaten in geballter Form stattfinden, also in sogenannten Education Hubs. Warum diese entstehen, erforschen wir aus wirtschafts- und stadtgeographischer Perspektive. Wir schauen, wie die Einbettung dieser Universitätszweigstellen funktioniert und welche Rolle sie in den jeweiligen urbanen und nationalen Entwicklungsstrategien spielen. Unser Interesse gilt transnationalen Strömen von Studierenden, Lehrenden, von Wissen und nicht zuletzt von Kapital.

Und was sind interessante neue Themen?

Sicher die zunehmend wichtigere Rolle von Geopolitik in der transnationalen Hochschulbildung, zum Beispiel Investitionen Chinas in die Europäische Union. Ein anderes interessantes Phänomen ist, wie in letzter Zeit über

internationales Kapital immer mehr profitorientierte Studierenden-Unterkünfte entstehen. Solche Unterkünfte sind gerade ein international boomendes Geschäft. Auch in Deutschland entstehen sie verstärkt. Dazu gehört auch das Social Hub in Berlin-Mitte. Wir sprechen hier über eine Finanzialisierung von Wohnungsmärkten, die verwickelt ist mit der Internationalisierung und Privatisierung von Hochschulbildung.

Wie kam es dazu, dass Sie sich am IRS mit transnationaler Hochschulbildung beschäftigen haben?

Die Idee kam mir im Feld. Ich hatte vor ein paar Jahren ein zweimonatiges Visiting Fellowship an der National University of Singapore. Als ich mich in Südostasien umgeschaut habe, bin ich in Malaysia auf eine Education City gestoßen. Das war für mich die Initialzündung. Ich habe mich gefragt, warum investieren Bildungseinrichtungen im Ausland, welche Orte werden ausgewählt und warum, wer sind die Akteure, wie verändern sich diese Standorte dadurch? Mit diesen Fragen bin ich zurück ans IRS gekommen und habe dann einen Antrag für eine Leibniz-Nachwuchsgruppe gestellt. Daraus wurde dann das TRANSEDU-Projekt, das noch bis Ende 2023 läuft.

Lassen Sie uns noch über Ihre kumulative Habilitation sprechen. Ihr Habilitationsvortrag trug „Post-Globalisierung“ im Titel. Erleben wir gerade das Ende der Globalisierung?

Da bin ich eher skeptisch. Deglobalisierung, also eine Rückabwicklung der Globalisierung, ist für mich eine offene Frage. Wir erleben zurzeit keinen radikalen Abbruch welt-

Prof. Dr. Jana Kleibert ist seit September 2022 Professorin für Wirtschafts- und Sozialgeographie mit Schwerpunkt Metropolforschung im Fachbereich Erdsystemwissenschaften an der Fakultät für Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften sowie am Centrum für Erdsystemforschung und Nachhaltigkeit (CEN) der Universität Hamburg. Sie forschte von 2015 bis 2022 als Postdoc im IRS-Forschungsschwerpunkt „Ökonomie und Zivilgesellschaft“. Ab 2018 leitete sie die Leibniz-Nachwuchsgruppe „Constructing Transnational Spaces of Higher Education. International Branch Campus Development at the Interface of Network and Territorial Embeddedness“ (TRANSEDU).

„Politikberatung oder Wissenschaft? Diese Entscheidung muss man nicht am ersten Tag treffen.“

weiter Beziehungen. Auch wenn einige Lieferketten nun regionaler organisiert werden, zeigen viele globale Warenströme nicht gerade eine Deglobalisierung. Dienstleistungen zum Beispiel. In der Pandemie haben Zoom und Amazon zugelegt. Und nach dem Brexit haben britische Unis ganz massiv in der EU investiert. Ein Beispiel ist die 2020 errichtete Zweigstelle der Lancaster University in Leipzig.

Schauen wir ein wenig zurück auf Ihre Zeit am IRS. Was hat Sie aus heutiger Sicht am IRS geprägt?

Sicher der Austausch mit Kolleg*innen und die theoretischen Debatten. Ich kam 2015 durch das Drittmittelprojekt „Geographien der Dissoziation“ ans IRS. Darin ging es um die soziale Konstruktion von Werten aus räumlicher Perspektive. Dabei haben wir versucht, zwei Perspektiven der Wirtschaftsgeographie unter einen Hut zu bekommen: polit-ökonomische und kulturelle ökonomische Ansätze. Diese doppelte Sicht aus politischer und kultureller ökonomischer Perspektive hat mich nachhaltig geprägt und kam auch im TRANSEDU-Projekt zum Tragen, in dem es sowohl um die materielle als auch die symbolische Konstruktion von transnationalen Räumen ging. Ich könnte mir gut vorstellen, dass diese Perspektive sich auch anbietet für raumbezogene Forschung über profitorientierte Studierendenunterkünfte. Welches Kapital fließt in diese Investitionen? Wie werden diese exklusiven Wohneinheiten mit Wert aufgeladen und vermarktet, zum Beispiel mit Werten wie „Community“?

Wie schauen Sie auf Ihre Erfahrungen im Wissenstransfer am IRS zurück?

In einer außeruniversitären Einrichtung wie dem IRS spielt Transfer natürlich eine größere Rolle als an einer

Universität, keine Frage. Am IRS war die Transferpraxis immer ein zentraler Aspekt, was auch durch das Team der Wissenschaftskommunikation und Kolleg*innen am IRS stark unterstützt wurde. Diese habe ich als wertvolle und proaktive Sparringspartner erlebt. Wir haben auf Basis der TRANSEDU-Projektergebnisse mehrere Transferpublikationen veröffentlicht und waren eingeladen als Sprecher*innen auf Praktikertagungen. Und meine Kollegin Alice Bobée und ich waren auch beratend tätig für Organisationen in Spanien und Frankreich, die an transnationalen Investitionen im Hochschulbereich interessiert sind. Dies alles zeigt für mich, wie Transfer im IRS verankert ist und mit Leben gefüllt wird.

Zum Ende noch eine Frage für kommende akademische Generationen. Was empfehlen Sie dem Nachwuchs?

Die Arbeit in der Wissenschaft bleibt ein Feld voller Unsicherheiten. Hier sehe ich trotz gegenwärtiger Debatten keine große Lösung in Sicht. Die Frage ist also, was sind Gründe, um trotzdem promovieren zu wollen? Wenn die Vorteile – interessante Themen, für die man brennt, und die relative Freiheit, sich mit diesen in der Tiefe zu beschäftigen – die Unwägbarkeiten aufwiegen, kann es sich lohnen. Ich habe immer versucht, diese Vorteile fest im Blick zu behalten. Aber die Entscheidung für die wissenschaftliche Laufbahn ist eine zutiefst individuelle Entscheidung. Und auch eine, deren Antwort sich über die Zeit verändern kann. Politikberatung oder Wissenschaft? Diese Entscheidung muss man nicht am ersten Tag treffen.

Das Interview führte Gerhard Mahnken

Für einen Wissenstransformationsprozess

Text von Dr. Felix Müller

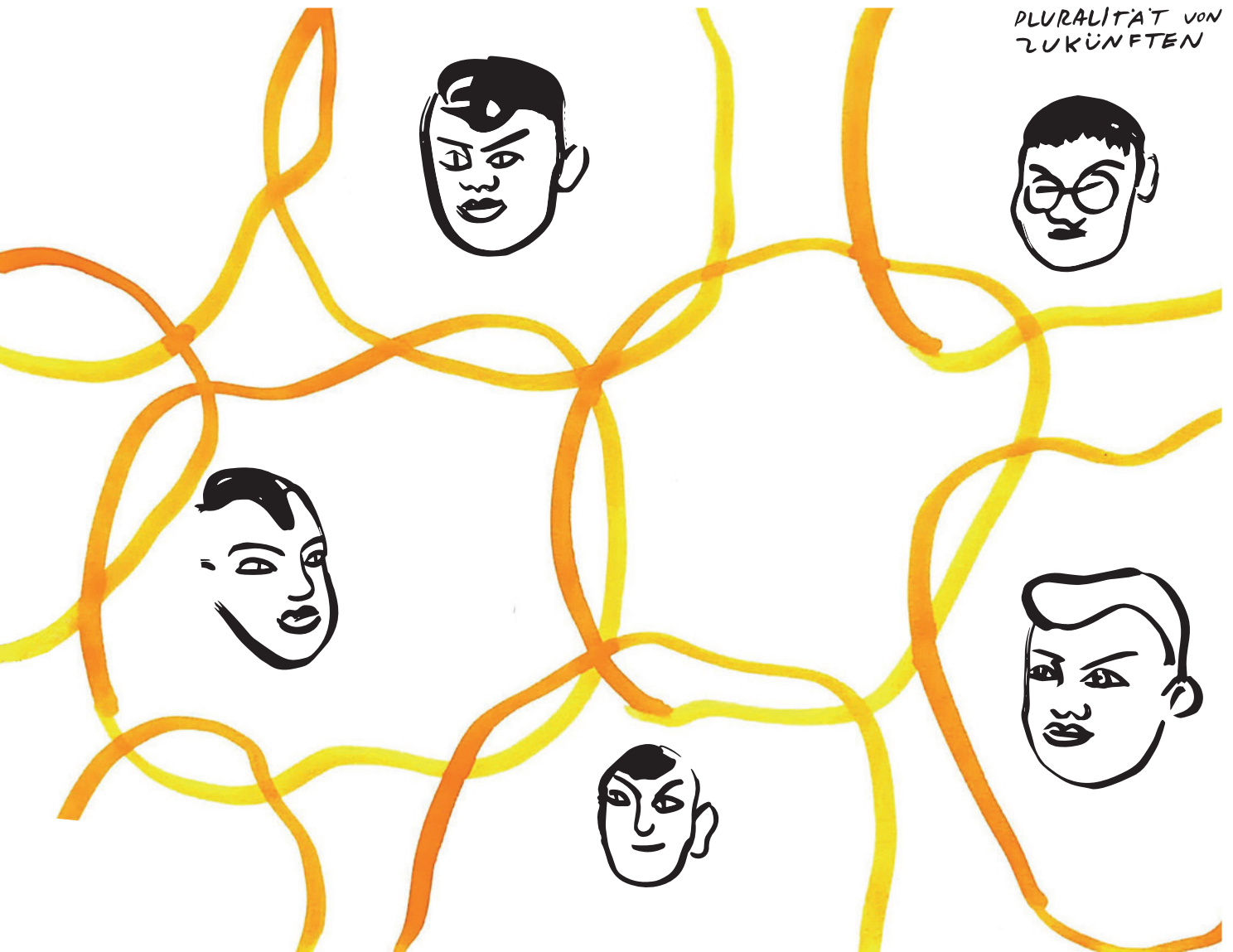
Das Wissenschaftssystem ist heute eine kritische Infrastruktur für evidenzbasiertes Handeln und notwendige gesellschaftliche Transformationen. Um dieser Rolle gerecht zu werden ist eine Neuausrichtung des Wissenstransfers nötig. Zu diesem Ergebnis kommt das Team des IRS-Projekts „Open Region“ in der innovativen Hochschule „InnoHub13“. In einem Policy Paper werden zentrale Thesen und praktische Empfehlungen formuliert, zum Beispiel dass der Wissenstransfer seine Technologiefixierung überwinden und verschiedenste gesellschaftliche Akteure zu gemeinsamen Problemlösungsanstrengungen einladen sollte. Hochschulen brauchen dafür neue Karrierestrukturen und Anreize.



Die innovative Hochschule „Innovation Hub 13 – fast track to transfer“ (kurz „InnoHub13“) hat fünf Jahre lang intensiv an neuen Transferformaten in Südbrandenburg und Nordsachsen gearbeitet. Ein Team des IRS bestehend aus Suntje Schmidt, Julia Stadermann, Tim Rottleb und Erik Ooms hat im Projekt „Open Region: Regionale Problemlagen als Ausgangspunkte von Innovationen“, das Teil des InnoHub 13-Verbunds war, eng mit Forschenden und regionalen Praxisakteuren versucht, Innovationspotenziale in den Problemlagen der Untersuchungsregion zu identifizieren und dabei neue Ansätze des Wissenstransfers zu erproben. Daraus entstand ein Policy Paper des Projektteams, das die zentralen Erkenntnisse und Konsequenzen für den Wissenstransfer, besonders durch regionale Hochschulen, zusammenfasst und Empfehlungen für seine künftige Ausgestaltung gibt.

Im Zentrum des Papers steht eine Erkenntnis: In einer Welt, in der immer wieder und künftig noch stärker auf unvorhergesehene Krisen evidenzbasiert reagiert werden muss, in der die Gesellschaft sich kontinuierlich reflektieren, anpassen und kreativ neu erfinden muss, kommt dem Wissenschaftssystem die Rolle einer kritischen Infrastruktur zu: so unverzichtbar für das Weiterleben der Gesellschaft wie Stromnetze und Krankenhäuser. Dabei zählen nicht nur die „harten“ Infrastrukturen wie Testlabore und Institute, sondern auch die „weichen“, sozialen Infrastrukturen, die Forschungs- und Transferarbeit mit Leben erfüllen: etwa wissenschaftliche Fachgemeinschaften, Kooperationsbeziehungen und Alumninetzwerke. Sie sollen zusammenwirken und sich immer wieder neu in die Lösung praktischer Problemlagen und gesellschaftliche Transformationsprozesse einbringen. Hierfür ist auch die Fähigkeit notwen-

ansfer, der zesse mitgestaltet





Während eines zweitägigen Policy Lab in der Hochschul-Präsenzstelle Luckenwalde erarbeiteten im November 2022 Akteure aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft neue Ideen für den Wissenstransfer aus und mit der Forschung.

dig, eine gewisse Anpassungsfähigkeit zur entwickeln. Das Paper spricht deshalb von „Wissenstransfer als kritischer Infrastrukturierung“.

Um das zu schaffen, muss der Transfer seinen Bias für Technologie und wirtschaftliche Verwertung überwinden. Technologische Innovationen oder Innovationen, die sich unmittelbar in ökonomische Leistungen und Anwendungen übertragen lassen, lösen alleine keine gesellschaftlichen Probleme. Erst im Zusammenspiel mit beispielsweise an Nachhaltigkeit orientierten neuen Praktiken, Routinen und Organisationsformen – sozialen Innovationen – ist damit zu rechnen, dass Transformation im Sinn des Gemeinwohls gestaltet werden kann. Eine viel breitere Akteurslandschaft, von der Stadtverwaltung bis zur Dorfinitiative, muss entsprechend als potenzielle Zielgruppe von Transfer verstanden werden. „Zielgruppe“ bedeutet dabei nicht, dass diese Gruppen neues Wissen aus der Wissenschaft passiv empfangen

und es lediglich anwenden. Stattdessen partizipieren sie aktiv an der Herstellung neuen Praxiswissens. Auch den Bias für lineare Wissensvermittlung sollten Transferverantwortliche entsprechend überdenken. An seine Stelle tritt ein dialogisches Verständnis von Wissenstransfer, in welchem Impulse aus der Praxis genauso zu Lerneffekten in der Wissenschaft führen wie umgekehrt. Denn Akteure in den verschiedensten Praxiskontexten verfügen über je spezifisches Handlungswissen, welches für gelingende Innovationsprozesse genauso benötigt wird wie wissenschaftliche Erkenntnis. Ein praktisches Problem – etwa medizinische Versorgung in dünn besiedelten Regionen – ist dabei mehr als ein Ärgernis. Es kann die Gelegenheit und den Startpunkt für eine oder gar mehrere, insbesondere soziale Innovationen bieten. Schließlich soll Transfer zirkulär organisiert sein, nicht als einmalige Veranstaltung, sondern als auf Dauer angelegtes kollektives Lernen mit wiederholten Feedbackschleifen und gemeinsamem Engagement.

Dieses Ideal von Wissenstransfer ist nicht grundsätzlich neu. Es wird als Ziel verschiedener hochschul- und wissenschaftspolitischer Initiativen anerkannt, wie etwa der Bund-Länder-Initiative „Innovative Hochschule“ sowie den „WIR“- und „TIRaum“-Programmen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Um es praktisch zu erreichen, müssen aber noch wesentliche Schritte folgen, die tief in die existierenden Praktiken und Strukturen von Hochschulen und anderen Forschungseinrichtungen eingreifen. Ein solcher Schritt ist beispielsweise eine verbesserte Präsenz in der Region. Die umgebenden Regionen bieten für Hochschulen und Forschungseinrichtungen eine entscheidende Gelegenheitsstruktur für die Beteiligung an sozialen (und anderen) Innovationsprozessen. Während Kooperationen und Partnerschaften mit der regionalen Wirtschaft heute weitgehend etabliert sind, fehlen noch Praktiken, Erfahrungen und Formen des Austausches mit anderen praxisorientierten Kooperationspartner*innen beispielsweise zu gesellschaftlichen Themen. Im Policy Paper wird hierzu sowohl die Einrichtung neuer Foren und Beobachtungsinstrumente als auch die Nutzung bestehender Infrastrukturen wie etwa Hochschul-Präsenzstellen empfohlen.

Eine weitere Herausforderung ist der Aufbau neuer sozialer Beziehungen. Um sinnvoll an einem Problem zu arbeiten, müssen die Beteiligten nicht nur voneinander wissen, sondern sich auch als relevante Partner für ein gemeinsames Vorhaben wahrnehmen. Dazu braucht es eine gemeinsame Sprache und eine geteilte Problemwahrnehmung. Der Aufbau solcher Beziehungen ist zeit- und arbeitsintensiv – und liegt typischerweise außerhalb der Möglichkeiten und offiziellen Zuständigkeiten sowohl der Wissenschaftler*innen als auch der Fachleute in den Transferstellen. Das Policy Paper nennt zentral das Konzept der „Community of Practice“. Gemeint sind damit Gruppen von Menschen, die durch ein Anliegen und durch regelmäßige Auseinandersetzungen mit einem geteilten Problem verbunden werden und eine gemeinsame Sprache entwickeln. Sie können quer liegen zu Organisations- und Institutionengrenzen. Damit der Wissenstransfer im beschriebenen Sinn gelingt, ist der Aufbau von solchen problembezogenen Communities nötig. Doch wer hat dafür die Zeit und den legitimierte Auftrag? Die aktuell geltende Projektlogik im öffentlich geförderten Wissenstransfer ist ein wesentliches Hindernis für seine langfristige Wirksamkeit. Am Ende eines Projektzeitraums suchen sich die eingestellten Fachleute neue Jobs, aufgebaute Beziehungen können ver-

fallen oder müssen mühevoll aufrechterhalten werden. Als Erweiterung der gängigen Förderlogik schlagen die Autor*innen des Policy Papers deshalb vor, Mittel für die Explorierung und Anbahnung wie auch Verstärkung von Transferbeziehungen bereitzustellen.

Letztlich, so das Paper, sind jedoch weitreichende Änderungen an den Strukturen des Wissenschaftssystems nötig. Zu den geforderten Änderungen gehört unter anderem, dass bei Berufungen auf Professuren und der Vergabe von Dauerstellen im Wissenschaftssystem das langfristige Engagement für den Wissenstransfer gewürdigt und belohnt wird – gleichberechtigt mit wissenschaftlicher Exzellenz. Hochschulen sollten außerdem Forschung und Lehre für den Transfer öffnen und dialogische Wissenstransferaktivitäten als Gelegenheiten für beides begreifen. Schließlich wird Personalaustausch zwischen Wissenschaft und gesellschaftlichen Praxiskontexten empfohlen. Auch Menschen, die lange in der Praxis tätig waren und nun nach wissenschaftlicher Reflexion ihrer Praxis suchen, sollen im Wissenschaftssystem willkommen sein – über Promotionsstellen, Lehrtätigkeit und Fellowships.

Die Thesen und Empfehlungen des Policy Papers wurden vom Projektteam gemeinsam mit Praxispartner*innen beispielsweise aus Politik, Verwaltung, Transferbereichen von mehreren Hochschulen, zivilgesellschaftlichen Vereinen, Wissenschaft und Projektträgern in einem Policy Lab im November und Dezember 2022 im Gewerbehof Luckenwalde (Makerspace und Hochschulpräsenzstelle) erarbeitet. Das Lab wurde professionell von der Initiative „Politics for Tomorrow“ angeleitet, die sich auf Innovationen im öffentlichen Sektor spezialisiert hat. Im Zentrum des auf zwei Termine verteilten Labs stand die gemeinsame Erarbeitung von strategischen Leitplanken für ein verändertes Verständnis von Wissenstransfer. Das Team des IRS brachte dabei seine Erkenntnisse aus seinem Teilprojekt in der innovativen Hochschule „Innovation Hub 13“ und der Kreativitäts- und Innovationsforschung des Forschungsschwerpunktes „Ökonomie und Zivilgesellschaft“ ein. ■

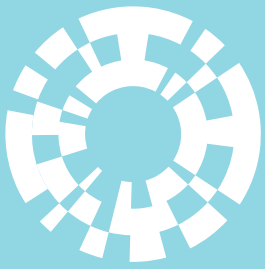
Publikation:

Rottlieb, T., Schmidt S. (geplant 2023).

Wissenstransfer als kritische Infrastrukturierung

IRS Dialog. Policy Paper.

Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung

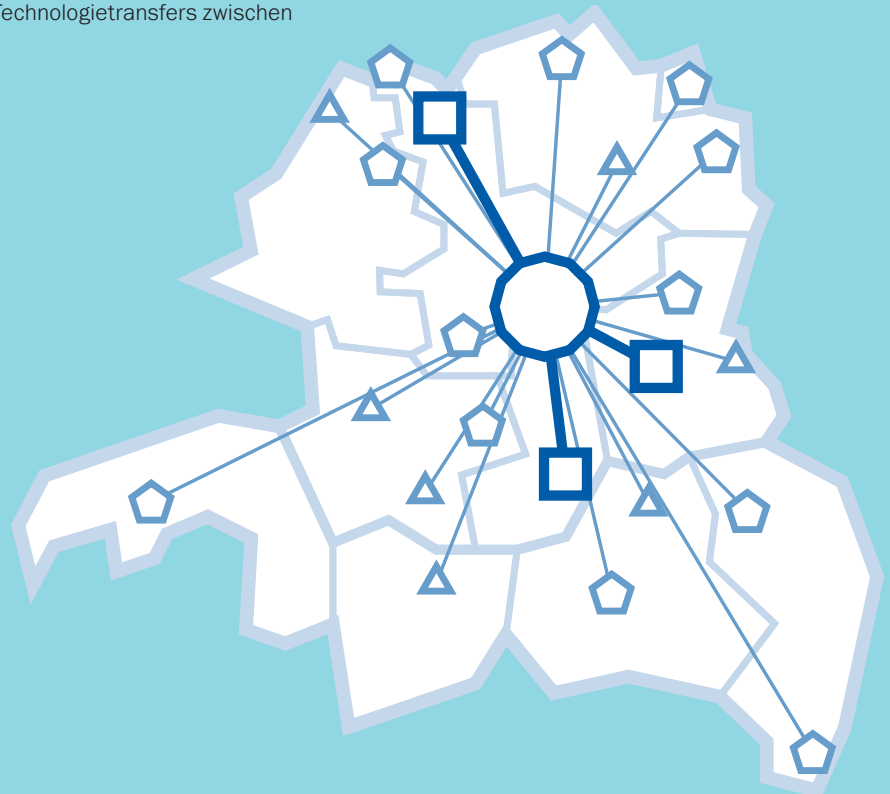


Innovative Hochschule „Innovation Hub 13“

Seit 2016 ergänzt die Bund-Länder-Initiative „Innovative Hochschule“ mit ihrem Fokus auf Wissenstransfer – die dritte Mission der Hochschulen neben Forschung und Lehre – die Exzellenzstrategie und das Programm zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Sie richtet sich vor allem an Fachhochschulen und kleinere Universitäten, die wichtige Anker des Wissenstransfers in ihren jeweiligen Regionen bilden. Sie sollen dabei unterstützt werden, mit Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur gemeinsam an zukunftsweisenden Problemlösungen zu arbeiten. Sie sollen Innovationen in einem weiten Sinn – technologisch, sozial und kulturell – voranbringen und sich dafür auch für wechselseitigen Austausch öffnen: Die Impulse aus der Region sollen Unterstützungsbedarfe deutlich machen und Forschung und Lehre inspirieren. In der ersten Förderrunde (2018 bis 2022) wurden 29 Vorhaben gefördert. Die zweite Runde begann 2023 und läuft bis 2027.

Die Innovative Hochschule „Innovation Hub 13 – fast track to transfer“ (InnoHub13) war ein Projekt der Technischen Hochschule Wildau und der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg zur Förderung des Wissens- und Technologietransfers zwischen

Hochschulen, Unternehmen und Öffentlichkeit. Er verfolgte seit dem Projektstart 2018 das Ziel, die Region entlang der Autobahn A13 durch Südbrandenburg und Nordsachsen zu stärken, indem eine institutionenübergreifende Struktur geschaffen wird, die Wissenstransfer schneller und pro-aktiver macht. Neben den beiden Hochschulen waren das Fraunhofer-Institut für Angewandte Polymerforschung (IAP), das Fraunhofer-Zentrum für Internationales Management und Wissensökonomie (IMW) und das IRS am Verbund beteiligt. Der IRS-Forschungsschwerpunkt „Ökonomie und Zivilgesellschaft“ suchte im Rahmen seines Teilprojekts „Open Region: Regionale Problemlagen als Ausgangspunkte von Innovationen“ nach Innovationspotenzialen, die in den Problemen der Region schlummern und nach Wegen, sie zu nutzen. Die Förderung der Innovativen Hochschule „Innovation Hub 13“ lief Ende 2022 aus.



Kommende Veranstaltungen

OKT
OBER

22nd IRS International Lecture

Am **Mittwoch, 4. Oktober 2023, 15.30–17.00 Uhr** findet die 22. IRS International Lecture on Society and Space mit Prof. Markku Sotarauta von der Universität Tampere statt.

Unter dem Titel „Trinity of Change Agency and Path Development: Experiences and Lessons from a Nordic Study“ wird er die konzeptionellen und methodischen Ansätze einer umfangreichen Studie zur regionalen Entwick-

lung in Skandinavien erläutern sowie ihre Ergebnisse präsentieren. Um eine Anmeldung zu der hybrid abgehaltenen Lecture auf leibniz-irs.de unter Veranstaltungen wird gebeten. Die Veranstaltungssprache ist Englisch.

Eröffnung des neuen Fachportals

Am **Freitag, 6. Oktober 2023, ab 13 Uhr** präsentiert der Forschungsschwerpunkt „Zeitgeschichte und Archiv“ sein neu gestaltetes Online-Portal „Stadt-Raum-Geschichte“ erstmals der Öffentlichkeit. Das Portal bietet Einblicke in und Zugriffsmöglichkeiten auf die Bestände der Wissenschaftlichen

Sammlungen des IRS. Es wird im Rahmen einer Fachveranstaltung eröffnet von der brandenburgischen Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Dr. Manja Schüle.

Die Veranstaltung mit anschließendem Empfang findet in Präsenz in Erk-

ner statt. Um eine Anmeldung auf leibniz-irs.de unter Veranstaltungen wird bis zum 22. September gebeten.

**STADT
RAUM
GESCHICHTE**

23rd IRS International Lecture

Am **Freitag, 20. Oktober 2023, 11.00–12.30 Uhr** wird Prof. Guy Baeten von der Universität Malmö die 23. IRS International Lecture on Society and Space halten. Prof. Baeten ist Leiter

des neu gegründeten Institute for Urban Research, das die Stadtforschung der Universität Malmö bündelt. Guy Baeten forscht unter anderem zu städtischer Nachhaltigkeit.

Um eine Anmeldung zu der hybrid abgehaltenen Lecture auf leibniz-irs.de unter Veranstaltungen wird gebeten. Die Veranstaltungssprache ist Englisch.

NOV
EMBER

55. Brandenburger Regionalgespräch

Wissenschaftliche Einrichtungen sind Akteure der regionalen Entwicklung. An sie wird die Erwartung gerichtet, notwendige Transformationsprozesse zu unterstützen. Unter dem Titel „Was heißt hier Transfer?“ thematisiert am **Mittwoch, 8. November ab 14 Uhr** das 55. Brandenburger Regionalgespräch in

Erkner neue Formen des Wissens- und Technologietransfers zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Diskutiert wird, wie wissenschaftliche Einrichtungen den Erwartungen gerecht werden und Transfer mit ihren Missionen Forschung und Lehre verbinden können. Um eine Anmeldung zu der

Veranstaltung auf leibniz-irs.de unter Veranstaltungen wird gebeten.

IRS

Probleme zu Innovationen

Text von Dr. Felix Müller

Im Rahmen ihrer dritten Mission, dem Wissenstransfer, engagieren sich Hochschulen für gemeinwohlorientierten Wandel in ihrer Region. Doch wie kann dieses Engagement organisiert werden? Mit dem Innovation Salon hat ein Team des IRS ein Format des dialogischen Wissenstransfers entwickelt und erprobt. Es bietet Forschenden aus Hochschulen und anderen Wissenschaftseinrichtungen eine praktische Möglichkeit, sich zusammen mit Akteuren aus der Zivilgesellschaft in Innovationsprozesse einzubringen. Das Besondere daran ist, dass nicht Erfindungen und Technologien den Ausgangspunkt für Wissenstransfer darstellen, sondern regionstypische Problemlagen und Herausforderungen. In Südbrandenburg wurden in drei Innovation Salons neue Konzepte für die Gesundheitsversorgung, die Arbeit von Hochschul-Transferstellen und die Jugendsozialarbeit entwickelt.



Die Innovative Hochschule „Innovation Hub 13 – fast track to transfer“ (InnoHub 13) hatte ihren Handlungsraum in Südbrandenburg und Nordsachsen; eine Region, die durch große Herausforderungen bei Infrastruktur und Daseinsvorsorge, ungünstige demographische Bedingungen und – Stichwort Kohleregion Lausitz – wirtschaftlichen Strukturwandel gekennzeichnet ist. Im Rahmen des InnoHub 13-Teilprojekts „Open Region: Regionale Problemlagen als Ausgangspunkte von Innovationen“ entwickelten Julia Stadermann und Suntje Schmidt vom IRS-Forschungsschwerpunkt „Ökonomie und Zivilgesellschaft“ ein Transferformat, das bei regionalen Herausforderungen ansetzt und problemgetriebene Innovationsprozesse unterstützt: den Innovation Salon.

Innovation Salons sind ein Format des dialogischen Wissenstransfers, das einen Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis auf Augenhöhe unterstützt. Eine wesentliche Grundlage für ihre Entwicklung ist die

Annahme, dass spezifische regionale Problemlagen zu Ausgangspunkten für neue Denkansätze und neuartige Problemlösungen werden können, kurz, dass Probleme Innovationsgelegenheiten sind. Diese Idee stammt aus dem Konzept der „Offenen Region“, nach der das IRS-Teilprojekt benannt ist: eine am IRS entwickelte innovationspolitische Heuristik, die es Akteuren der regionalen Innovationspolitik erlauben soll, sich von Technologie-zentrismus und nur schwer erreichbaren Zielen wie dem Aufbau eines weiteren Silicon Valleys zu lösen und stattdessen mit dem zu arbeiten, „was da ist“. Innovation Salons bieten eine Möglichkeit, genau das zu tun. Sie haben zum einen das Ziel, soziale Innovationen, die von Akteuren vorangetrieben werden, die sich regionalen Herausforderungen stellen, zu unterstützen. Das bedeutet: ein Problem mit einer neuen Herangehensweise zu verbinden und erste greifbare Handlungsmöglichkeiten („Prototypen“, auch wenn es sich nicht um technische Geräte handelt) zu entwickeln. Zum anderen verfolgen sie das Ziel, eine Gruppe in den Wissenstransfer einzubeziehen, die meist übersehen wird: die Zivilgesellschaft – Initiativen, NGOs, Netzwerke und Vereine.

Hochschulen und andere Wissenschaftseinrichtungen konzentrieren sich bei ihrem Wissenstransfer meist auf die Privatwirtschaft, beispielsweise Industrieunternehmen oder Start-ups. Um aber regionale Problemlagen im Bereich von gesellschaftlichem Zusammenhalt, Lebensqualität, Infrastruktur, Daseinsvorsorge und ähnlichen Gebieten als Innovationsgelegenheiten begreifen zu können, muss die Zivilgesellschaft als Akteur einbezogen werden. Forschende, zum Beispiel aus Hochschulen, tragen in Innovation Salons auf eine neue und für sie ungewohnte Art zu Innovationsprozessen bei: Sie bringen ihre Expertise in gemeinsame Problemdefinitions- und Lösungsaktivitäten mit der Zivilgesellschaft ein. Sie fungieren also nicht zwingend als Treiber oder Zentren von Innovationsprozessen. Vielmehr sind sie Akteure, die sich vor Ort engagieren und einbringen.

„Salon“ ist eine Metapher, die verdeutlicht, dass virtuelle und physisch-räumliche Gelegenheiten geschaffen werden, die eine Atmosphäre aufbauen für Begegnungen, für offenen Austausch und gemeinsames Denken und Schaffen. In seiner ursprünglichen Bedeutung suggeriert „Salon“ einen besonderen Ort für gesellschaftliche Zusammenkünfte und Empfänge. Salons waren kulturelle Anlässe für Diskussionen, Austausch und Gespräche, die ein bestimmtes Publikum einladen und den Austausch und Unterhaltungen kuratieren. Ein Innova-

tion Salon bringt folglich Akteure mit unterschiedlichen Wissens- und Erfahrungshintergründen zusammen und macht sie füreinander sichtbar. Er schafft einen Raum für die Entwicklung einer gemeinsamen Sprache und einer geteilten Wahrnehmung. Innovation Salons sind jeweils als Tandem organisiert. In zwei aufeinanderfolgenden Veranstaltungen erfolgen zwei Schritte, die laut der aktuellen Forschung zu Innovationsprozessen notwendig sind, um eine Innovation auf den Weg zu bringen (nicht, sie zu einem erfolgreichen Ende zu führen). Erstens ist eine Problemdefinition für eine regionale Problemlage erforderlich, die nicht nur weit verbreitete Klagen über einen bestimmten Missstand wiederholt, sondern schon einen innovativen Kern enthält. Sie benennt, was fehlt, was verbunden gehört, aber noch nicht verbunden ist. Zweitens müssen die unverbundenen Elemente zusammengeführt werden. Nicht nur theoretisch, sondern zumindest untersetzt mit technisch-organisatorischem Wissen, so dass eine Lösung auf dem Niveau eines Prototyps entsteht.

Das Projektteam des IRS organisierte insgesamt drei Innovation Salon-Tandems: ein Tandem zur Konzipierung eines Gesundheitshauses in der südbrandenburgischen Kleinstadt Baruth (2021), eines zur Kompetenzentwicklung in Hochschul-Transferstellen (2021/22) und ein drittes zur Nutzung digitaler Medien in der Jugendsozialarbeit (2022). Diese drei Themenstellungen kamen nicht zufällig zustande. Die Identifizierung von regionalen Herausforderungen und lösungsorientierten Akteuren war ein aufwendiger Prozess. Das IRS-Team führte eine Zeitungsanalyse durch, recherchierte online, nahm an Veranstaltungen teil und sprach mit zahlreichen regionalen Akteuren: mit Gemeinde- und Interessensvertreter*innen, den Transferscouts des „InnoHub13“ und mit zivilgesellschaftlichen Gruppen. So identifizierte es Probleme von regionaler Relevanz und laufende Initiativen zur Problemlösung. Auf der Grundlage dieser Analyse identifizierte das Projektteam für jedes Thema die wichtigsten Stakeholder: Menschen, die in der Region an dem Problem arbeiten, aktive Gruppen in anderen Regionen mit ähnlichen Problemwahrnehmungen und thematisch einschlägige Forschende an regionalen Hochschulen.

Im Fall des ersten Innovation Salons „Baruth und das Gesundheitshaus“ ging es beispielsweise um die Gesundheitsversorgung in der Kleinstadt Baruth/Mark. Sie wurde von Stadt und lokaler Zivilgesellschaft als unzureichend empfunden, was mit regionstypischen Strukturproblemen in Verbindung gebracht wurde:

Nachfolgeprobleme bei Praxen, unattraktive Bedingungen für niedergelassene Fachärzt*innen, lange Wege. Eine Initiative in Baruth arbeitete an einem Konzept für ein „Gesundheitshaus“, das vielfältige Dienste und ein attraktives Umfeld für die Gesundheits-Fachkräfte bieten sollte. Diese lokalen Akteure wurden um Expert*innen aus der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg sowie Fachleute aus bereits bestehenden Gesundheitshäusern in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein ergänzt. Im Fall des dritten Innovation Salons „Geht das auch digital? Medienpädagogische Inhalte in der Jugendsozialarbeit“ wurde das Problem adressiert, dass Jugendliche und junge Erwachsene zwar regelmäßig als künftige Fachkräfte und Gestalter*innen der Zukunft in der Region anerkannt werden, dass der sehr wichtigen Jugendsozialarbeit aber meist der „Draht“ zur Alltagskultur der jungen Menschen fehlt. Und die ist vor allem durch Digitalmedien geprägt, was sowohl Chancen als auch Gefährdungspotenziale zur Folge hat. Als lokal engagiert wurde in diesem Fall das Jugendinformations- und Medienzentrum „JIM“ Fürstenwalde identifiziert, ergänzt um Expertise aus einer deutschen Schule in Shanghai, aus einem Fraunhofer-Institut, der BTU Cottbus-Senftenberg und der Digitalagentur Brandenburg.

Diese Akteure wurden jeweils zur ersten Innovation Salon-Veranstaltung eingeladen bzw. in die Organisation eingebunden. Auf dieser ging es vor allem darum, mit interaktiven Methoden eine Sprachfähigkeit und Verständigung zwischen den beteiligten Gruppen über eine gemeinsame Definition der zu bewältigenden Herausforderung herzustellen. Akteuren von außerhalb des regionalen Kontextes kam die Rolle von Impulsgebern zu, die neue Problemwahrnehmungen anregten. Das IRS-Projektteam beteiligte sich aktiv, dokumentierte die Ergebnisse, beobachtete Gespräche und Interaktionen und analysierte im Anschluss an die erste Veranstaltung das gesammelte Material. Ergebnisse der ersten Veranstaltung wurden gebündelt und in Richtung einer Problemdefinition ausgeschärft. Sofern Hinweise auf noch fehlende Expertise auftauchten, wurden entsprechende Fachleute zur zweiten Veranstaltung des Salons eingeladen. Entscheidend war für die zweite Innovation Salon-Veranstaltung darüber hinaus vor allem Verfahrensexpertise: Gemeinsam mit Fachleuten für Design Thinking und Moderation entwickelte das Team passende interaktive Werkzeuge, um ausgehend von der Problemdefinition gemeinsam mit den Salonteilnehmer*innen zu Lösungs-„Prototypen“ zu kommen. Wie-

der war die Veranstaltung auch ein Raum für Datenerhebung durch Beobachtung, Interaktion und kurze Befragung der Teilnehmenden. Auf der Grundlage der beiden Veranstaltungen und der intensiven Analysephasen wurden die Innovation Salons schließlich mit einer umfassenden Dokumentation abgeschlossen, die den Teilnehmenden, aber auch der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt wurden.

Im Fall des Gesundheitshauses in Baruth bewirkte der Innovation Salon eine deutliche Ausweitung und Verbesserung des Konzepts. Die ursprüngliche, rein auf Präsenz ausgerichtete Angebotsentwicklung wurde um digitale medizinische Dienste und ein Mobilitätskonzept ergänzt. Auch beschlossen die Engagierten, das Gesundheitshaus in neue Förderkontexte einzubringen: sie verstanden es nun auch als Instrument für regionale Nachhaltigkeit. Beim Thema Jugendsozialarbeit erwies sich die Arbeit mit Storytelling und fiktiven, aber durch solides Wissen unteretzten Personenprofilen (sowohl Jugendlichen als auch Sozialarbeiter*innen) als besonders fruchtbar. Sie führten zur Beschreibung eines Modus, wie Jugendliche untereinander mehr über den sicheren Umgang mit Digitalmedien lernen können, wie auch zur Konzeption eines vernetzten Lernsystems für Jugendsozialarbeiter*innen. Beide Ergebnisssets stellen Frühstufen für mögliche soziale Innovationen dar, münden also idealerweise in die Einführung und Ausbreitung neuer sozialer Praktiken, die auf neuen Wissensverbindungen beruhen. Die weitere Umsetzung würde den Rahmen des Formats Innovation Salon sprengen. Rückmeldungen von Teilnehmenden haben aber gezeigt, dass die erzielten Fortschritte nachhaltig und transformativ wirken können. Neu war für die Engagierten auch die Möglichkeit, auf Expertise aus regionalen Hochschulen zuzugreifen, was deren Rollenwandel im regionalen Wissenstransfer unterstreicht. Eine Teilnehmerin meldete zum Beispiel zurück, dass sie ohne den Salon nicht gewusst hatte, dass sie mit ihrem Anliegen auf Hochschulen für ihr Anliegen zugehen kann. ■

Publikation:

Schmidt S., Stadermann J. (2023).

Innovation Salons – Events for Dialogical Knowledge Transfer Between Civil Society and Higher Education Institutions.

Local Economy, 37(6), 526–538



Die drei Innovation Salons sind ausführlich auf der InnoHub 13-Website dokumentiert und auf einer Potenzial-Landkarte räumlich verortet: innohub13.de/innovationsalon/

TRANSFERSCOUTS

VERMITTELN ZWISCHEN AKADEMIE
UND WIRTSCHAFT.



SIE SPRECHEN BEIDE
PROFESSIONELLE SPRACHEN...



Wie kann man sich Ihre Arbeit in „Innovation Hub 13“ vorstellen und wie kamen Sie überhaupt dazu?

Ich habe an der TU Berlin Ingenieurwesen studiert und seit 2016 in einer Forschungsgruppe an der TH Wildau gearbeitet. Als „Innovation Hub 13“ startete, mit der Koordination hier in Wildau, habe ich darin zunächst als Transferscoutin im Bereich Leichtbau gearbeitet, denn das passte zu dem, was ich vorher gemacht habe. 2021 habe ich dann die Koordination übernommen. Das Programm heißt ja „Innovative Hochschule“, es ist also auf Hochschulen ausgerichtet. Mit der Technischen Hochschule Wildau und der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg haben zwei Hochschulen zusammengefunden, und dann kamen noch zwei Fraunhofer-Institute und das IRS dazu.

Es war ein großer Verbund. Wir hatten zehn Teilprojekte, wir hatten die Transferstellen der Einrichtungen und insgesamt 35 Beschäftigte im gesamten Verbund. Wir haben uns die nötige Zeit genommen, um das alles zusammenzubringen, und haben Formate für den Austausch etabliert, auch mit regelmäßigen Treffen. Was mir sehr geholfen hat, war, dass das InnoHub-Team hier in Wildau in den gleichen Räumlichkeiten saß wie die Transferstelle, wobei das bei uns „Zentrum für Forschung und Transfer“ heißt, weil wir das schon immer zusammengedacht haben. So gab es immer Austausch und gemeinsame Know-how-Entwicklung. Aber auch die Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen in den anderen Einrichtungen war sehr professionell und hilfreich für mich. Alle waren eingeschworen auf das Thema.

Welche Kompetenzen brachten die drei nicht-universitären Einrichtungen mit?

Das Fraunhofer-Institut für Angewandte Polymerforschung (IAP) brachte technologische Kompetenzen in einem Bereich mit, in dem auch in den beiden Hochschulen stark sind, nämlich Leichtbau. Fraunhofer-Institute sind aber ohnehin schon sehr stark im Transfer engagiert und haben viele Kontakte mit Unternehmen. Das Fraunhofer-Zentrum für Internationales Management und Wissensökonomie (IMW) brachte Wissen über Finanzierungsmodelle für Wissenstransfer mit. Es arbeitete aber auch mit dem IRS zusammen an einer Good Practice-Datenbank. Das IRS hat den Blick auf soziale Innovationen mitgebracht. Das war wichtig, denn wir wollen Transfer ja breiter verstehen, nicht nur als Technologietransfer. Zugleich haben wir aber zwei technische Hochschulen im Verbund, so dass der Schwerpunkt doch auf Technologie lag. Das IRS hat mit seinen Innovation Salons ein Format entwickelt, mit dem man Innovationspotenziale erkennen und die Zivilgesellschaft ansprechen kann. Dadurch wurden mehrere innovative Ideen weiterentwickelt.

Können Sie vielleicht noch einmal zusammenfassen, was die übergreifende Mission von „Innovation Hub 13“ war?

Die zentrale Mission war, eine Entität aufzubauen, die als Schnittstelle fungiert zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Öffentlichkeit in der Region entlang der A 13 durch Südbrandenburg und Nordsachsen, deswegen hieß es ja „Innovation Hub 13“. Wir wollen Transferpotenziale heben, die in der Region vorhanden sind. Wir wollen Akteure miteinander verbinden, Innovationen vorantreiben und die Weiterentwicklung der Region

Dr.-Ing. Sarah Schneider ist Forschungs- und Transfermanagerin an der Technischen Hochschule Wildau. Von 2021 bis 2023 koordinierte sie die Innovative Hochschule „Innovation Hub 13 – fast track to transfer“, ein Verbundprojekt mit dem Ziel, den Wissenstransfer in Südbrandenburg und Nordsachsen zu verbessern. Die Projektförderung lief im Dezember 2022 aus.

„Wir wollen eine regional engagierte Hochschule sein“

damit unterstützen. Das soll schneller und proaktiver passieren, als es bisher möglich war. Es gab ja auch vorher schon Transferstellen in den Hochschulen, aber die reagieren überwiegend auf Anfragen von außen. Deswegen sind im Rahmen von „InnoHub 13“ die Stellen für Transferscouts so wichtig. Das sind Leute, die aktiv in die Region gehen und nach Problemen und Potenzialen suchen und sie mit den Kompetenzen in den Forschungseinrichtungen verbinden. Es ging darum, die wissenschaftlichen Infrastrukturen, die schon da sind, besser zu nutzen und die vorhandenen Kompetenzen besser sichtbar zu machen, auf analogem und digitalem Weg, so dass Unternehmen und Gesellschaft davon profitieren können.

Warum sollten sich Hochschulen überhaupt so regional fokussieren und engagieren?

Die Fragen der Zeit kann die Forschung nicht mehr im Elfenbeinturm beantworten, sondern es ist wichtig, frühzeitig mit der Gesellschaft in Austausch zu kommen, Bürgerinnen und Bürger in wissenschaftliche Fragestellungen zu involvieren. So entsteht auch mehr Sichtbarkeit für Forschung und Transfer. Die regionale Hochschule ist oft die erste Anlaufstelle für Unternehmen oder gesellschaftliche Akteure. Die Bürger müssen irgendwo ihre Fragen stellen können. Und Transfer ist keine Einbahnstraße, er lebt auch davon, dass Impulse von außen in die Hochschule kommen. Hochschulen sollten deshalb verstehen, was die speziellen Problemlagen in ihrer Umgebung sind. Darüber hinaus bilden Hochschulen Fachkräfte aus, die oft in der Region bleiben. Die Lehre ist also auch nicht losgelöst von den Herausforderungen in der Region. Wir an der TH Wildau wollen eine ganz stark regional engagierte Hochschule sein, und auch die BTU will das, was sich ja unter anderem daran zeigt,

dass die BTU Cottbus vor zehn Jahren mit der FH Lausitz fusionierte, um ein wissenschaftlicher Ansprechpartner in der Region zu sein. Sie kennen auch sicher das Konzept der „Regionalen Präsenzstellen“. In Brandenburg gibt es neun gemeinsame Präsenzstellen der Brandenburger Hochschulen, wo es zum Beispiel Räume für Veranstaltungen, Coworking Spaces und Experimentierräume gibt, so dass die Hochschulen in der Fläche präsenter sind und es mehr Kontaktmöglichkeiten mit Unternehmen und der Zivilgesellschaft gibt. Das alles heißt aber natürlich nicht, dass Hochschulen sich nur auf die Region fokussieren sollen. Wissenschaft braucht die überregionale Vernetzung.

Wenn wir uns die Projektregion ansehen: Welche Herausforderungen sehen Sie da, und wie werden sie von „Innovation Hub 13“ adressiert?

Unsere Region ist sehr spannend, ziemlich groß und ländlich geprägt im Vergleich zu den meisten anderen Vorhaben, die aus „Innovative Hochschule“ gefördert werden. Die ganze Energiewende- und Kohleausstiegsproblematik ist hier schon sehr zentral, aber eingebettet in weitere Problemlagen: Wegzug aus den ländlichen Räumen, Generationenwechsel und Nachfolgeprobleme in Betrieben, viele kleine Unternehmen, die sich keine eigene Forschung und Entwicklung leisten können. Wir haben am Anfang drei Themengebiete ausgeflaggt: Leichtbau, Life Sciences und Digitale Integration. In diesen Gebieten sind die beteiligten Hochschulen in der Forschung gut und vor allem ähnlich gut aufgestellt. Leichtbau ist ein wichtiger Baustein für Nachhaltigkeit in der Konstruktion, in der Energieversorgung und so weiter. Life Science umfasst alles von neuen Nahrungsmitteln bis zu Innovationen in der Medizin und Gesund-

heitsversorgung, was ja gerade im ländlichen Raum ein großes Thema ist. Und Digitale Integration ist ohnehin als Querschnittsthema in aller Munde. In diesen Gebieten haben wir das Transferscouting als Herzstück von „InnoHub 13“ etabliert, um Unternehmen zu befähigen und zu vernetzen.

Als unser Verbund 2018 startete, gab es das Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen von 2020 noch nicht, über das dann umfangreiche Mittel zur Verfügung gestellt wurden. Wir waren sozusagen ein frühes Experiment in der Region. Am Anfang war uns dabei noch nicht klar, wie wichtig Kommunikation sein würde, um von der Forschung wirklich zum Transfer zu kommen. Denn es ging ja darum, „Innovation Hub 13“ als Marke, als Entität in der Region zu etablieren. In diesem Bereich haben wir nachgesteuert und die Kommunikationsaktivitäten etwa ab 2021 ausgeweitet. 2022 startete ein bürgerwissenschaftliches Projekt, in dem Bürger*innen – selbst gebaute – Sensoren an ihre Fahrräder gebaut und dann beim Fahren den Abstand zu überholenden Autos gemessen haben. Wir hatten eine Stelle für eine Citizen Science-Scoutin, die solche Projekte vorangetrieben hat. Bei der Ansprache von Unternehmen haben wir auch eng mit der Wirtschaftsförderung Brandenburg (WFBB) zusammengearbeitet und beispielsweise

Transferscouts beobachtet haben, dass in der Region aus verschiedenen Perspektiven, beispielsweise Life Sciences, zum Thema Wasser gearbeitet wird. Rund um dieses Thema wird dann nach Bedarfen und Kompetenzen gesucht, es gibt also ein gezieltes Matching. Das funktionierte für den Transfer deutlich besser als eine Veranstaltung, zu der breit eingeladen wird. Besonders hilfreich ist es, so ein Event an einen Förderaufruf zu koppeln. Dann kann man gezielt Ideen tracken, Use Cases identifizieren, und irgendwann wird ein Förderantrag daraus. Als Grundlage dafür war wichtig, dass die Scouts sich gleich zu Beginn einen Überblick verschafft hatten, was an den Forschungseinrichtungen für Kompetenzen vorhanden sind. Was nicht so gut funktioniert hat, war ein Format, bei dem wir versucht haben, verschiedene Fachbereiche innerhalb der Hochschule in entspannter Atmosphäre einfach zusammenzubringen, ohne bestimmtes Thema, damit man mitbekommt, was auf der anderen Seite der Wand passiert. Wir haben gemerkt, dass nur dann wirklich eine Dynamik entsteht, wenn man einen thematischen Fokus hat.

Wichtig sind für uns auch Formate, mit denen die Forschung sichtbar gemacht wird, einmal auf analogem Weg. Wir haben öffentlich zugängliche Showrooms geschaffen, wo man vor Ort die Forschung erleben kann,

Transferscouts identifizieren Potenziale, stellen Kontakte her, tragen Dinge in die Forschung, bleiben am Ball und sorgen dafür, dass ein Kontakt nicht abbricht. Wir brauchen sie als Vermittler und Kümmerer. Ich hoffe, dass Politik und Hochschulleitungen wahrnehmen, was sie leisten, und dass weitere Finanzierung nötig ist.

gemeinsame Veranstaltungen organisiert. Gemeinsam mit dem brandenburgischen Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur haben wir einen digitalen Kompetenzatlas für den Bereich Künstliche Intelligenz entwickelt.

Können Sie einen Überblick über die Transferformate geben, die Sie genutzt haben? Was hat funktioniert, was nicht so?

Wir haben sehr viele verschiedene Formate ausprobiert. Was sehr gut funktioniert hat, ist zum Beispiel das Netzwerkformat InnoMix. Dabei sucht man sich als Transferscout für ein bestimmtes Thema gezielt Fachleute aus, zum Beispiel zehn aus der Forschung und zehn aus Unternehmen, und bringt sie an einen Tisch. Es gab etwa einen InnoMix zum Thema Wasser, weil die

über Exponate und Ausstellungen, und wo auch direkt Bedarfe artikuliert werden können. An der TH Wildau haben wir unsere „ScienceBox“ aufgebaut, das ist ein Container-Bau. An der BTU haben sie den Showroom als „Science Gallery“ in die Bibliothek integriert, die ja ein sehr ikonischer Bau ist. Diese Angebote werden noch nicht so stark angenommen, wie es zu wünschen wäre, aber gerade in Kombination mit Veranstaltungen wird hier schon Interesse generiert. Zweimal haben wir unter dem Titel InnoX auch richtig große Veranstaltungen organisiert, eine Zukunftskonferenz 2019 und ein mehrtägiges hybrides Festival zu Wissenschaftskommunikation 2021.

Genauso wichtig waren aber Aktivitäten, um Potenziale digital sichtbar zu machen. Wir haben für die drei Themengebiete das InnoRadar erstellt, also ein Technologieradar, das zeigt, zu welchen Fragestellungen und in

welchem Reifegrad in der Region gearbeitet wird – wozu gibt es Grundlagenforschung, was wird gerade getestet, was ist schon in der Nutzung? Wir haben auch mit 3D-Kameras sogenannte VR-Rundgänge durch unsere Labore erstellt, mit dem man online sehen kann, was für Geräte bei uns vorhanden sind und welche davon von Externen genutzt werden können. Dafür wurde die IT-Infrastruktur der TH Wildau genutzt und nachhaltig verstetigt.

Was haben Sie im Rückblick mit der Innovativen Hochschule erreicht?

Es ist schwierig, wirklich einzuschätzen, was wir in der Region erreicht haben; was wir geschafft haben, das ohne uns nicht passiert wäre. Aber wir haben uns von Anfang an intensiv mit Indikatorik und Wirkungsmessung beschäftigt. Man kann zum einen die reinen Zahlen betrachten, die wir gerade in einem Abschlussbericht für die Mittelgeber zusammengefasst haben: Wir haben eine bestimmte Zahl von Unternehmenskontakten hergestellt, eine bestimmte Zahl von Menschen auf Veranstaltungen erreicht, von neuen Transferideen auf den Weg gebracht, Förderanträgen gestellt, neuen Mitteln eingeworben. Diese Dinge lassen sich zählen, und hier waren wir durchaus erfolgreich: Wir haben fast 200 Ideen entwickelt und über 100 Transferfälle dokumentiert. Nicht so leicht zählen lassen sich die Erfahrungen, die entstanden sind. Nehmen wir das schon genannte Citizen Science-Projekt „Zu nah? – Mit Abstand mehr Sicherheit!“: Die Forschenden haben Daten gewonnen, die zu Publikationen führen, die Teilnehmenden haben vielleicht gelernt, welche Straßen sicherer sind als andere. Aber der ganze Weg dahin, die Frage wo man die Sensorteile herbekommt, wie man diese Forschung mit den Bürgern organisiert und so weiter, das fiel ja nicht vom Himmel. Die Citizen Science-Scoutin hat hier etwas Neues geschaffen und Kompetenz aufgebaut.

Wir haben vor allem viel experimentiert, ausprobiert und getestet, auch neue Transferformate und -ansätze. Als neues Instrument für die Wirkungsmessung entstand beispielsweise der Impact Canvas, an dem auch das IRS und das IMW beteiligt waren. Das ist ein Instrument, mit dem man Impact von Transferprojekten strategisch aufbauen und dokumentieren kann. Alles, was wir gelernt haben, haben wir sehr offen kommuniziert, über unsere Veranstaltungsreihe InnoTalk, in sozialen Medien, in einer eigenen Working Paper-Reihe und über unseren Blog. Wir haben sozusagen einen Open Source-Ansatz verfolgt, und das wurde etwa in der Community der aus „Innovative Hochschule“ geförderten Verbände sehr deutlich wahrgenommen.

Was bleibt nun von „InnovationHub 13“ und wie kann das Erreichte verstetigt werden?

Wir haben versucht in der zweiten Runde des Programms „Innovative Hochschule“ weitere Förderung einzuwerben, aber das ist leider nicht gelungen. Wir versuchen außerdem im Rahmen anderer Förderprogramme, auch der Strukturförderung für Kohleregionen, Mittel zu beantragen. Hauptsächlich geht es jetzt aber darum, die gemachten Erfahrungen in den Strukturen der Hochschulen zu verankern. Hier an der TH Wildau, wo die Transferscouts und das Zentrum für Forschung und Transfer unter einem Dach zusammengearbeitet haben, wurde das Transferscouting jetzt in das Zentrum integriert. Dafür wurden zwei zusätzliche Stellen geschaffen. Darin drückt sich die Erkenntnis aus, dass das Transferscouting eine wichtige Funktion erfüllt. Für Forschende ist Transfer nicht immer attraktiv, da geht es aus deren Sicht oft um banale Dinge: Die Unternehmen müssten einfach nur den Stand des Wissens anwenden. Aber auch dafür brauchen sie jemanden, der ihnen erzählt, was es alles gibt. Angesichts des Zeitdrucks bei Lehre, Forschung und Publikationen kann ich nicht erwarten, dass Wissenschaftler*innen das regelmäßig machen. Hier braucht man diese Vermittlerposition, die die Transferscouts eingenommen haben. Die Transferscouts haben auch eine Kümmerer-Rolle. Sie identifizieren Potenziale, sie stellen Kontakte her, tragen Dinge an die Forschenden heran. Sie bleiben aber auch am Ball, fragen nach und sorgen dafür, dass ein Kontakt nicht abbricht. Insofern hoffe ich, dass in der Politik und in den Hochschulleitungen wahrgenommen wird, was Transferscouts leisten, und dass weitere Finanzierung nötig ist.

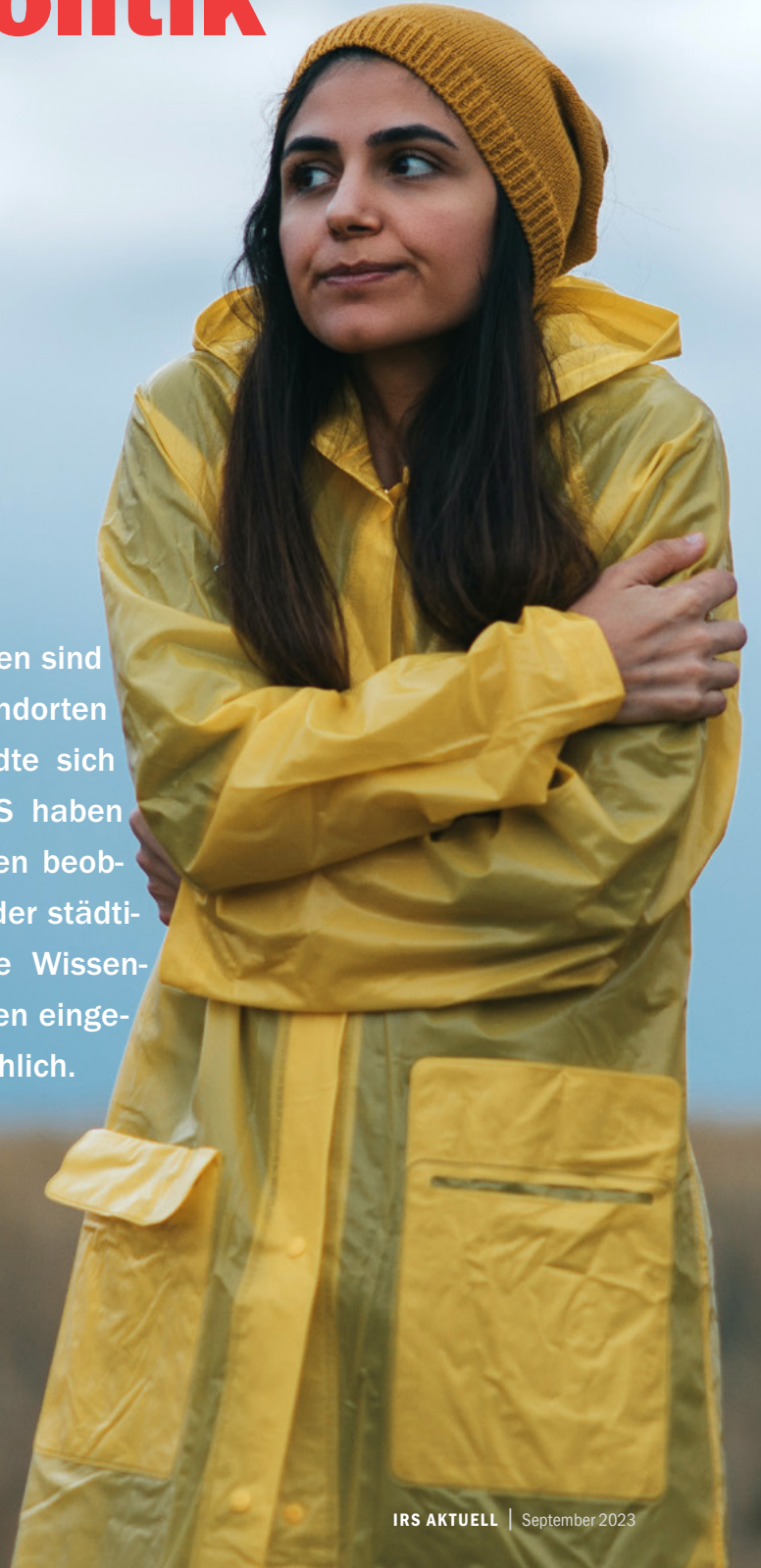
Hier an der TH Wildau spielt außerdem das Thema Wissenschaftskommunikation jetzt eine größere Rolle, auch das ist ein Ergebnis von „InnoHub 13“. Sie ist jetzt eine von vier Säulen des Zentrums für Forschung und Transfer. In diesem Rahmen wird die Science Box fortgeführt. Von den Innovativen Hochschulen der ersten Förderrunde hat ja fast keine eine Anschlussfinanzierung erhalten, und typischerweise können die angestoßenen Aktivitäten vielleicht im Umfang einer halben Stelle fortgesetzt werden. Gemessen daran sind wir hier gut aufgestellt. Die BTU Cottbus-Senftenberg hat das Transferscouting auf viele andere Projekte übertragen, beispielsweise zum elektrischen Fliegen. An der BTU stehen zurzeit ohnehin umfangreiche Mittel für Transfer zur Verfügung, so dass Transferaktivitäten entsprechend ausgebaut werden. Es entstehen auch neue Immobilien wie der Lausitz Science Park, wo dann auch ein proaktiveres Herangehen im Transfer verankert werden wird.

Vielen Dank für das Gespräch!

Zwischen Klima und Wachstum – **Hochschulen** **in der Stadtpolitik**

von Dr. Felix Müller

Hochschulen und andere Forschungseinrichtungen sind Akteure der Stadtpolitik. An ihren jeweiligen Standorten beeinflussen sie direkt oder indirekt, wie Städte sich positionieren. Zwei Forschungsprojekte am IRS haben diesen Effekt aus unterschiedlichen Perspektiven beobachtet – in der städtischen Klimapolitik und in der städtischen Zuwanderungspolitik. Es zeigt sich: Die Wissenschaft ist in ein Wechselspiel von Einflussfaktoren eingebunden. Und manchmal ist ihre Rolle widersprüchlich.



Die Präsenz von Hochschulen und anderen Wissenschaftseinrichtungen kann städtische Entwicklungsstrategien beeinflussen. Ein Beispiel dafür ist die Klimapolitik. Das „Verbundprojekt Zukunftsstadt: Urbane Resilienz gegenüber extremen Wetterereignissen“, kurz „ExTrass V“, und seine Vorgängerprojekte erforschen städtische Klimapolitik. Welche Städte sind aktiv dabei, sich an den Klimawandel anzupassen oder den Treibhausgasausstoß zu reduzieren? Warum unternehmen manche Städte mehr als andere? Wie kommen Städte zu ihrer spezifischen Klimapolitik? Das Projektteam, aktuell unter Leitung von Wolfgang Haupt (IRS), erforschte zum einen detaillierte klimapolitische Entwicklungspfade von 33 deutschen Städten, speziell von kleineren Großstädten und großen Mittelstädten. Zum anderen führte das Team statistische Analysen durch, um Hypothesen über die wichtigsten Einflussfaktoren zu testen. Eine dieser Hypothesen lautete, dass Universitätsstädte sich ambitioniertere Klimaziele setzen, als andere Städte; dass sie früher damit anfangen und dass sie mehr tun, um ihre Ziele zu erreichen. Im Großen und Ganzen konnten die Forschenden diese These bestätigen. Wichtig ist dabei aber, nicht pauschal von der Präsenz einer Universität auf starke Klimapolitik zu schließen. In Wirklichkeit spielen verschiedene Faktoren zusammen.

Besonders stark zeigte sich der Einfluss bei Wissenschaftsstädten, die mehr als eine Hochschule sowie weitere außeruniversitäre Forschungsinstitute beheimaten und dies besonders dann, wenn man diese Städte mit anderen Grundtypen vergleicht: mit (alt-)industriell geprägten Städten und mit Städten, die in erster Linie durch historische Bausubstanz und ein Selbstverständnis als historische Städte geprägt sind. Selbstverständlich gibt es Überschneidungen zwischen diesen Gruppen, besonders zwischen Universitätsstädten und historischen Städten. Sie haben entsprechend einige Gemeinsamkeiten bei den strukturellen Einflussgrößen. Universitätsstädte zeichnen sich durch eine verhältnismäßig junge, gebildete und wohlhabende Bevölkerung aus, die zu einem hohen Anteil in hochqualifizierten Berufen arbeitet. Solch eine Bevölkerung interessiert sich eher für Klimathemen, unterstützt neue soziale Bewegungen wie Fridays for Future, engagiert sich in Umweltgruppen und wählt Parteien, die Klimaschutz und -anpassung adressieren. Typisch für Universitätsstädte ist ein gut

ausgebautes Radwegenetz, das Alternativen zum Autoverkehr bietet. Aber auch Themen wie Gebäudeeffizienz stoßen in Städten wie Freiburg und Heidelberg auf Interesse. Zugleich haben die Verwaltungen von Universitätsstädten weniger Probleme, neue Fachkräfte für ihre Stellen im Klimamanagement zu rekrutieren.

Jenseits solcher strukturellen Faktoren zählen vor allem politische Führung, Partnerschaften und Beteiligung. Eine engagierte Bürgermeisterin oder eine energische Initiative können Klimapolitik auch unter schwierigen Bedingungen vorantreiben. Aber auch hier zeigt sich der Einfluss von Gelegenheitsstrukturen vor Ort. So wurde im Jahr 2020 in Wuppertal Uwe Schneidewind, bis dahin wissenschaftlicher Geschäftsführer des zu Nachhaltigkeit forschenden Wuppertal Instituts, als Kandidat von Bündnis90/Die Grünen zum Bürgermeister gewählt und stößt nun beispielsweise in der städtischen Verkehrspolitik Veränderungen an.

Ein Beispiel für eine sehr ambitionierte klimapolitische Orientierung ist die brandenburgische Landeshauptstadt Potsdam. 1995 trat Potsdam dem kommunalen Netzwerk „Klima-Bündnis“ bei, seit 1999 werden regelmäßig Klimaberichte veröffentlicht, seit 2010 ist Potsdam Masterplan-Kommune im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative. Kooperation zwischen der Stadt und der lokalen Forschungslandschaft hat diese Pionierposition geprägt. Besonders das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung stellte sowohl Daten als auch Expertise zur Verfügung. Über die Jahre wirkte es bei der Erarbeitung aller klimapolitischen Strategien in Potsdam mit. Seit 2012 (seit 2018 unter dem aktuellen Namen) verfügt Potsdam etwa über die „Klimapartnerschaft Stadt und Wissenschaft“, in welcher Stadtverwaltung und Forschungseinrichtungen kooperieren. In diesem Rahmen erkundeten beispielsweise das Potsdamer Geoforschungszentrum und der lokale Energieversorger EWB Potenziale für Geothermie. Auch die städtische Wohnungsbaugesellschaft arbeitet mit der Forschung zusammen, um Resilienz gegenüber Extremwetter zu erreichen.

Doch der Fokus auf Wissen als Treibkraft der Entwicklung und damit auf eine hochqualifizierte und wohlhabende Bevölkerung, hat auch eine Kehrseite: Besonders Technologiezentren und Universitätsstädte sind in den



letzten Jahrzehnten wirtschaftlich und bevölkerungsmäßig stark gewachsen. Das Wachstum ist gewünscht, denn es bringt Steuereinnahmen. In jüngerer Zeit gerät städtisches Wachstum jedoch auch in die Kritik. Ökologisch sensible Flächen, mitunter bedeutsam für die Klimaresilienz, werden verbaut, Wohnraum wird immer knapper und teurer. Manfred Kühn und Henning Boeth haben sich im Projekt „Zuwanderungsstrategien – Planungspolitiken der Regenerierung von Städten“ unter anderem sogenannte Wachstumskoalitionen angesehen. Damit sind Bündnisse zwischen Stadtpolitik und anderen Akteuren – Industrie, Wohnungsunternehmen, aber auch Hochschulen – gemeint, die Wachstum vorantreiben. Es gibt verschiedene Motivationen für solche Koalitionen: die Wiederbelebung der Stadt nach einer Phase der Schrumpfung (Reurbanisierung), die Gewinnung von Fachkräften für die lokale Wirtschaft oder die Anziehung der „besten Köpfe“ für die lokale Wissenschaft und High-Tech-Unternehmen. Als Beispiele für Wachstumskoalitionen nahmen die Wissenschaftler Jena und Göttingen unter die Lupe.

Jena ist ein bedeutender Wissenschafts- und Technologiestandort mit einem hohen Anteil Hochqualifizierter. Die Stadt mit ca. 110.000 Einwohnern wächst seit 2010 kontinuierlich und hebt sich dadurch von ihrer Thürin-

ger Umgebung ab. Neben einem positiven Geburten-saldo wird das Wachstum getragen von internationalen Studierenden der Friedrich-Schiller-Universität und der Ernst-Abbe-Hochschule Jena. Beide kooperieren eng mit der lokalen Wirtschaft, etwa dem Optik-Unternehmen Zeiss. Im Zentrum der lokalen Wachstumskoalition steht die lokale Wirtschaftsfördergesellschaft, welche die Interessen sowohl der Wirtschaft als auch der Wissenschaft artikuliert, bei der Anwerbung von Fachkräften hilft, Standortmarketing betreibt und Agenda-Setting verfolgt. Seit 2018 gibt es eine explizite Wachstumsstrategie, die auf weiteren Zuzug Hochqualifizierter setzt. In der Stadt selbst wird, bedingt durch die Lage zwischen Hängen, der Platz knapp und der Wohnungsmarkt enger. Boeth und Kühn beobachten einen Trend zu einer selektiven Wachstumspolitik, die auf die Ansiedlung von höherwertigen Funktionen in der Stadt setzt, während flächenintensive Ansiedlungen eher ins Umland verlagert werden. Kritik am Wachstumskurs kommt vom lokalen Bündnis „Solidarische Stadt“ – und aus dem Umfeld des DFG-Kollegs „Postwachstumsgesellschaften“, das von 2013 bis 2019 an der Friedrich-Schiller-Universität angesiedelt war.

Ähnlich wie Jena wächst die vergleichbar große Universitätsstadt Göttingen (leicht), während die sie umge-



bende Region, Südniedersachsen, schrumpft. In Göttingen gibt es zwar ebenfalls Technologieunternehmen, wie etwa den Medizintechnik-Hersteller Ottobock, die sich im Umfeld der Georg-August-Universität angesiedelt haben. Doch die Initiative in der lokalen Wachstumskoalition liegt eindeutig bei der Universität. Besonders unter der Führung ihrer Präsidentin Ulrike Beisiegel, im Amt von 2011 bis 2019, positionierte sie sich als internationale Exzellenzuniversität, die aktiv die Stadtentwicklung mitgestaltet, um „die besten Köpfe“ nach Göttingen zu locken. So initiierte sie den „Göttingen Research Campus“, eine Initiative für die enge städtebauliche Einbindung des Forschungsbetriebs in eine Stadt der kurzen Wege. Das Welcome Center für internationale Fachkräfte wurde 2017 auf Betreiben der Universität eingerichtet. Und im Jahr 2022 wurde im Gebäude des Naturhistorischen Museums gegenüber dem Göttinger Hauptbahnhof das „Forum Wissen“ eröffnet: ein Museum, in dem sich die über 70 akademischen Sammlungen der Universität der Öffentlichkeit präsentieren. Zusammen genommen sollen diese Initiativen bewirken, dass Göttingen als Wissenschaftsstadt erlebbar und attraktiv für hoch qualifizierte Zuzügler*innen wird. Obwohl die Stadt Göttingen diese Profilierung prinzipiell mitträgt, agiert sie mit Blick auf die möglichen Konsequenzen des Wach-

tums, besonders auf dem Wohnungsmarkt, zurückhaltender. Sowohl in Jena als auch in Göttingen gehören die Hochschulen somit klar den lokalen Wachstumskoalitionen an, auch wenn ihre Rollen darin sich unterscheiden.

Widersprechen sich also die von Hochschulen und Forschungsinstituten unterstützten lokalen Politikziele Wachstum und Klimaschutz? Die beiden Ziele müssen sich nicht gegenseitig ausschließen. Doch die Position von Hochschulen und Forschungsinstituten in der Stadtpolitik ist zumindest ambivalent. Die Wissenschaft bietet ihrem lokalen Umfeld Reflexion und Expertise an. Doch während Wissenschaftler*innen einerseits oft vor einer reinen Wachstums- und Wettbewerbslogik warnen, können Wissenschaftsinstitutionen heute auch nicht unabhängig davon agieren.

Das „Verbundprojekt Zukunftsstadt: Urbane Resilienz gegenüber extremen Wetterereignissen“ läuft von Januar 2022 bis Dezember 2023 und wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen der Forschung für Nachhaltigkeit (FONA) gefördert. Das Projekt „Zuwanderungsstrategien – Planungspolitiken der Regenerierung von Städten“ lief von Januar 2018 bis September 2021 und wurde von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert. ■



zum Weiterlesen

Boeth H., Kühn M. (2022).

Wachstumskoalitionen und Wachstumskritiken in der Stadtentwicklung: Reurbanisierungs- und Zuwanderungspolitiken.

Raumforschung und Raumordnung, 80(6), 743-756

Boeth H. (2021).

Möglichkeiten der kommunalen Steuerung von Reurbanisierung in Mittelstädten: Eine vergleichende Analyse von Planungspolitiken und Governance-Formen.

Verlag Dorothea Rohn, Lemgo

Haupt W., Irmisch J. & P. Eckersley (2022).

Handlungsempfehlungen für eine bessere Klimakoordination in Kommunen.

IRS Dialog 7/2022. Policy Paper.

Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung

Kern K., Haupt W. & S. Niederhäger (2022).

Entwicklungspfade städtischer Klimapolitik. Bedeutung von Schlüsselereignissen und Schlüsselakteur:innen für die Klimapolitik in Potsdam, Remscheid und Würzburg.

disP – The Planning Review, 57, 32-49

Vom Newsletter zum Magazin Zur 100. Ausgabe von IRS aktuell

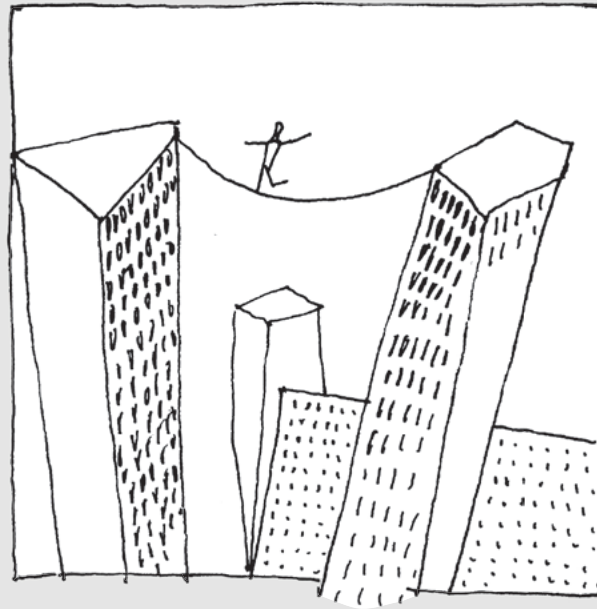
IRS aktuell ist seit den Anfängen ein beständiges Kommunikationsinstrument des IRS. Die erste Ausgabe vom Oktober 1993, konzipiert als gedruckter Quartalsnewsletter und erstellt am ersten Sitz des IRS in der Wallstraße in Berlin-Mitte, umfasste gerade einmal sechs eng bedruckte Seiten. Prominent platziert findet sich darin fett und in Schriftgröße 14 ein Zitat des amerikanischen Komikers Groucho Marx in roter Schriftfarbe: „Es würde mir nicht im Traum einfallen, einem Klub anzugehören, der bereit wäre, mich als Mitglied zu akzeptieren.“ Ein so öffentlich bekundetes, dosiertes Maß an Selbstironie war in der Tat kennzeichnend für die Kommunikation des frühen IRS. Das „Angehören“, welches Groucho Marx hier anspricht, wirkt im Nachhinein wie ein Schlüsselbegriff. In dieser Startphase Anfang der 1990er-Jahre umschreibt er auch einen Teil der strategischen Zielstellung des damaligen „Leibniz-Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung“. Es ging darum, sich in der Region und in der Wissenschaftslandschaft zu verorten. Irgendwo an- oder dazugehören war sowieso der Topos, an dem sich Ost- und Westdeutsche vielerorts abarbeiteten, mit und ohne Ironie. Die Tatsache, dass sich Ostdeut-

sche an das westdeutsche Wissenschaftssystem anpassen sollten, sorgte in den Anfangsjahren von IRS aktuell im Kollegium nicht überall für ein grundsätzliches Vertrauen in die Redaktion des Newsletters. Nicht selten gab es Frust wegen unterschiedlicher Auffassungen über textliche Reifestadien oder Schreibstile. Kurzum: Am Anfang war IRS aktuell kein Ponyhof.

Die Titelthemen der nunmehr 100 Ausgaben spiegeln den langsamen Wandel des Institutsprofils. Frühe Ausgaben reflektieren den Fokus des IRS auf den Metropolraum Berlin-Brandenburg, wie etwa „Fünf Jahre ‚Ost-West-Diffusion‘“ (No. 5, Oktober 1994) und „Brandenburg-Berlin: Kooperation oder Fusion“ (No. 6, Januar 1995). Ab den 2000er-Jahren rücken zunehmend überregionale und internationale Forschungs- und Transferthemen in den Fokus. Ausgabe No. 53 (November 2006) fragt: „Was ist sozialwissenschaftliche Raumforschung?“ und thematisiert die Raumkonzepte der IRS-Forschung. Folgende Ausgaben widmen sich unter anderem Fragen von Zentrum und Peripherie, dem Governance-Begriff, Krisen- und Innovationsdynamiken und dem sich wandelnden Auftrag des IRS: „Forschen im Auftrag der Gesellschaft“

(No. 65/66, November 2010). Zielgruppen der IRS-Wissenschaftskommunikation sind neben der Regionalentwicklungs-„Szene“ im engeren Sinn zunehmend auch Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Medien sowie angrenzende Fachpolitiken und -verwaltungen. Dem Wissenschaftsjahr 2015 „Zukunftsstadt“ widmete IRS aktuell drei Ausgaben, „Urbane Visionen“, „Urbane Experimente“ und „Urbane Transformationen“. Schlüsseltexthe aus IRS aktuell erscheinen jetzt auch auf Englisch. Ab der 85. Ausgabe (Dezember 2015) erscheint IRS aktuell entsprechend im Untertitel als „Magazin für Raumbezogene Sozialforschung“ und nimmt damit die Umbenennung des Instituts im folgenden Jahr gewissermaßen vorweg.

Im langsamen Wandel vom Newsletter zum Magazin nahm der Umfang des Hefts zu und die Häufigkeit des Erscheinens von IRS aktuell ab. Im Zusammenspiel mit anderen Medienaktivitäten wie Social Media und Pressemitteilungen wurde das Magazin spätestens ab den späten 2010er-Jahren zunehmend zum Ankerpunkt für projektübergreifende Schwerpunktthemen, die sich stärker an öffentlichen Diskursen orientieren, wie etwa Ausgabe 97 (Dezember 2021) zur



"Das Stadtleben muß ständig geübt werden."

Gerd Wessels, Berlin 1985, erschienen in IRS aktuell, Oktober 1994

Frage „Sind Städte Klimapioniere?“. Durch eine Kombination aus Print- und Onlineausgabe, wie auch Verweise auf Onlineinhalte stellt IRS aktuell heute crossmediale Bezüge her. Auf diesem Weg soll das Magazin sich konsequent weiterentwickeln, auch interaktiver werden. Inhaltlich und optisch wird es sich immer wieder erneuern, und soll damit als beständiges Kommunikationsinstrument des IRS auch weiter attraktiv und zeitgemäß bleiben. Eines ist dabei jetzt

schon sicher: Auch in naher Zukunft wird IRS aktuell im Magazin-Format zweimal im Jahr jeweils unter einem institutsweiten Schwerpunktthema erscheinen.

KONTAKT
Gerhard Mähnen
Dr. Felix Müller



Titel der IRS Aktuell Ausgaben No. 1 vom Oktober 1993, No. 58 vom April 2008, No. 74 vom März 2013 und die aktuelle Ausgabe

Kooperationsvereinbarung mit der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik geschlossen



Das IRS hat eine vielversprechende Kooperationsvereinbarung mit dem Philosophischen Institut der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik abgeschlossen.

Im März 2023 war Dr. Ondřej Ševeček, der Direktor des Philosophischen Instituts der Tschechischen Akademie der Wissenschaften, am IRS zu Gast, um gemeinsam die Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit zu erkunden. Hintergrund dieses Besuchs war

die geplante Gründung eines raumwissenschaftlichen Instituts durch die Tschechische Akademie der Wissenschaften und tschechische Universitäten, die von Ondřej Ševeček federführend vorbereitet wird. Geplant sind im Rahmen der Kooperationsvereinbarung eine inhaltlich-strategische Beratung der tschechischen Kolleg*innen bei der Gründung des neuen raumwissenschaftlichen Instituts in Tschechien, gemeinsame Drittmittelanträge und Forschungsprojekte, gemeinsame wissenschaftliche Veranstaltungen und gegenseitige Besuche, die dem Austausch und dem Gewinn neuer Perspektiven dienen können.



Anne-Sophie Lang wird Journalist in Residence am IRS



Von Herbst 2023 bis Anfang 2024 wird Anne-Sophie Lang als Journalist in Residence am IRS tätig sein. Sie wird zum Zusammenhang zwischen Klimaschutz und Erhaltung des Bauerbes recherchieren und dabei mit Forschenden des IRS sowie weiteren Einrichtungen des Leibniz R-Netzwerks im Austausch sein.

Die Journalistin bewarb sich erfolgreich beim IRS, das in der aktuellen dritten Runde des Programms als gastgebende

Einrichtung fungiert. Durch das Journalist in Residence Fellowship-Programm des Forschungsnetzwerks „Räumliches Wissen für Gesellschaft und Umwelt – Leibniz R“ erhalten Journalist*innen, die zu Fragen der Raumentwicklung arbeiten, die Möglichkeit, ausgestattet mit einem Stipendium für mindestens zwei Monate, in die Forschung einzutauchen. Die oder der Fellow kann

an einer Einrichtung des Netzwerks ein selbst gewähltes Rechercheprojekt verfolgen und dabei die Ressourcen der Einrichtung nutzen, mit Forschenden sprechen, an internen und öffentlichen Veranstaltungen teilnehmen und Kontakte des Netzwerks nutzen.

Anne-Sophie Lang schreibt unter anderem für DIE ZEIT, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, freitag und WELT AM SONNTAG. Für ihr Portrait „Der Arbeitsscheue“ (ZEIT ONLINE) wurde sie 2022 mit dem Heinrich Heine-Journalismuspreis des Vereins Düsseldorfer Journalisten (VDJ) ausgezeichnet. In der ersten Runde des Leibniz R Journalist in Residence-Programms recherchierte die Journalistin Julia Lauter an der Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft (ARL) in Hannover zu Kies als Rohstoff. In der zweiten Runde des Programms beschäftigte sich Leonid Klimov, Wissenschaftsredakteur des Onlinemagazins Dekoder, am Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL) in Leipzig mit digitaler Visualisierung von Karten. Das Programm wird aus dem Strategiefonds des Präsidiums der Leibniz-Gemeinschaft gefördert.



Landtagsabgeordnete Isabelle Vandre zu Besuch am IRS

Im Juni besuchte Isabelle Vandre, Abgeordnete der Linken im Landtag Brandenburg, das IRS. Als Zuständige ihrer Fraktion für die Themenfelder Wissenschaft und Kultur sowie Infrastruktur und Landesplanung zeigte sie großes Interesse an der Arbeit des Instituts. Gemeinsam mit Direktor Oliver Ibert und den Leitungen der Forschungsschwerpunkte diskutierte sie Probleme und aktuelle Themen der Wissenschaftspolitik sowie die

Lage außeruniversitärer Forschungseinrichtungen. Vor allem deren finanzielle Absicherung stand im Fokus. Frau Vandre erhielt außerdem eine Führung durch die Wissenschaftlichen Sammlungen zur Bau- und Planungsgeschichte der DDR, die bei ihr und ihren Referent*innen ebenfalls auf großes Interesse stieß.



Sammlungen erhalten Teilvorlässe von Niels Gutschow und Andrea Gaube



Vom Architekturhistoriker Niels Gutschow (geb. 1941) erhielten die Wissenschaftlichen Sammlungen kürzlich einen ersten Teil seines umfangreichen Vorlasses. Gutschow ist besonders bekannt für seine Bauforschung zu Südasien. Die IRS-Kollegen Kai Drewes und Alexander Obeth holten neben anderem eine umfangreiche Sammlung von Stadtkarten aus den 1930er- bis 1950er-Jahren ab, die unter anderem Kriegsschäden dokumentieren. Übergeben wurde außerdem Gutschows Materialsammlung aus den 1990er-Jahren anlässlich seiner Forschungen zur DDR-Architektur. Darunter sind unter anderem Korrespondenzen mit und Dokumente von Zeitzeug*innen sowie Aufnahmen

des bekannten Breslauer Fotografen Stanisław Klimek aus ostdeutschen Städten.

Alexander Obeth übernahm für die Wissenschaftlichen Sammlungen zudem einen ersten Teil des Vorlasses von Andrea Gaube (geb. 1957), die kürzlich als Professorin für Stadt- und Gebäudesanierung an der Hochschule Wismar verabschiedet wurde, wo sie seit 1998 gelehrt hatte. Frau Gaube war in den letzten Jahren der DDR Mitarbeiterin der Abteilung „Stadtbauprognose“ im Institut für Städtebau und Architektur (ISA) der DDR-Bauakademie, dem Vorgängerinstitut des IRS.



Abschlussdokumentation zum Palast der Republik übernommen

Nach jahrelangen Vorbereitungen übernahmen die Wissenschaftlichen Sammlungen des IRS im März 2023 aus einem Depot der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in Berlin-Spandau die sogenannte Abschlussdokumentation zum Palast der Republik. Dabei handelt es sich um einen sehr umfangreichen Bestand mit Tausen-

den Bauplänen und Ausführungszeichnungen, die den endgültigen Zustand dieses besonders wichtigen, im Jahr 2008 abgerissenen DDR-Gebäudes dokumentieren und die jahrzehntelang eingelagert waren. Die große Menge von Dokumenten machte es nötig, innerhalb des IRS Archivbestände neu zu verteilen, um Platz

zu schaffen. Der Palast der Republik gehört – als Teil des Eintrags zum Humboldt Forum – zu den historischen Gebäuden, deren Geschichte auf der Website urban-authenticity.eu in Texten und Bildern dargestellt ist (siehe folgende Seite).



Projekt zu urbaner Authentizität: Website dokumentiert Aufwertung und Abwertung historischer Gebäude



Die barocke Stadtkirche, eine Gründerzeitvilla, eine Parkanlage – solche Bauten gelten als „authentisch“ und repräsentativ für Städte. Doch was ist mit Bauten der jüngeren Geschichte, speziell der DDR-Geschichte? Das Verbundprojekt „Urban Authenticity“ ging der Frage nach, wie, warum und durch wen manche Bauten als besonders repräsentativ, „authentisch“ und erhaltenswert markiert wurden, während anderen dieses Label vorenthalten blieb, und sie dem Verfall preisgegeben oder abgerissen wurden.

Mit einer Konferenz in Potsdam wurde das Projekt im März abgeschlossen. Auf der Konferenz wurde auch das Herzstück der Öffentlichkeitsarbeit des Verbunds vorgestellt: die Website urban-authenticity.eu. Diese dokumentiert die Bau- und Diskursgeschichte anhand von Beispielen, überwiegend in Berlin-Brandenburg, aber

auch im restlichen Deutschland, Frankreich und Polen. Präsentiert werden nicht nur Bauten in städtischen Zentren, wie etwa das Humboldt Forum in Berlin und das Karl-Liebknecht-Stadion in Potsdam, sondern auch zahlreiche Beispiele im ländlichen Brandenburg, wie etwa das Kulturhaus in Rheinsberg. Über 50 „Steckbriefe“ erzählen in Erklärtexten, Zitaten und dokumentarischen Fotos Geschichten der Tilgung und Abwertung, aber auch der Bewahrung, Aufwertung und Ikonisierung gebauter Lokalidentität. Die Website stellt den Bezug her zu den weithin beachteten geschichtspolitischen Debatten der jüngeren Zeit, etwa der kontroversen Rekonstruktion der Potsdamer Garnisonkirche. Die Inhalte sind sowohl über eine Karte, als auch thematisch ansteuerbar. Jeder Steckbrief ist zudem verschlagwortet.

Das Forschungsprojekt „Urban Authenticity: Creating, Contesting, and Visualising the Built Heritage in European Cities since the 1970s“ wurde gefördert von der Leibniz-Gemeinschaft im Rahmen des Leibniz-Wettbewerbs. Projektpartner waren neben dem IRS das Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF), das Institut für Zeitgeschichte München-Berlin (IfZ), das Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung – Institut der Leibniz-Gemeinschaft und der Museumsverband Brandenburg e. V. Die Verbundkoordination lag beim Forschungsschwerpunkt „Zeitgeschichte und Archiv“ des IRS.

 KONTAKT
Dr. Daniel Hadwiger

#UrbAuth23

Projekt zur Ausbreitung von COVID-19: Keine Welle im Raum

Im Gegensatz zu jeder anderen Pandemie zuvor wurde COVID-19 detailliert überwacht und kartiert, was besonders feine quantitative Analysen ermöglicht. Der Verlauf der Pandemie zeigte ein Wellenmuster mit Phasen der Beschleunigung und der Verlangsamung. Am IRS hat das Projekt „CoDiff“ des Forschungsschwerpunkts „Ökonomie und Zivilgesellschaft“ den Verlauf der COVID-19-Pandemie in Deutschland durch eine Prozessperspektive analysiert, um räumlich-zeitliche Diffusionsmuster zu erkennen. Ziel war es, Ausbreitungsdynamiken differenziert nach pandemischen Phasen und lokalen Bedingungen zu verstehen. Einerseits sollten dadurch Maßnahmen zur Ausbreitungskontrolle von Pandemien gezielter eingesetzt werden können, andererseits sollten Theorien räumlicher Diffusion weiterentwickelt werden.

Mehrere Publikationen mit Forschungsergebnissen befinden sich derzeit in Review und Veröffentlichung. Ein Artikel von Projektleiter Andreas Kuebart und Mitarbeiter Martin Stabler, der in der Fachzeitschrift „Spatial and Spatio-temporal Epidemiology“ erschien, betrachtet die Schwere der Pandemie auf Ebene der deutschen Landkreise im Zeitverlauf. Ein zentraler Befund ist, dass man zwar von Wellen im Zeitverlauf sprechen kann, nicht jedoch bei der räumlichen Ausbreitung. Während der betrachteten vier pandemischen Wellen wiesen die regionalen Raumeinheiten jeweils typische und sich wiederholende Verlaufsdynamiken auf, die sie von anderen Regionen unterschieden. Die Unterschiede zwischen den Regionen erwiesen sich als stabil. Es „rollte“ also keine COVID-Welle über das Land.

Das Projekt „Sozio-räumliche Diffusion von COVID-19 in Deutschland (CoDiff)“ wurde von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert. Es lief von Februar 2022 bis Januar 2023.



Publikation:

Kuebart, A., Stabler, M. (2023).

Waves in Time, but not in Space: An Analysis of Pandemic Severity of COVID-19 in Germany based on Spatio-temporal Clustering

Spatial and Spatio-temporal Epidemiology, 47

Riesige Resonanz auf Bürgerforschungs-Aufruf zur Beschreibung historischer Fotos

Nach und nach digitalisieren die Wissenschaftlichen Sammlungen des IRS ihren großen Bestand an teils unbeschriebenen historischen Fotografien und Dias von Straßen, Plätzen, Gebäuden und Planungsentwürfen aus ganz Ostdeutschland. Sie wollen die Aufnahmen damit auffindbar und auswertbar machen. Im Rahmen des Projekts „CitizenArchives“ wurden ausgewählte Fotografien auf der Citizen-Science-Plattform Zooniverse hochgeladen. Dort können die Bilder einfach und ohne vorherige Anmeldung angesehen, kommentiert und mit Schlagworten versehen werden. Bürgerinnen und Bürger können so dazu beitragen, grundlegende Angaben zu Entstehungsort und -datum zu ergänzen. Ihre Einträge werden anschließend geprüft und zusammengeführt. Verifizierte Informationen gehen dann in die Beschreibung der digitalisierten Archivalien ein. Dadurch, so die Hoffnung, können neue und besondere Einblicke in die Entwicklung von Architektur und Alltag in der DDR entstehen. Im Mai 2023 rief das Team des „CitizenArchives“-Projekts über die Medien die Öffentlichkeit dazu auf, bei der Beschreibung der Bilder zu helfen. Die Resonanz war überwältigend. Mehr als 35 Zeitungen, Zeitschriften und Rundfunksender verbreiteten die Nachricht und 40.000 Zugriffe auf das Projekt konnten bei Zooniverse gezählt werden. Die große Beteiligung brachte die Erschließung des Bilderbestands einen großen Schritt weiter.

Viele der in den Sammlungen archivierten Bilder – aufgenommen über mehr als vier Jahrzehnte hinweg – wurden 1992 aus dem Bestand des Instituts für Städtebau und Architektur (ISA) der Bauakademie der DDR übernommen. Im Lauf

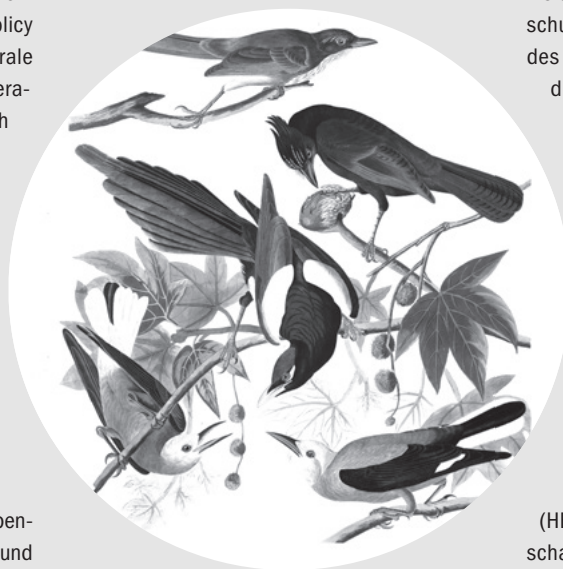
der Jahre kamen mehr als 150 private Nachlässe von Architekt*innen und Planer*innen der DDR dazu. Das Projekt „Entwicklung eines Citizen-Science- und Semantic-Web-basierten Verfahrens zur Digitalisierung und Erschließung der Bestände kleiner Archive (CitizenArchives)“ zur bürgerwissenschaftlichen Erschließung von Archivbeständen wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) gefördert und vom IRS in Kooperation mit der Programmfabrik GmbH durchgeführt. Auf Basis der gemachten Erfahrungen entwickelt das Projekt Web-basierte Lösungen zur Nutzerbeteiligung für andere Spezialarchive. Das Projekt ist Teil einer umfassenderen Initiative zur Digitalisierung der Bestände der Wissenschaftlichen Sammlungen mit Fördermitteln des Landes Brandenburg und des Bundes.

Verbundprojekt „REPOD“ hat vereinfachte wissenschaftliche Politikberatung zum Ziel

Die wissenschaftliche Politik- und Gesellschaftsberatung hat in den vergangenen Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen und ist zudem immer ausdifferenzierter geworden. Policy Papers, Gutachten und Studien sind zentrale Instrumente der wissenschaftsbasierten Beratung. Wer diese Texte lesen möchte, muss sich jedoch durch die Websites unterschiedlicher Einrichtungen arbeiten, die vorher namentlich bekannt sein müssen. Sie sind derzeit nicht gezielt recherchierbar. Mit dem Verbundprojekt „Repository for Policy Documents“ (REPOD) wird ein digitales Repositorium aufgebaut, das Beratungsdokumente disziplinenübergreifend und gezielt recherchierbar macht, und eine einheitliche Qualitätssicherung gewährleistet.

Am IRS widmen sich Oliver Ibert und Alica Repening im Forschungsschwerpunkt „Ökonomie und Zivilgesellschaft“ der Perspektive der Nutzen, also der von politischen Entscheidungsverantwortlichen und administrativen Expert*innen. Welche Rolle spielen Beratungsdokumente für

diese Akteure? Wie wird nach ihnen gesucht und wie werden sie genutzt? Wie können die Doku-



mente so gestaltet werden, dass sie relevant für die Nutzenden sind? Durch ein besseres Verständnis der Entstehungs- und Verwendungs-

kontexte soll forschungsbasierte Politik- und Gesellschaftsberatung bedarfsgerechter organisiert werden. Die Erkenntnisse der Begleitforschung fließen unmittelbar in die Entwicklung des Repositoriums ein. Sie sollen dabei helfen, dieses nutzungsfreundlicher und praxistauglicher zu gestalten.

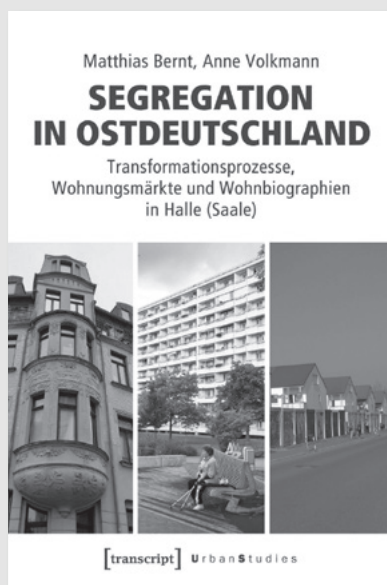
Mit dem Repository for Policy Documents wird Anfang 2024 eine zentrale Informations- und Beratungsinfrastruktur für Politik und Gesellschaft zur Verfügung stehen. Die Koordination des Verbunds liegt beim ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft. Beteiligt sind neben dem IRS außerdem das Alexander von Humboldt-Institut für Internet und Gesellschaft, das Leibniz-Institut für Medienforschung Hans-Bredow-Institut (HBI) und das RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung. „REPOD“ wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert und läuft von Februar 2023 bis Januar 2024.



Halle und Łódź: Ähnlich aber unterschiedlich

Nach mehrmaliger Verlängerung wurde im Sommer das Forschungsprojekt „Similar but Different“, kurz „SimDiff“ abgeschlossen. Die Forschungsgruppe „Stadtentwicklungspolitiken“ hatte darin in Kooperation mit der Universität Łódź (Polen) die Entwicklungspfade der Städte Halle (Saale) und Łódź nach dem Fall des Eisernen Vorhangs vergleichend untersucht. Die Forschung ging von der Annahme aus, dass sich trotz ähnlicher Bedingungen der Systemtransformation unterschiedliche Pfade der Stadt- und Quartiersentwicklung entfaltet.

Der Fokus der Forschung lag auf Suburbanisierungs- und Gentrifizierungsprozesse. Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Entwicklung von Großwohnsiedlungen. Die Forschenden fördern neue Erkenntnisse zum Zusammenhang zwischen postsozialistischer Transformation und



Wohn-Segregation, also der Spaltung von Städten in weitgehend homogene arme und reiche Wohngebiete, zu Tage. Mehrere Publikationen wurden erarbeitet. Eine Monographie mit dem Titel „Segregation in Ostdeutschland“ von Matthias Bernt und Anne Volkmann befindet sich derzeit im Druck. Sie wird im transcript Verlag erscheinen.

Das Projekt „Similar but Different: Neighbourhood Change in Halle and Łódź“ wurde von der Deutschen Forschungsgemeinschaft und dem polnischen National Science Centre gefördert.

Es lief von Juli 2018 bis Juni 2023.



Forschungen zu institutionellen Investoren auf dem Wohnungsmarkt



Institutionelle Anleger sind in vielen Wirtschaftssektoren zu Schlüsselakteuren geworden. Das gilt auch für den Wohnungsmarkt: Seit der Jahrtausendwende haben internationale Finanzinvestoren in vielen Städten Wohnungen als Anlageobjekte entdeckt. In der Folge hat sich die bebaute Umwelt vieler Städte zu „just another asset class“ für (institutionelle) Investoren entwickelt. In dieser Entwicklung spielen staatliche Politiken eine zentrale – aber immer noch unterbelichtete – Rolle. Zugleich wird die Bereitstellung von erschwinglichem Wohnraum in Städten zu einem immer dringlicheren Problem. Während in der öffentlichen Wahrnehmung oft die Zahl neu gebauter Wohnungen im Zentrum steht, wird in der Finanzialisierungsforschung der Druck der Kapitalmärkte, hohe Renditen zu erzielen, als wichtige Einflussgröße auf Mietniveaus und Verfügbarkeit von Wohnraum diskutiert.

Ein kürzeres, exploratives Forschungsprojekt, das von Matthias Bernt (IRS), Georgia Alexandri (Karlsruher Institut für Technologie) und Andrej Holm (Humboldt-Universität zu Berlin) gemeinsam geleitet wurde, griff diese Fragen auf. Es

beschäftigte sich mit dem Einfluss institutioneller Investoren auf das Angebot von erschwinglichem Wohnraum. Zusätzlich untersuchte es, welche Regulierungsmöglichkeiten vorhanden sind, und wie der Prozess der Politikformulierung in Bezug auf institutionelle Investoren funktioniert.

Ergebnisse der Forschung werden demnächst in einem Working Paper veröffentlicht. Das Projekt „Housing Policy under the Conditions of Financialization. The Impact of Institutional Investors on Affordable Housing in European Cities“ lief von Januar bis Juni 2023 und wurde vom Institut d'études politiques de Paris gefördert.

Seit Juli wird innerhalb des neuen Projekts „Institutional Investment in Urban Housing Markets: Global Trends, Local Manifestations and the State“ der intensivere internationale Austausch von Forschenden zu institutionellen Investoren auf dem Wohnungsmarkt und der Rolle staatlicher Politiken forciert. Dabei kooperiert das IRS mit der Katholischen Universität Leuven.

 **KONTAKT**
PD Dr. Matthias Bernt

Leibniz-Wettbewerbsprojekt „Crafting Entanglements“ beleuchtet afrikanische und asiatische Perspektiven im Kalten Krieg

In der Geschichte des Kalten Krieges erscheint der Globale Süden oft nur als Schauplatz der Blockpolitik zwischen Ost und West. In der jüngeren Forschung wurden Stimmen aus Afrika und Asien zur Kenntnis genommen, doch ist wenig über ihre Verflechtungen bekannt.

Um diese zu beleuchten, befasst sich ab Juli das Verbundprojekt „Crafting Entanglements: Afro-Asian Pasts of the Global Cold War“ mit Studierenden- und Frauennetzwerken, medialen Verflechtungen durch Radiosender und Filmfestivals sowie der geteilten Stadt Berlin als Schauplatz von Süd-Süd-Verbindungen. Im Mittelpunkt der Forschung stehen die miteinander verflochtenen Wege asiatischer und afrikanischer Akteure und wie diese in den globalen Kalten Krieg eingebettet waren, aber auch, wie

sie ihn prägten. Ziel des Projekts ist es, einen Beitrag zu einer inklusiveren Geschichtsschreibung zu leisten.

Die Koordination des Verbunds liegt beim Leibniz-Zentrum Moderner Orient (ZMO). Ebenfalls beteiligt ist das Leibniz-Institut für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF). Die Forschungsinfrastrukturgruppe „Wissenschaftliche Sammlungen / Digital History“ des IRS wird ein Teilprojekt mit dem Schwerpunkt Datenmanagement übernehmen. Das Projekt „Crafting Entanglements“ läuft bis 2026. Es wird aus dem Leibniz-Wettbewerb in der Förderlinie Kooperative Exzellenz gefördert.

 **KONTAKT**
Dr. Rita Gundermann



Für kommunale Akteure: Praxishandbuch zu Großwohnsiedlungen und Einwanderung



„Vom Stadtumbauschwerpunkt zum Einwanderungsquartier“ – so lautet der Titel eines Anfang 2023 erschienenen Online-Praxishandbuchs. Das Handbuch entstand im Rahmen des gleichnamigen Forschungsprojekts, das die politischen und strategischen Ansätze von Kommunen im Umgang mit dem Zuzug von Geflüchteten seit etwa 2014 in Großwohnsiedlungen untersuchte. Während diese Siedlungen jahrzehntlang durch Bevölkerungsverluste gezeichnet waren, findet seit 2014 einerseits eine Zunahme und Verjüngung der Bevölkerung statt, andererseits werden die Bedarfe an Infrastrukturen wieder größer und diverser.

Das Handbuch präsentiert die Ergebnisse des Forschungsprojekts. Es beschreibt dabei aber nicht nur Praxisprobleme, sondern zeigt auch

ganz konkrete lokalpolitische Handlungsansätze auf. Anhand von Fachtexten, Grafiken und Interviews aus den drei untersuchten Großwohnsiedlungen Schwerin-Mueßer Holz / Neu Zippendorf, Cottbus-Sandow und Halle-Südliche Neustadt werden verschiedene Themen, einschließlich Wohnungsmarkt und Zusammenleben im Quartier, beleuchtet. Es bietet Einblicke in die Potenziale und Herausforderungen dieser Quartiere und richtet sich an Fachleute, Ehrenamtliche, politisch Engagierte und aktive Bewohner*innen.

Das Verbundprojekt „Vom Stadtumbauschwerpunkt zum Einwandererquartier? Neue Perspektiven für periphere Großwohnsiedlungen“ wurde von Mai 2019 bis September 2022 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert. Kooperationspartner des federführenden

IRS waren das Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) in Dresden, das Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung, die B.B.S.M. Brandenburgische Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung mbH, die Stadt Schwerin, die Stadt Halle (Saale) und die Stadt Cottbus. Die Ergebnisse des Projekts werden in einer zweijährigen Umsetzungs- und Verstetigungsphase seit Oktober 2022 vertieft.



Publikation:

StadtumMig-Projektteam (Hrsg.) (2023):

Vom Stadtumbauschwerpunkt zum Einwanderungsquartier. Herausforderungen und Perspektiven für ostdeutsche Großwohnsiedlungen.

Studie:

Vergesellschaftung von Wohnraum kann Mieten in Berlin senken



Großen kommerziellen Wohnungsunternehmen gehören in Berlin mittlerweile über 350.000 Wohnungen. In einem 2021 durchgeführten Volksentscheid erhielt der von der Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ eingebrachte Beschlussvorschlag, diese Wohnungsbestände in eine Anstalt des öffentlichen Rechts zu überführen, eine klare Mehrheit der gültigen Stimmen (59,1 Prozent). Neben rechtlichen und finanziellen Bedenken gegen den Vorschlag wurde argumentiert, die Vergesellschaftung habe keinen positiven Effekt auf die Entspannung des Wohnungsmarkts und die Verfügbarkeit bezahlbarer Wohnungen.

Anfang 2023 legten Matthias Bernt (IRS) und Andrej Holm (Humboldt-Universität zu Berlin) eine Studie mit dem Titel „Vergesellschaftung senkt die Miete“ vor. Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass die Vergesellschaftung von Wohnungen für mehr als 200.000 Berliner Haushalte eine erhebliche Mietminderung bringen könnte. Die beiden Wissenschaftler gehen von einer monatlichen Absenkung von 45 bis 160 Euro aus, was eine Verringerung um etwa 16 Prozent bedeuten würde. Eine Vergesellschaftung von Wohnungen würde demnach ebenfalls dazu führen, dass mehr Suchende mit einer finanziell leistbaren Wohnung versorgt werden können,

gerade diejenigen mit einem geringen oder mittleren Einkommen. Hierzu zählen etwa Suchende mit einem Wohnberechtigungsschein (WBS). Der „soziale Versorgungseffekt“ wäre dabei deutlich höher als der durch den angestrebten Neubau von geförderten Wohnungen erreichte Effekt.

Die Studie „Vergesellschaftung senkt die Miete. Kurzstudie zu den sozialen Effekten einer möglichen Vergesellschaftung von Wohnungen in Berlin“ wurde im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung erstellt.



Publikation:

Bernt, M., Holm, A. (2023).

Vergesellschaftung senkt die Miete. Kurzstudie zu den sozialen Effekten einer möglichen Vergesellschaftung von Wohnungen in Berlin.

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin

Themenschwerpunkt zu sozialen Innovationen in Landgemeinden

Soziale Innovationen können dazu beitragen, Probleme ländlicher Räume zu bewältigen. Wie soziale Innovationen entstehen und sich ausbreiten, diese Fragen stehen im Fokus des Themenschwerpunkts „Dynamics of Social Innovations in Rural Communities“. Dieser erschien als Sonderteil der 99. Ausgabe der Fachzeitschrift „Journal of

Publikation:

Christmann, G. B., O'Shaughnessy, M. & R. Richter (Guest Editors) (2023):

Special Section on the “Dynamics of Social Innovations in Rural Communities”

Journal of Rural Studies, 99

Rural Studies“, die im April 2023 veröffentlicht wurde. Er vereinigt elf wissenschaftliche Artikel von Autor*innen aus dem Globalen Süden wie auch dem Globalen Norden. Gastherausgeber*innen des Sonderteils waren Gabriela Christmann, Leiterin der IRS-Forschungsgruppe „Soziale Innovationen in ländlichen Räumen“, Ralph Richter, Forscher in derselben Forschungsgruppe, sowie Mary O'Shaughnessy, Dozentin im Fachbereich für Lebensmittelwirtschaft und -entwicklung an der Cork University Business School.

Ralph Richter und Gabriela Christmann widmen sich in ihrem Beitrag „On the Role of Key Players in Rural Social Innovation Processes“ der besonderen Rolle von Schlüsselakteuren in ländlichen

Innovationsprozessen. Unter Rückgriff auf das am IRS entwickelte Konzept der Schlüsselakteure können sie zeigen, dass besonders engagierte Einzelakteure, Tandems oder Core Groups wichtig für das Überwinden von Widerständen und das Verknüpfen lokaler Kompetenzen mit überlokalen Ressourcen sind. Weitere Beiträge stammen aus dem Kontext des von Gabriela Christmann geleiteten EU-Projekts „Social Entrepreneurship in Structurally Weak Rural Regions: Analysing Innovative Troubleshooters in Action“ (RurAction), das bereits im Januar 2021 abgeschlossen wurde.



Klimaanpassungspläne europäischer Städte werden besser

Zu diesem Schluss kommt der Artikel „Quality of Urban Climate Adaptation Plans Over Time“, der die Klimaanpassungskonzepte von 167 europäischen Städten im Zeitraum von 2005 bis 2020 bewertet. An dem im März 2023 in der Fachzeitschrift „npj Nature Urban Sustainability“ erschienen Artikel waren 31 Autor*innen aus 28 europäischen Ländern beteiligt. Vom IRS schrieb Peter Eckersley von der Forschungsgruppe „Urbane Nachhaltigkeitstransformationen“ mit.

Hintergrund ist, dass Städte in besonderer Weise von den Auswirkungen der Klimakrise, wie Hitzewellen und Starkregen, betroffen sind. Um Schäden für die Gesundheit von Menschen und für städtische Infrastrukturen zu minimieren, benötigen Städte realistische Handlungsstrategien auf Basis fundierter Analysen der Klimaauswirkungen. Klimaanpassungskonzepte verbinden Analyse und Handlungsorientierung.

Für die Bewertung der städtischen Konzepte wurde eine Reihe von Leitfragen herangezogen, etwa: Wird wissenschaftliche Evidenz für lokale Klimaauswirkungen und -risiken herangezogen? Gibt es konkrete Ziele für die Anpassung an den Klimawandel? Werden Maßnahmen formuliert, um diese Ziele zu erreichen? Gibt es ein systematisches Monitoring und eine Evaluierung der Maßnahmen? Inwiefern wird die Gesellschaft in die Entwicklung des Konzepts eingebunden? Zusätzlich betrachteten die Forschenden den Grad der Konsistenz zwischen Analyse und Maßnahmen.

Auf dieser Grundlage wurde ein Indexwert für die Qualität der Konzepte erstellt. Es zeigte sich, dass der Trend im betrachteten Zeitraum klar hin zu hochwertigeren Klimaanpassungskonzepten geht. Neuere Konzepte sind im Schnitt besser als ältere. Problematisch bleibt allerdings weiterhin, dass besonders vulnerable Gruppen

der Gesellschaft oft nicht an der Erstellung von Anpassungskonzepten beteiligt werden. Zudem besteht weiterhin eine Lücke im Monitoring und bei der Evaluierung der Maßnahmen. Am besten schnitten die bulgarische Hauptstadt Sofia und die irischen Städte Galway und Dublin ab. Ein Gastbeitrag der Autor*innen im Fachblog „Carbon Brief“ gibt einen gut lesbaren Überblick über das Paper. Dort ist auch das Paper verlinkt.



Publikation:

Reckien, D., Buzasi, A., Olazabal, M. et al. (2023).

Quality of Urban Climate Adaptation Plans Over Time.

npj Nature Urban Sustainability, 3(13)

Den Blogpost mit dem Titel „How climate adaptation plans for European cities are gradually getting better“ finden Sie auf carbonbrief.org.

Publikation zum Stand der Digitalisierung im ländlichen Ehrenamt

„Zwischen Appstore und Vereinsregister – Ländliches Ehrenamt auf dem Weg ins digitale Zeitalter“ – so lautet der Titel einer vom Verein neuland21 und dem IRS vorgelegten Publikation. Diese stellt Forschungsergebnisse zum Stand der Digitalisierung im ländlichen Ehrenamt dar. Untersucht wurde mit einer deutschlandweiten quantitativen Erhebung unter ehrenamtlichen Organisationen in ländlichen Räumen sowie Interviews mit Expert*innen und Engagierten, wie digital das ländliche Ehrenamt bereits aufgestellt ist, welche Tools und Softwareanwendungen eingesetzt werden und wofür.

Aus den Forschungsergebnissen leiteten die Forschenden Handlungsempfehlungen für Politik, Engagementförderstrukturen und zivilgesellschaftliche Akteure ab. Auf 56 Seiten stellt die Publikation Forschungsfragen, Methoden, Ergeb-



nisse und Handlungsempfehlungen ausführlich dar und gibt zusätzlich einen schnellen Überblick über die wichtigsten Punkte. Das Projekt „Zwischen Appstore und Vereinsregister – Ländliches Ehrenamt auf dem Weg ins digitale Zeitalter“ wurde vom Bundesministerium für Ernährung

und Landwirtschaft gefördert und lief von Mai 2021 bis April 2023. Vom IRS waren Ariane Sept und Christoph Thewes am Projekt beteiligt.



Publikation:

neuland21 e.V. (Hrsg.) (2023)

Zwischen Appstore und Vereinsregister. Ländliches Ehrenamt auf dem Weg ins digitale Zeitalter.

Fachartikel zur Tesla-Ansiedlung: Beschleunigte Planungsverfahren problematisch

Ob LNG-Terminal oder Windpark: In politischen Debatten wird aktuell die beschleunigte Planung von Infrastrukturprojekten gefordert. Ein Fachartikel zur Ansiedlung der Tesla-Gigafactory in Grünheide (Brandenburg) zeigt, dass diese Beschleunigung hohe politische Kosten hat, zumindest wenn damit ein Abbau der öffentlichen Beteiligung einhergeht. Vorzeitige Zulassungen, Zeitdruck und Beteiligungsdefizite können demnach das Vertrauen in die Demokratie gefährden. Konflikte spitzen sich zu, weil Erwartungen an eine demokratische Debatte enttäuscht werden, Zweifel an der Offenheit der Verfahren aufkommen und so das Misstrauen zunimmt.

Autor Manfred Kühn macht einige Vorschläge für zügige und zugleich demokratieverträglichere

Planungsverfahren: Auch bei politisch erwünschten Projekten sollten demnach die Standortalternativen ergebnisoffen diskutiert werden. Konflikte sollten frühzeitig in öffentlichen Arenen mit klar definierten Regeln der Beteiligung ausgetragen werden. Der jeweilige Grad der Ergebnisoffenheit und die Stufe der Öffentlichkeitsbeteiligung sollten im gesamten Prozess transparent kommuniziert werden. Planungsbehörden gerieten zunehmend in die Rolle von Konfliktmanagern und benötigten dafür mehr qualifiziertes Personal, so die Studie.

Der Artikel „Planning Conflicts and Participation“ wurde im Juni 2023 in der Fachzeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“ veröffentlicht. Die Forschung wurde im Rahmen des Leit-

projekts „Konflikte in der Planung: Großprojekte und ihr Potenzial zum institutionellen Wandel“ des Forschungsschwerpunkts „Politik und Planung“ durchgeführt. Dieses läuft von Anfang 2022 bis Ende 2025.



Publikation:

Kühn, M. (2023).

Planning Conflicts and Participation: the Gigafactory Tesla

Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning. Online First.

Wie verstrickt war das Bau- und Planungssystem in die Verbrechen des Nationalsozialismus?

Mit einer zentralen Publikation wurde nach mehr als fünf Jahren intensiver Forschung im April 2023 das Großprojekt „Planen und Bauen im Nationalsozialismus“ abgeschlossen. Das vom Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen finanzierte Vorhaben untersuchte die Verstrickungen des Planungs- und Bausystems in die Verbrechen des Nationalsozialismus. Es widmete sich darüber hinaus den Auswirkungen und der Wirkungsgeschichte des NS-Planungssystems auf die beiden deutschen Staaten – von der Nachkriegszeit bis in die Gegenwart. In insgesamt 15 Teilprojekten wurden Themenbereiche wie die Arbeit der Reichsbauverwaltung 1933-1945, Wohnungsbau, Wohnungswirtschaft, Städtebau, Altstadtumbau und Neustadtplanungen, aber auch Bauten für die Infrastruktur, für das Militär und für die Rüstungsindustrie untersucht.

Der IRS-Forschungsschwerpunkt „Zeitgeschichte und Archiv“ beteiligte sich mit zwei Teilprojekten. Unter der Leitung von Christoph Bernhardt analysierten insgesamt sieben Forschende den Wohnungsbau und die planerische Ordnung des



Raums zur Zeit des Nationalsozialismus. Unter der Leitung von Harald Engler und Frank Betker untersuchte eine weitere Projektgruppe des Forschungsschwerpunkts, ob es in Bezug auf Städtebau, Institutionen und Akteure eher Kontinuitäten oder eher Brüche zwischen der Sowjetischen Besatzungszone bzw. DDR und dem Bausystem des NS-Staats gab.

Die Ergebnisse des Projekts wurden in vier Buchbänden aufbereitet, die im Hirmer Verlag erschienen. Das Werk „Planen und Bauen im Nationalsozialismus – Voraussetzungen, Institutionen, Wirkungen“ umfasst 1304 Seiten und Beiträge von 28 Autor*innen. Es enthält 1024 Pläne, Karten, Fotografien und Abbildungen.



Krisen: Wenn Beratende zu Entscheidungsträgern werden

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) richtete im Januar den Fachkongress „Forschung für den Bevölkerungsschutz“ in Bonn aus. Der Kongress richtete sich an Wissenschaftler*innen aller Fachdisziplinen, die zu Themen des Bevölkerungsschutzes arbeiten, sowie an Praktiker*innen aus Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben auf kommunaler, Landes- und Bundesebene.

Auf dem Kongress richtete Oliver Ibert gemeinsam mit der ehemaligen IRS-Wissenschaftlerin Tjorven Harmsen vom Center for Security and Society (CSS) an der Universität Freiburg ein Panel aus. Der Titel lautete „Beratung in Krisen: Zusammenarbeit von Wissenschaft und öffentlicher Verwaltung für den Bevölkerungsschutz“. Dabei diskutierten Birte Fähnrich, Expertin für Krisenkommunikation u. a. an der Freien Universität Berlin, Nils Marquardsen, Geschäfts-

führer der auf Krisenmanagement spezialisierte DEDECC GmbH Weyhe, und Iris Pigeot, Direktorin des Leibniz-Instituts für Präventionsforschung und Epidemiologie in Bremen, wie Verantwortliche in Politik und Verwaltung im Krisenfall ausgefeilter mit wissenschaftlichen Berater*innen zusammenarbeiten können.

Mehre Punkte wurden dabei diskutiert: Entscheidungsträger*innen seien in Krisen stärker als im Alltag von Expertenrat abhängig, da sie unter Unsicherheit und Zeitdruck entscheiden müssen. Unter diesen Umständen aber können Berater*innen sich genötigt fühlen, Quasi-Entscheidungen zu treffen. Darüber hinaus drohe die im Alltag geltende Rollentrennung zwischen Beratung und Entscheidung in der Krise zu verschwimmen. Persönliches Vertrauen kann eine solide Grundlage für Zusammenarbeit bieten. In Zeiten hoher Unsicherheit während einer Krise neigen

Entscheidungsträger*innen jedoch dazu, sich eher an Berater*innen zu orientieren, die sie persönlich gut kennen. Für Beratung entstehe dabei die Gefahr, weniger nach fachlicher Expertise denn nach persönlichen Einschätzungen gefragt zu werden. Von beiden Seiten ist daher die Wahrung professioneller Distanz wichtig. Zudem werden wirkungsvolle Formen benötigt, auch ad hoc Kontakt zu einschlägiger Expertise herstellen zu können und auch mit Fremden vertrauensvoll zusammenarbeiten zu können. Insgesamt sei es wichtig, Grundkenntnisse über Krisenmanagement und Krisendynamiken bei wissenschaftlichen Fachberater*innen aufzubauen aber auch zunehmend in solchen Organisationen, die bisher nicht regelmäßig mit Krisen befasst waren.

 **KONTAKT**
Prof. Dr. Oliver Ibert

Sechste IRS Spring Academy thematisiert wachsenden Einfluss von Kapitalmärkten

Unter dem Titel „Spaces of Financialisation and De-Financialisation“ hielt das IRS gemeinsam mit dem Georg-Simmel-Zentrum für Metropolenforschung der Humboldt-Universität zu Berlin Ende Mai 2023 die sechste IRS Spring

Academy ab. Auf der Agenda stand eine überaus politische Frage: die nach dem Einfluss der Kapitalmärkte auf Wohnen, Stadtentwicklung und unser aller Alltag. 22 Promovierende und Postdocs aus elf Ländern, aktiv in Forschungs-

disziplinen wie Geographie, Soziologie, Planung, Architektur und Design, brachten ihre laufenden Forschungsprojekte mit, die das Thema aus verschiedenen Blickwinkeln adressierten, wie etwa: Wie beeinflusst Finanzialisierung städti-



sche Mega-Bauprojekte? Sind Stadtplaner*innen letztlich auch Marktakteure? Oder auch: Wem gehört Leipzig-Connewitz? Unter Leitung von Matthias Bernt (IRS) und Andrej Holm (Humboldt-Universität zu Berlin) wurde das Thema in mehreren Seminaren diskutiert. Paper Pitches dienten dazu, eigene Forschungsideen pointiert vorzustellen und Feedback zu bekommen. Solche ergebnisorientierten Formate sind typische Elemente der Spring Academy: In Doing Research-Workshops tauschten die Teilnehmenden sich zu praktischen Fragen von Methodik und Feldforschung aus. Beim Meet the Editors and Reviewers Panel erfuhren sie, wie eingereichte Papers in Fachzeitschriften ausgewählt und bewertet werden. In intensiven „One on one“-Gesprächen erhielten sie von renommierten Wissenschaftler*innen wertvolle Hinweise zu ihren Forschungsvorhaben.

Neben Bernt und Holm waren dies Michael Janoschka, Professor für Regionalwissenschaft am Karlsruher Institut für Technologie, Sabine

Dörry, Senior Researcher am Luxembourg Institute of Socio-Economic Research, Manuel B. Aalbers, Professor für Humangeographie an der Katholischen Universität Leuven (Belgien) und Desiree Fields, Associate Professor für Geography and Global Metropolitan Studies an der University of California, Berkeley, wobei Aalbers und Fields auch als Keynote Speakers auftraten. Aalbers zeigte in seiner Lecture mit Hilfe des Lebenswelt-Ansatzes des Philosophen Jürgen Habermas, wie monetäre Bewertungskategorien heute unseren Alltag strukturieren. Fields präsentierte den Entwurf ihres aktuellen Forschungsprogramms über die Funktionsweise eines immer stärker digitalisierten Kapitals, der sie zu dystopischen Realitäten wie dem Robo-Vermieter und voll algorithmisierten Prozessen der Schuldenaufnahme führte. Um die Auswirkungen der Finanzialisierung direkt zu erleben, unternahm die Gruppe einen langen Spaziergang von Berlin-Mitte nach Kreuzberg. Unterwegs zeigte Laura Calbet Elias, Leiterin des Städte-

bau-Instituts der Universität Stuttgart und ehemalige IRS-Wissenschaftlerin, anhand zahlreicher Gebäude, wie Immobilien in Berlin seit der Jahrtausendwende den Besitzer wechselten, wie Großinvestoren in den Markt vordrangen und wie sich das auf Bautätigkeit und Wohnungsangebot auswirkte. Hannes Strobel, Soziologe und stadtpolitischer Aktivist, zeigte anhand der in den 1950er-Jahren gebauten Otto-Suhr-Siedlung in Kreuzberg, wie Wohnungsunternehmen energetische Sanierung zur Maximierung der Miete nutzen, und wie Mieterinitiativen zumindest Teilerfolge im Widerstand dagegen erzielen. Am Ziel der Exkursion, dem aquarium (Südblock) am Kottbusser Tor, widmete sich eine Podiumsdiskussion, moderiert von Michael Janoschka, der Frage, was Forschung und Politik aus dem Beispiel Berlin lernen können.



Sommerschule: interdisziplinäre Perspektiven auf historische Schichten



Ende Juli trafen sich 13 Studierende aus acht Ländern im Rahmen der interdisziplinären Sommerschule „Residues of the Past: (De)constructing urban histories“ am IRS. Aus den Perspektiven von diversen Fachrichtungen – von Stadtforschung, über Geschichtswissenschaft, Sozial- und Humangeographie, Psychologie bis hin zur Informatik in den Geisteswissenschaften – diskutierten sie Untersuchungsansätze zu historischen Schichten in europäischen Städten. Eröffnet wurde die Sommerschule mit der Keynote „Timelayers/Zeitschichten in the City. Bridges between the History of Concepts and

Critical Cartography“ von Christian Lotz, Leiter der Kartensammlung des Herder-Instituts für historische Ostmitteleuropaforschung – Institut der Leibniz-Gemeinschaft (HI) in Marburg. Die folgenden drei Tage waren jeweils unterschiedlichen Themenschwerpunkten gewidmet. Erfahrene Wissenschaftler*innen aus Deutschland, Österreich, Polen, Frankreich und Großbritannien leiteten dazu Seminare und Workshops.

Am zweiten Tag der Sommerschule wurde unter anderem die Politik des städtischen Wiederaufbaus in Polen diskutiert. Die Frage, wie histori-

sche Quellen, etwa Karten, konstruiert wurden, und heute kontextualisiert und analysiert werden können, stand am dritten Tag auf der Agenda. Ebenfalls beleuchtet wurde an diesem Tag die Konstruktion von Erinnerungslandschaften am Beispiel von im Zweiten Weltkrieg abgebrannten Dörfern in Frankreich und Tschechien. Der letzte Tag der Sommerschule widmete sich in einem Workshop unter anderem der Durchführung von Interviews mit ehemaligen politischen Häftlingen in der DDR. Die Sommerschule bot zahlreiche Gelegenheiten zur interdisziplinären Diskussion sowohl unter den Teilnehmenden als auch mit den Wissenschaftler*innen.

Organisiert wurde die Sommerschule am IRS von Piotr Kisiel. Finanziell unterstützt wurde sie durch den Leibniz-Forschungsverbund „Wert der Vergangenheit“, das Kompetenzzentrum für Denkmalwissenschaften und Denkmaltechnologien an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg und den Forschungsschwerpunkt „Zeitgeschichte und Archiv“ (IRS).



Ein Rückblick auf die Wanderausstellung „Stadtwnende“

Seit 2021 war die Wanderausstellung „Stadtwnende“ an verschiedenen Schauplätzen des bürgerschaftlichen Widerstands gegen die Abrisspolitik der DDR zu sehen. Die Ausstellung beruhte auf den Ergebnissen des Projekts „Stadterneuerung am Wendepunkt – die Bedeutung der Bürgerinitiativen gegen den Altstadtzerfall für die Wende in der DDR“ (Stadtwnende) und skizzierte die Stadterneuerungs- und Städtebaupolitik der DDR. Anhand vieler authentischer Dokumente erklärte sie die Ursachen und Hintergründe jener Fehlentwicklungen, die in den 1980er-Jahren zu einem baulichen Notstand in

zahlreichen Altstädten und Gründerzeitgebieten der DDR führten. Im Zuge der Friedlichen Revolution kam es schließlich ab Oktober 1989 – auch als Konsequenz der Bürgerproteste – zu einer radikalen Wende in der Bau- und Stadterneuerungspolitik. Für nicht wenige Baudenkmale und Ensembles bedeutete dies eine Rettung in letzter Minute.

Neben der zeitgeschichtlichen und baupolitischen Betrachtung ließ die Ausstellung die handelnden Akteure – Architekt*innen und Stadtplaner*innen ebenso wie Denkmalpfle-

ger*innen oder Engagierte aus Bürgergruppen – zu Wort kommen. Letztere opponierten gegen Ende der 1980er-Jahren in vielen Städten gegen den Verfall und riskierten mit ihrem Einsatz für Altstadtensembles oder einzelne Baudenkmale nicht selten persönliche Nachteile und Konflikte mit der Staatsmacht. An jeder Station der Ausstellung wurden authentische Dokumenten aus den Ausstellungstädten und Stimmen der dortigen Zeitzeug*innen multimedial präsentiert. Es gab zudem ein ortsspezifisches Rahmenprogramm – Zeitzeug*innen-, Podiumsgespräche, thematische Stadtpaziergänge, Filmvorführungen sowie Angebote für Schulen. Nach Stationen in Brandenburg an der Havel, Stralsund, Erfurt, Schwerin, Potsdam, Dessau und Weimar fand die Ausstellung in Berlin nun ihren vorläufigen Abschluss.

Das Projekt „Stadterneuerung am Wendepunkt – die Bedeutung der Bürgerinitiativen gegen den Altstadtzerfall für die Wende in der DDR“, wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert. Es lief von Januar 2019 bis April 2023. Die Koordination lag bei der Technischen Universität Kaiserslautern.



Mehr Information: Stadtwnende.de

Raumwissenschaftliches Kolloquium 2023 zu Raumentwicklung und Digitalisierung

Die intensiven Wechselwirkungen von Digitalisierung und Raumentwicklung standen im Mittelpunkt des Raumwissenschaftlichen Kolloquiums 2023 (RWK2023), einer Veranstaltung des Leibniz-Forschungsnetzwerks „Räumliches Wissen für Gesellschaft und Umwelt – Leibniz R“. Erstmals fand das RWK an zwei Tagen statt: Der 4. Juli richtete sich als Online-Veranstaltung an ein internationales wissenschaftliches Publikum. Orit Halpern, Professorin für Digital Cultures an der Technischen Universität Dresden und Associate Professor an der Concordia University in Montréal, eröffnete diesen Konferenztag mit einer Keynote zum Thema „Smart Natures:



Technology, Spatial Development, and AI“. Tag zwei widmete sich am 5. Juli als Präsenzver-

anstaltung in Berlin dem anwendungsorientierten Austausch zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis. In ihrer Keynote gab Annette Spellerberg, Soziologieprofessorin an der Rheinland-Pfälzischen Technischen Universität (RPTU) Kaiserslautern-Landau, einen Überblick zum Stand der Forschung über die Anwendung künstlicher Intelligenz in der Stadt- und Raumentwicklung. An der abschließenden Panel-Diskussion nahm unter anderem Tabea Rößner, Vorsitzende des Digitalausschusses im Deutschen Bundestag, teil.



Im Gedenken an Dr. Bruno Flierl (1927–2023)

Von Harald Engler
und Kai Drewes

Mit tiefer Betroffenheit nehmen wir Abschied von Bruno Flierl, der am 17. Juli 2023 im Alter von 96 Jahren in Berlin verstorben ist. Der prominente Architekturtheoretiker und -kritiker war dem IRS über Jahrzehnte in besonderer Weise verbunden, und wir haben ihm viel zu verdanken. Kaum jemand hat es seit der Friedlichen Revolution von 1989 wie Flierl vermocht, Brücken zu bauen zwischen Menschen ganz unterschiedlicher Prägung, die sich mit Architektur und Städtebau der DDR und deren baulichem Erbe beschäftigen. Bruno Flierl analysierte jedes politische System mit seinem Bau- und Planungswesen dezidiert kritisch, aber gleichzeitig konstruktiv. So sah er die DDR, in die er 1950 aus eigenen Stücken übersiedelt war, trotz und wegen seiner sozialistischen Überzeugungen mit kritischer Sympathie und eckte in ihr wiederholt an. Sein Verhältnis zum wiedervereinigten Deutschland lässt sich bei allen Unterschieden ähnlich charakterisieren. Über den Tellerrand hinaus schaute er ohnehin stets.

Der bis ins hohe Alter ungemein produktive Autor, gefragte Experte und charmante Netzwerker Flierl wurde mit der Zeit vielen zum geschätzten Gesprächspartner, Ratgeber und väterlichen oder großväterlichen Freund. Bei den IRS-Werkstattgesprächen zur DDR-Planungsgeschichte war er Stamm- und faktisch Ehrengast. Zuletzt, im Mai 2022, konnte er aus gesundheitlichen Gründen nur noch zusammen mit seinem Sohn Thomas Flierl (der als Architekturhistoriker und Kulturpolitiker seinerseits Akzente gesetzt und vielfach mit dem IRS kooperiert hat) kurz digital dazu geschaltet werden – ein sehr bewegender Moment für die Teilnehmenden im Konferenzsaal des IRS.

Bruno Flierls Beziehung zum IRS reicht jedoch bis in die DDR-Zeit zurück, da er längere Zeit wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Städtebau und Architektur (ISA) der Bauakademie war, der Vorgängereinrichtung des IRS. Seine wichtigste formelle Position hatte er freilich schon Anfang der 1960er-Jahre inne, als dynamischer Chefredakteur der führenden DDR-Fachzeitschrift Deutsche Architektur (DA) – wenn auch nicht lange: Damals hoffte er noch auf Reformmöglichkeiten im Bauwesen, verlor jedoch bald auf Grund seiner kritischen Einstellung seinen Posten. So hatte er 1963 das niederschwellige, vergleichsweise offene „Müggelturmgespräch“ des neuen Bau-ministers Junker mit Architekten und Stadtplanern auszugswise dokumentiert, mit einem Schwerpunkt auf kritischen Passagen. Die gedruckte, mit dem Minister nicht abgestimmte Dokumentation rief erheblichen Unmut bei Staats- und Parteifunktionären hervor, und aus den noch nicht ausgelieferten Exemplaren des DA-Hefts wurde die entsprechende Seite herausgetrennt.

In den Wissenschaftlichen Sammlungen des IRS wiederum sind heute sowohl Bruno Flierls 17-seitige Mitschrift des „Müggelturmgesprächs“ als auch die sanktionierte, in Bibliotheken nicht überlieferte DA-Seite dokumentiert. Denn Flierl hat schon frühzeitig seine reichhaltigen Arbeitsunterlagen zur Archivierung vorbereitet und übergeben, und das IRS schätzt sich glücklich, den wohl wichtigsten Teil seines Nachlasses zu besitzen. Weitere Teilnachlässe befinden sich im Archiv der Universität der Künste in Berlin und im Archiv der Moderne der Bauhaus-

Universität Weimar. Flierl hatte an beiden Hochschulen studiert. In IRS aktuell (No. 58 vom April 2008) hat Flierl „Gedanken zur Übergabe meines Archivs an das IRS“ festgehalten. Auch widmete das IRS ihm anlässlich seiner runden Geburtstage 2007 und 2017 den Band 4 der Reihe REGIO doc. Darin ist seine umfangreiche, andere autobiografische Texte ergänzende „Arbeitsbiografie und Werkdokumentation“ enthalten. Die erweiterte, von Christoph Bernhardt herausgegebene Neuauflage, die Flierl noch tatkräftig vorantrieb, umfasst den beeindruckenden Schaffenszeitraum von 1948 bis 2017. Darüber hinaus richtete das IRS zu Bruno Flierls 90. Geburtstag eine Ausstellung zu seinem Wirken und ein lebhaftes Fachgespräch mit ihm aus.

Zuletzt war es immer stiller um Bruno Flierl geworden, dessen Gesundheit schon lange angeschlagen war. Dankbar und mit großem Respekt für seine Leistungen werden wir ihn stets in bester Erinnerung behalten und empfinden tiefes Mitgefühl mit seiner Familie.

Dieser Nachruf wurde auch unter <https://leibniz-irs.de/aktuelles/> online veröffentlicht. Dort finden sich Links zu allen genannten Publikationen



Gäste

Im Dezember 2022 war **Prof. Sami Moisio** von der Universität Helsinki zu Gast im Forschungsschwerpunkt „Ökonomie und Zivilgesellschaft“. Er hielt in diesem Rahmen die 21. IRS International Lecture on Society and Space zum Thema „The Colonial Geopolitics of the Global Knowledge Economy“.

Als Gastwissenschaftler war **Prof. Daniel Siemens** von der Universität Newcastle im März und April sowie im Juli am IRS. Im Rahmen seines IRS-Seminars sprach er zu „Anti-Imperialism and ‘The Industrial and Trade Review for India/Asia’: Times and Places of Transnational Entanglements in 1920s Berlin“. Der Aufenthalt wurde vom Leibniz-Forschungsverbund „Wert der Vergangenheit“ gefördert.

Dr. Ondřej Ševeček, Direktor des Philosophischen Instituts der Tschechischen Akademie der Wissenschaften, gastierte im Februar und März am IRS, um Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu erörtern (siehe Seite 40).

Mit einem IRS Fellowship besuchte im Januar 2023 **Prof. Andrew Demshuk** von der American University in Washington D.C. den Forschungsschwerpunkt „Zeitgeschichte und Archiv“, mit dem er auch Kooperationsvorhaben auslotete. Sein IRS-Seminar trug den Titel „Big Plans, but Devastated Lands: Landscape Planning and Recultivation in Lignite Pit Mining Regions South of Leipzig before 1989“. Zusätzlich recherchierte Prof. Demshuk vor Ort ausgiebig in den Wissenschaftlichen Sammlungen.

Die beiden ukrainischen Wissenschaftlerinnen **Dr. Sofia Dyak** und **Dr. Natalia Otrishchenko** vom Center for Urban History of East Central Europe in Lwiw/Lemberg besuchten im März den Forschungsschwerpunkt „Zeitgeschichte und Archiv“. Diskutiert wurden Möglichkeiten einer intensivierte Kooperation über gemeinsame Projekte und Drittmittelanträge sowie der Unterstützung ukrainischer Wissenschaftler*innen.

Prof. Manuel Aalbers von der KU Leuven war von Ende März bis Ende Mai als Gastwissenschaftler im Forschungsschwerpunkt „Politik und Planung“ tätig. Während seines Aufenthalts wirkte Prof. Aalbers intensiv an der Spring Academy mit. Seine Keynote Lecture „The Colonization of Lifeworld and System by Finance“ ist im Youtube-Kanal des IRS abrufbar. Er begleitete außerdem das Projekt „Housing Policy under the Conditions of Financialization“ und arbeitete an einem erfolgreichen Drittmittelantrag mit.

Unsere ukrainische Kollegin **Dr. Valeria Lazarenko**, die seit April 2021 mit Unterstützung durch ein Philipp Schwartz-Stipendium am IRS tätig war, trat zum 1. April eine neue Stelle an der Humboldt-Universität zu Berlin an. Sie arbeitet dort am Georg-Simmel-Zentrum für Metropolenforschung in einem neu eingerichteten Forschungscluster „Urban Futures at Risk“.

Im Februar begrüßten die Promovierenden des IRS ihre Kolleg*innen aus den anderen sechs Forschungsinstituten des Netzwerks „Leibniz R“, um Methoden und Themen digitaler raumbezogener Forschung zu diskutieren. Die Teilnahme von **Prof. Rob Kitchin** von der Maynooth University als internationalem Gast wurde durch das „Leibniz EnRichment“-Programm ermöglicht. Prof. Kitchin hielt eine öffentliche Keynote Lecture zum Thema „Exploring Digital Space-Time“ und führte mit den Teilnehmenden einen Workshop zu kunstbasierten Methoden durch.



Promotionen



Sune Wiingard Stoustrup hat im Januar erfolgreich seine Dissertation verteidigt. Das Promotionsverfahren an der Technischen Universität Berlin mit Gabriela Christmann und Nina Baur als Gutachterinnen konnte damit zum Abschluss gebracht werden. Das Thema der Arbeit lautete „The Community and the Problems of Rural Society: Three Studies of Social Innovation and Regional Development in Mühlviertel (AT)“ und war im Kontext des EU-Projekts „Social Entrepreneurship in Structurally Weak Rural Regions: Analysing Innovative Troubleshooters in Action“ (RurAction) angesiedelt.



Anna Oechslen hat im März an der Universität Hamburg ihre Dissertation mit dem Titel „Global Platform Work. Negotiating Relations in a Translocal Assemblage“ verteidigt. Die Promotionskommission aus Gertraud Koch, Oliver Ibert und Otto J. Habeck verlieh der Arbeit das Prädikat „summa cum laude“. Von Juni 2023 bis März 2024 vertritt sie nun eine Juniorprofessur am Institut für Empirische Kulturwissenschaften der Universität Hamburg.



Gala von Nettelblatt hat ihre kumulative Dissertation „From scandalisation to normalisation. An exploratory study of the local negotiations of far-right contestations in Cottbus, Germany“ am 21. April 2023 mit einer Disputation abgeschlossen. Die Arbeit wurde mit „summa cum laude“ bewertet. Das Vorhaben wurde am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt Universität zu Berlin durchgeführt. Erstgutachter war Matthias Bernt.

Am IRS



Nach über 25 Jahren in verschiedenen Funktionen am IRS ist **Prof. Dr. Christoph Bernhardt** im Mai in den Ruhestand gegangen. Zuletzt war er der Leiter des Forschungsschwerpunkts „Zeitgeschichte und Archiv“ und bis Ende 2022 stellvertretender Direktor des Instituts. Christoph Bernhardt wird dem IRS als Senior Fellow verbunden bleiben und in dieser Funktion laufende Projekte abschließen. Seine Aufgaben als Leiter des Forschungsschwerpunkts „Zeitgeschichte und Archiv“ übernimmt kommissarisch Harald Engler. Schon seit Anfang 2023 ist Gabriela Christmann die neue stellvertretende Direktorin des IRS.



Stefan Lindemann ist seit November 2022 Referent für Forschungsförderung und Internationales im Bereich Wissenschaftsunterstützung und Kommunikation. Er berät und unterstützt die Wissenschaftler*innen am IRS bei Projektanträgen und laufenden Projekten. Zudem betreut er das IRS Fellowship Programme und verantwortet die Organisation der international ausgerichteten Veranstaltungen des IRS. Stefan Lindemann sammelte Erfahrungen im kaufmännischen Bereich und studierte Soziologie sowie Politikwissenschaften an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, der Technischen Universität Darmstadt und der Humboldt-Universität zu Berlin.



Seit März ist **Andreas Paßens** als Art Director im Bereich Wissenschaftsunterstützung und Kommunikation tätig. Er ist für die Übersetzung von wissenschaftlichen Inhalten in visuelle Kommunikation sowie die Weiterentwicklung des Corporate Designs des IRS zuständig und betreut deren Umsetzung in Print- und Webprodukten des Instituts. Als Dozent und Designer arbeitete Andreas Paßens in Deutschland und den USA. Er trat die Nachfolge von Henrika Prochnow an.



Die Verabschiedung in ihren Ruhestand feierte Anfang des Jahres im IRS-Kolleg*innenkreis **Henrika Prochnow**. Über 14 Jahre hat sie mit ihrer stringenten grafischen Handschrift die Richtung für eine professionelle gestalterische Außenwirkung vorgegeben. Sie war dadurch maßgeblich an der Sichtbarmachung des Instituts und seiner professionellen Weiterentwicklung beteiligt.



Dr. Christoph Sommer ist seit Januar 2023 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Forschungsschwerpunkts „Politik und Planung“. Er arbeitet als Postdoc im DFG-Projekt „Arenen des Konflikts: Planung und Partizipation in der pluralen Demokratie“. Christoph Sommer promovierte mit einer Arbeit zu Governance-Techniken der (Ent-)Problematisierung stadttouristischer Konflikte (Humboldt-Universität zu Berlin, 2020) und arbeitete zuletzt an der Leibniz Universität Hannover (Institut für Umweltplanung). Sein Interesse gilt insbesondere Stadt- und Planungskonflikten, dem politischen Gehalt planerischer Verwaltungspraxis sowie der Weiterentwicklung sozialwissenschaftlicher Methoden der Beforschung von Planung.

Seit April 2023 ist **Dorett Stolle** am IRS tätig. Als Projektassistentin des Forschungsschwerpunkts „Ökonomie und Zivilgesellschaft“ ist sie eingebunden in Vorbereitung, Umsetzung und Abwicklung von Forschungsprojekten. Zu ihren Aufgaben zählen darüber hinaus die Büro- und Veranstaltungsorganisation. Zuvor war sie lange als Assistentin der Geschäftsleitung eines Immobilienunternehmens tätig.

Titelbeiträge



Alice Bobée promoviert in Wirtschaftsgeographie und arbeitet am IRS als wissenschaftliche Mitarbeiterin des Forschungsschwerpunkts „Ökonomie und Zivilgesellschaft“. Im Rahmen der Leibniz-Nachwuchsgruppe „TRANSEDU“ untersucht sie die Auslands-campus-Strategien französischer Hochschulen.
alice.bobee@leibniz-irs.de



Dr. Wolfgang Haupt ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe „Urbane Nachhaltigkeitstransformationen“ am IRS. Er forscht zu kommunaler Klimapolitik, transnationalen Städtetzwerken und Lernprozessen zwischen Stadtverwaltungen.
wolfgang.haupt@leibniz-irs.de



Prof. Dr. Jana Kleibert ist Professorin für Wirtschafts- und Sozialgeographie mit dem Schwerpunkt Metropolenforschung an der Universität Hamburg. Sie erforscht Globalisierungsprozesse unter anderem im Bildungssektor. Am IRS leitete sie die Leibniz-Nachwuchsgruppe „TRANSEDU“.
jana.kleibert@uni-hamburg.de



Dr. Manfred Kühn ist Projektleiter im IRS-Forschungsschwerpunkt „Politik und Planung“. Er forscht zu Stadtentwicklungspolitiken, Konflikten in der Planung sowie der Rolle von Klein- und Mittelstädten in der Raumentwicklung.
manfred.kuehn@leibniz-irs.de

Nachrichtenbeiträge



Prof. Dr. Christoph Bernhardt
christoph.bernhardt@leibniz-irs.de

PD Dr. Matthias Bernt
matthias.bernt@leibniz-irs.de

Prof. Dr. Gabriela Christmann
gabriela.christmann@leibniz-irs.de

Dr. Peter Eckersley
peter.eckersley@leibniz-irs.de

Dr. Rita Gudermann
rita.gudermann@leibniz-irs.de

Dr. Daniel Hadwiger
daniel.hadwiger@leibniz-irs.de

Dr. Andreas Kuebart
andreas.kuebart@leibniz-irs.de

Gerhard Mahnken
gerhard.mahnken@leibniz-irs.de

Dr. Felix Müller
felix.mueller@leibniz-irs.de

Alexander Obeth
alexander.obeth@leibniz-irs.de

Dr. Madlen Pilz
madlen.pilz@leibniz-irs.de

Dr. Ralph Richter
ralf.richter@leibniz-irs.de





Tim Rottlieb ist Referent im Referat für Strukturwandel der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg. Am IRS untersuchte er im Rahmen der Leibniz-Nachwuchsgruppe „TRANSEDU“, warum Regierungen in der arabischen Golfregion gezielt Auslandscampusse anziehen und in eigens geschaffenen Zonen ansiedeln.
tim.rottlieb@b-tu.de

Prof. Dr. Suntutje Schmidt leitet am IRS den Forschungsschwerpunkt „Ökonomie und Zivilgesellschaft“. Sie forscht zu Geographien der Arbeit, speziell kreativer Arbeit und prekärer Arbeitsmärkte, sowie zu problemgetriebenen Innovationen und regionaler Innovationspolitik.
suntutje.schmidt@leibniz-irs.de

Marc Schulze war wissenschaftlicher Mitarbeiter des IRS-Forschungsschwerpunkts „Ökonomie und Zivilgesellschaft“. Von 2018 bis 2022 forschte er im Rahmen der Leibniz-Nachwuchsgruppe „TRANSEDU“ zu wirtschaftlichen Entwicklungsstrategien in Südostasien und der Rolle von Auslandscampus-Projekten in ihnen.
marc.schulze@leibniz-is.de

Julia Stadermann ist am Institut für Innovation und Technik (iit) beschäftigt. Bis Juni 2022 arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin im „Open Region“ Teilprojektes der Innovativen Hochschule „Innovation Hub 13: fast track to transfer“ BTU Cottbus-Senftenberg und TH Wildau. Sie hat sich vor allem mit der möglichen Förderung von problemzentrierten Innovationsprozessen beschäftigt und Innovation Salons als hierfür mögliche Instrumente entwickelt und umgesetzt.
Julia.Stadermann@vdivde-it.de

Impressum

IRS AKTUELL No 100
September 2023
ISSN 0944 7377

Bei Abdruck wird ein Belegexemplar erbeten.

Die Beiträge des Titelteils entstanden in Zusammenarbeit von Felix Müller und Veronika Stumpf mit den angegebenen Kontaktpersonen.

Herausgeber:

Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS)
Flakenstraße 29-31
D-15537 Erkner
Tel. 03362 793 0
www.leibniz-irs.de

Abonnements:

kontakt@leibniz-irs.de

Leitung:

Prof. Dr. Oliver Ibert

Redaktion und Korrektorat:

Dr. Felix Müller (v.i.S.d.P.),
Stefan Lindemann,
Gerhard Mahnken,
Veronika Stumpf,
Katrín Vogel

Layout und Bildredaktion:

Andreas Paßens

Bildnachweise:

graphicrecording.cool: Titel, S.21, S.29 **Wissenschaftliche Sammlungen am IRS:** S.4, S.5, S.25, S.41, S45 unten, S.49 **Wikimedia Commons:** S.6 Pipinoiltop, S.9 oben Sarah Cossom, S.40 ŠJú / A.Paßens, S.41 unten Jörg Blobelt, S.42 Raimond Spekking / CC BY-SA 4.0 **weitere Fotos** S.9 unten Tim Hufner, S.13 Marc Schulze, S.17 oben Jana Kleibert, S.17 unten Forest Simon, S.18 Douglas Costa, S. 22, S. 31 Alexander Rentsch, S.36/37 noaa, S.40 oben Jakob Stadler, S 40 unten Manucher Rezaei, S. 44 Boston Public Library, S. 45 Pawel Czerwinski, S.46 Madlen Pilz, S.47 rosalex.org, S.48 Sebastian Stöhr/tian-sthr.eu, S.51 Felix Böhmer, S.52 Gerd Altmann/Pixabay **alle anderen Fotos:** Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS)

Das Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS) erforscht, wie sich gesellschaftliche Veränderungen auf Städte, Dörfer und Regionen auswirken.

Mit seiner anwendungsorientierten Forschung trägt das Institut zum Verständnis aktueller und historischer Problemlagen bei.

Im Mittelpunkt stehen dabei Individuen, Akteursgruppen und Institutionen, die diese Veränderungen aktiv mitgestalten.

Das IRS berät Akteur*innen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Kultur und Zivilgesellschaft zu Fragen der Raumentwicklung.

Es gibt Impulse für die zukunftsfähige Entwicklung sozialer Räume.

Forschung und Transfer am IRS basieren auf der trans- und interdisziplinären Expertise von etwa 50 Forschenden der Wirtschafts- und Sozialgeographie, der Politikwissenschaft, Soziologie, Planungswissenschaft, Architekturwissenschaft, Geschichtswissenschaft, Kulturwissenschaft und des Archivwesens.



FOLLOW US @IRSErkner



IRS Leibniz-Institut für
Raumbezogene Sozialforschung

Wenn Ihnen das Magazin IRS aktuell gefällt und Sie es ab jetzt regelmäßig lesen wollen, können Sie sich auf unserer Webseite in den Verteiler aufnehmen lassen. Sie bekommen IRS aktuell dann zwei Mal im Jahr kostenfrei zugesandt. Ihr Abonnement können Sie jederzeit kündigen. kontakt@leibniz-irs.de